



# Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2023

des Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

*Oliver Drewes und Marius Minas [Hrsg.]*

## Impressum

Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2023 des Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Herausgeber / Redaktion: Oliver Drewes und Marius Minas

Druck: Hausdruckerei Universität Trier

Anschrift: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Universität Trier

Universitätsring 15, 54296 Trier

Homepage: [www.tidup.uni-trier.de](http://www.tidup.uni-trier.de)

Email: [tidup@uni-trier.de](mailto:tidup@uni-trier.de)

Redaktionsschluss: 22.12.2023

Titelbild: Eigene Collage, Bilderquelle: Shutterstock.com<sup>1</sup>

*Die veröffentlichten Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeber oder des TIDuP, sondern der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar.*

---

<sup>1</sup> Einzelbilder auf Shutterstock.com: Wärmepumpe: Kenneth Bagge Jorgensen – 2273679535; Flaggen: Efasein – 2194663727; Inflation: Billion Photos – 2190214741; Koalition: Juergen Nowak – 2388748935; Klimaprotest: Concealed Resonances – 2383869557; Krieg: LeStudio – 2130839222; Parteien: DesignRage – 2314952775.

”

Unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, dass die Politikwissenschaft eine Orientierung liefern kann, indem wir versuchen, politische Geschehnisse, Ereignisse, auch Daten, die wir selbst erheben oder von anderen bekommen, einzuordnen. – Uwe Jun, S. 12.

“



# Vorwort

Das Jahr 2023 ist vorbei und bevor sich die Konzentration voll auf 2024 richtet, lohnt ein Blick zurück auf die vielen Ereignisse im Jahr 2023. Auch wenn in der Medienberichterstattung durch Journalistinnen und Journalisten eine große Bandbreite an wichtigen Themen, Ereignissen und Entwicklungen erklärt, eingeordnet und kommentiert wird, bleiben doch oft Fragen nach größeren Entwicklungstrends, Erklärungen und Bedeutungen offen. Die wissenschaftliche Analysefähigkeit kann hierbei helfen und Klarheit sowie Orientierung schaffen. Als wissenschaftskommunikatives Medium will der politikwissenschaftliche Jahresrückblick des Trierer Instituts für Demokratie- und Parteienforschung (TIDuP) einen Beitrag dazu leisten, wissenschaftliche Erkenntnisse und Perspektiven in die Öffentlichkeit zu tragen.

Wir blicken dazu in das Jahr 2023 zurück und ordnen Ereignisse wissenschaftlich ein, kommentieren sie aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive oder erklären anhand von Forschungsergebnissen das Zeitgeschehen. Dabei werfen wir einen Blick

sowohl auf Themen, die medial in diesem Jahr eine größere Aufmerksamkeit erfahren haben, als auch auf Ereignisse, die weniger medial thematisiert worden sind, aus unserer Sicht aber interessant und relevant für das Zeitgeschehen sind.

Ein großer Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren des TIDuP, die zu Ereignissen und Anlässen, die sich in jedem Monat des Jahres ergeben haben, eine politikwissenschaftliche Einordnung vorgenommen haben. Ebenso gilt unser Dank jenen Studierenden unseres Bachelorseminars ‚Beyond Democracy‘, die sich mit verschiedenen Krisensymptomen der Demokratie auseinandergesetzt und einzelne Ereignisse oder Entwicklungen in Deutschland vor diesem Hintergrund kommentiert haben.

*Oliver Drewes und Marius Minas*  
Trier, im Januar 2024

# Inhalt

	<b>Interview</b>	TIDuP-Direktor Uwe Jun im Gespräch	7
<b>Das Jahr 2023 aus politikwissenschaftlicher Perspektive</b>	<b>Januar</b>	Der Bundestag wird jünger – Werden junge Menschen damit besser repräsentiert?   <i>Robin Rentrop</i>	13
	<b>Februar</b>	Russische Aggression gegen die Ukraine: Im Osten nichts Neues?   <i>Adrian Steube</i>	16
	<b>März</b>	Die AfD wird 10, bleibt aber ausgegrenzt   <i>Anna-Sophie Heinze</i>	19
	<b>April</b>	Das deutsche Engagement in der internationalen Krisenbewältigung vor vielfältigen Herausforderungen   <i>David Teiner</i>	22
	<b>Mai</b>	Klimaaktivismus auf Deutschlands Straßen – Radikal, terroristisch, extremistisch oder zivil ungehorsam?   <i>Oliver Drewes</i>	25
	<b>Juni</b>	Habecks „Heizungsdiktatur“? Ein Übersetzungsangebot   <i>Manuel Biertz</i>	28
	<b>Juli</b>	Macht und Ohnmacht des Staates im Kampf gegen die Inflation   <i>Max Strietholt</i>	31
	<b>August</b>	Die BRICS-Gemeinschaft und ihre zunehmende Relevanz im internationalen Machtgefüge   <i>Jayanthi Pandiyan</i>	34
	<b>September</b>	Balancieren auf der ‚Brandmauer‘. Wie eine Steuersenkung in Thüringen eine Demokratiedebatte auslöste.   <i>Marius Minas</i>	37
	<b>Oktober</b>	Der blinde Fleck ist grün – Zum (potenziellen) Spannungsverhältnis von Linkskonservatismus und Klimaschutz am Beispiel des BSW   <i>Tim Scherer</i>	41
	<b>November</b>	Die Parlamentswahlen und Koalitionsverhandlungen in Luxemburg am 8. Oktober 2023   <i>Lasse Cronqvist</i>	44
	<b>Dezember</b>	Halbzeit – Eine Bilanz der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung   <i>Theres Matthieß</i>	47
<b>Krise der Demokratie</b>	<b>Polarisierung</b>	„Donald Aiwanger“? Vom „Zurückholen der Demokratie“ und dem Problem der Polarisierung   <i>Lea Ganzert, Yannick Hunsicker, Kira Rode, Leon Schmitz</i>	52
	<b>Moralisierung</b>	„Wetten, dass ich ein besserer Mensch bin?“ – Moralisierung als Problem für den demokratischen Diskurs?   <i>Susanna Hubo, Katharina Plönes, Raffael Plum, Lukas Schmidt, Yannis Stachelhaus</i>	54
	<b>Epistemisierung</b>	Die Gefahr der Verwissenschaftlichung demokratischer Debatten   <i>Jan Niklas Beermann, Jan Lauterbach, Leo Weisbrod, Julian Thiel</i>	56
	<b>Umgang mit Extremisten</b>	Hilfestellung aus der Mitte – Wie antidemokratische Akteure mithilfe von „Halbloyalen“ die Demokratie untergraben   <i>Felix Baldowski, Luca Gerharz, Pascal Kunz, Matthias Spies</i>	58

# Interview

TIDuP-Direktor Prof. Dr. Uwe Jun im Gespräch

**2023 war für Deutschland sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sicherlich kein langweiliges Jahr. Die AfD ist in den Umfragen erstmals auf über 20 Prozent gestiegen und gleichzeitig erfährt die Ampel einen auffallenden Gegenwind in ihrer Regierungspolitik. Wir sehen, die Koalition befindet sich im Dauerstresszustand. Dazu tragen auch Herausforderungen auf der weltpolitischen Bühne bei: Flüchtlingströme nach Deutschland, Krieg in der Ukraine, Inflation. Alles in allem stellt sich daher die Frage: Sind wir in außergewöhnlich turbulenten Zeiten oder sind diese politischen Polarisierungs- und Umwälzungsprozesse normal?**

*Uwe Jun:* Ihre Frage legt es ja schon nahe. Wir nennen das ‚multiple Krisen‘ in der Politikwissenschaft. Und in der Tat sind wir in einer solchen Phase. Unter den vielen, die sie erwähnt haben, ist noch der Nahe Osten hinzuzufügen. Also weitere geopolitische Schwierigkeiten, Katastrophen kann man ja schon fast sagen. Wir sehen zudem Chinas Streben nach immer mehr Macht. Die Situation ist insgesamt diffizil und das trägt auch mit dazu bei, dass wir diese innenpolitischen Verwerfungen haben. Im Umkehrschluss bedeutet das, ohne diese externen Faktoren hätten wir auch nicht so starke Verwerfungen im Binnenbereich. Man kann dabei auch direkte Korrelationen herstellen: Beispielsweise die Migration zur Stärke der AfD. Aber auch bezüglich des Glaubwürdigkeitsverlusts der Bundesregierung: Nach Auffassung der Bevölkerung bewältigt sie diese vielen Krisen nicht so, wie sich die Bevölkerung das wünscht – was aber auch eine schwierige Herausforderung ist.

**Insbesondere stellt sich unter diesen schwierigen Bedingungen die Frage: Wie führungsstark zeigt sich Olaf Scholz denn nach der ersten Hälfte der Legislatur? Hat er gut in das neue Amt gefunden?**

*Uwe Jun:* Nach Meinung der Bevölkerung hat er das überhaupt nicht. Wir haben historische Tiefst-

stände für die Zustimmung eines Bundeskanzlers: Nur 20 Prozent der Bevölkerung sagen noch, Olaf Scholz führt das Amt gut. 80 Prozent sagen, er führt es nicht gut. Das zeigt: Herr Scholz hat Schwierigkeiten. Es ist allerdings auch eine herausfordernde Aufgabe, in dieser Dreierkonstellation die Führungsaufgabe in dem Maße wahrzunehmen, wie es in vorherigen Regierungskonstellationen der Fall gewesen ist. Er hat sich entschieden, mehr als Moderator zu agieren. Er versucht als Konfliktschlichter häufig zwischen Grünen und FDP aufzutreten. Er versucht „leading from behind“, also die Koalition hinter verschlossenen Türen auf den richtigen Weg zu bringen. Aber damit ist die Bevölkerung wenig einverstanden. Sie möchte gerade in solch schwierigen Krisensituationen, die auch immer als Stunde der Exekutive gelten, mehr von ihm sehen. Sie möchte mehr hören, welche Vorstellungen er hat, was Problemlösungen betrifft. Darunter leidet auch das gesamte Ansehen der Ampelkoalition, also eben nicht nur unter diesen Streitigkeiten zwischen insbesondere Grünen und FDP, sondern auch daran, dass es Scholz nicht gelingt, nach außen als führungsstarke Persönlichkeit zu erscheinen und der Ampel-Regierung damit Führungskraft zu geben.

**Lassen sich aus Perspektive der politischen Kommunikationsforschung Gründe finden, warum er so kommuniziert, wie er kommuniziert?**

*Uwe Jun:* Die Form der Kommunikation würde ich insgesamt sehr kritisch betrachten. Er ist niemand, der besonders gut Politik erklären kann. Er arbeitet dazu häufig mit viel zu unklaren Formulierungen, unter denen man sich viel vorstellen kann. Aus denen der Bürger aber keine klare Sichtweise, keine klare Perspektive, keine Vision von Politikvorstellungen oder von Problemlösungen entnehmen kann. Insofern finde ich bezüglich der Art der Kommunikation: Nein. Zur Form der Kommunikation, da würde ich schon sagen: Ja. Er versucht diese Koalition zusammenzuhalten und kommunikativ stärker nach innen zu wirken als nach außen. Das ist

für die Koalition an sich nicht schlecht. „Von vorne“ und mit klaren Richtungsvorgaben ließe sich diese Koalition kaum steuern. Dazu sind die beiden Koalitionspartner viel zu selbstbewusst, um eine solche Steuerung eines Bundeskanzlers á la Gerhard Schröder zu akzeptieren.

**War das bei Angela Merkel so viel anders? Sie war ja auch eher für ihre wortkarge Kommunikation bekannt.**

*Uwe Jun:* Frau Merkel hat ähnlich in der Kommunikation agiert, da würde ich Ihnen recht geben. Nur hat sie immer erkannt, dass sie in kritischen Situationen nach vorne treten und dann doch eine klare Richtung vorgeben muss. Sie hat damit immer sehr lange gewartet, auch weil sie sicherlich die Aushandlungsprozesse mit der SPD – mit der sie immer sehr freundlich umgegangen ist – abgewartet hat. Aber sie hat dann in den entscheidenden Situationen doch immer klare Kante gezeigt. Sowohl bei der Finanzmarktkrise, als sie sich dann doch für die Griechenlandhilfen eingesetzt hat, als auch bei der Flüchtlingskrise, indem sie erklärt hat: „Wir schaffen das“. Letztlich auch bei Corona, als sie die Situation als „ernst“ beschrieb und den Menschen deutlich machte, wie sie nun aus ihrer Sicht zu agieren hätten. Sie hat es in ihren Krisen immer wieder geschafft, letztlich doch Führung zu leisten. Und dann kommt noch etwas Zweites hinzu, was sie von Olaf Scholz unterscheidet. Wenn sie etwas kommuniziert hat, dann konnte man daraus immer etwas ablesen. Bei Herrn Scholz bleibt es oft im Vagen, Ungefähren, Undeutlichen, während Frau Merkel, wenn sie denn dann kommunizierte, es verständlich dargeboten hat. Dieses Verständliche, das lässt Herr Scholz gelegentlich vermissen.

**Kommen wir mit Blick auf Olaf Scholz auch auf seine Partei zu sprechen. Gewinnt die SPD unter der Kanzlerschaft Scholz wieder an sozialdemokratischem Profil? Und mit Blick auf die Vergangenheit: Wie ist die Befriedung in der Partei seit seiner Kanzlerschaft zu erklären?**

*Uwe Jun:* Die Befriedung hat ja schon vorher stattgefunden, um mit dem letzteren zu beginnen: Seitdem klar wurde, dass Olaf Scholz Kanzlerkandidat ist, also im Sommer 2020, sehen wir die Partei ungewohnt geeint. Das hat wohl auch damit zu tun,

dass Scholz mit der Kandidatur einhergehend versprochen hat, dass er inhaltlich stark auf die Parteilinke zugeht. Und das kann man ja tatsächlich erkennen, insbesondere in der Sozialpolitik. Die Partei steht hinter Scholz, aber Scholz kommt ihr auch gerade mit Blick auf Kernpunkte in der sozio-ökonomischen Konfliktdimension sehr entgegen. Da wären zum Beispiel das Bürgergeld und der Mindestlohn zu nennen. Personell spielen auch drei der Parteilinken eine große Rolle und sind dabei in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen: Saskia Esken als eine der beiden Parteivorsitzenden, Kevin Kühnert als Generalsekretär und Ralf Mützenich als Fraktionsvorsitzender. Die Parteirechte stellt mit Klingbeil auch einen der Parteivorsitzenden, stellt den Kanzler, aber muss sich die Macht auch teilen. Man hat in der SPD aus der Vergangenheit gelernt, dass man jetzt als Eintracht auftritt und nicht mehr als zerrütteter Haufen.

**Dennoch sehen wir einen Aufwind von oppositionellen Parteien, auch mit Blick auf die AfD, die sich trotz ihrer eigenen Radikalisierung in den letzten Jahren wachsender Zustimmung erfreuen darf. Wie ist die Zustimmung zur AfD trotz dieser Radikalisierung zu erklären? Sie wird mittlerweile in mindestens sieben Bundesländern vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt und in drei als gesichert rechtsextrem eingestuft.**

*Uwe Jun:* Erstmal interessiert das die Wähler wenig, wie der Verfassungsschutz die AfD einordnet. Zumindest diejenigen, die sich vorstellen können, die AfD zu wählen. Davon abgesehen haben wir eigentlich drei Hauptgründe für diesen Aufstieg der AfD.

Der erste hat viel mit Migration zu tun. Das ist das Thema, das die AfD seit 2015/16 stark bedient. Ihr Ehrenvorsitzender, Alexander Gauland, hat dazu gesagt: Die Politik 2015/16 war ein Glücksfall; also das, was wir unter der Flüchtlingskrise subsumieren. Und derzeit hilft der AfD, dass das Thema wieder sehr weit oben auf der politischen Agenda ist, ihre Wählerinnen und Wähler diesem Thema eine sehr hohe Bedeutung zuschreiben und die AfD die migrations-skeptischen Gruppen der Bevölkerung gut abholt. Das zweite ist der Protest gegen die Politik der Bundesregierung, weil viele sich damit

überfordert fühlen oder die Bundesregierung eine Politik betreibt, die wenig Rücksichten auf deren eigenen Belange nimmt. Damit meine ich insbesondere auch die Gruppe der sozial Schwächeren. Als Musterbeispiel gilt hier das sogenannte Gebäudeenergiegesetz, wo viele Menschen gesagt haben „Hier werden wir überfordert, hier werden wir übergangen“ und sich dabei Sorgen um ihre soziale Existenz machen. Und das dritte, wovon die AfD profitiert, ist die allgemeine Zukunftsskepsis, die wir derzeit sehen. Das Narrativ der AfD ist: „Mit Deutschland geht es bergab“. Und das ist mittlerweile auch sehr weit verbreitet in der Bevölkerung. Deutlich mehr als die Hälfte teilen dieses Narrativ. Und wenn Sie das alles zusammennehmen, dann ist die AfD da, wo sie gerade ist.

**Viele dieser Gründe, für diesen vermeintlichen, empfundenen Abschwung Deutschlands, werden den Grünen zugeschrieben. Vor wenigen Jahren noch wurde die Partei Bündnis 90/Die Grünen schon auf dem Weg zur Volkspartei gesehen. Davon scheint sie gerade weit entfernt zu sein. War die Vorstellung realistisch, dass die Grünen mal eine Volkspartei werden könnten, oder war von vornherein für die Grünen nur ein begrenztes Potenzial erkennbar?**

*Uwe Jun:* Die Grünen hätten durchaus die Chance dazu gehabt, eine sehr große Rolle zu spielen, zumindest wenn man sich die Wählerpotenziale der Partei anschaut. Der Lackmустest für die Grünen war aber jetzt die Regierungsbeteiligung und da stellen wir fest, dass das Wählerpotenzial der Grünen, also derer, die sich vorstellen können, die Grünen zu wählen wieder spürbar zurückgeht, von etwas mehr als 50 Prozent auf jetzt gut 35 Prozent. Was also ist geschehen? Sie haben sich in der Regierungsverantwortung – aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler – eher wieder radikalisiert und ideologisiert, indem sie versuchen, ihre Klimaschutzbestrebungen sehr deutlich durchzusetzen und dabei wenig Rücksicht auf andere Bevölkerungsgruppen nehmen. Das wurde etwa beim Thema Atomkraft deutlich, wo die Grünen sehr stark auf den Ausstieg aus der Atomkraft gedrängt, sich aber viele Menschen gefragt haben: Ist das in der derzeitigen Energiesituation tatsächlich sinnvoll? Und das wurde auch beim Gebäudeenergiegesetz deutlich, wo

in den ersten Entwürfen die Grünen nicht gut erklären konnten, wie das Thema sozial abgedeckt werden kann und worin die Vorteile auch mit Blick auf die soziale Komponente liegen. Diese hätte man viel stärker in den Vordergrund stellen sollen. Und dann kommt auch noch ein Führungsvakuum dazu. Die Menschen hatten auf Robert Habeck sehr große Hoffnungen gesetzt, dass er die Grünen wieder stärker in die Mitte führt, und das ist im Moment nicht so richtig erkennbar. Habeck kann dieses Führungsvakuum in der Partei nicht so ausfüllen, wie sich die politische Mitte das vorgestellt hat. Die grüne Stammwählerschaft schätzen wir auf etwa 12 Prozent ein. Da sind sie ein bisschen drüber im Moment, aber hauptsächlich sind es die urbanen Mittelschichten – akademisch ausgebildet – die sich zu den Grünen bekennen. Alle anderen haben sich derzeit wieder mehr auf Distanz zu der Partei begeben.

**Jetzt sind die Grünen nicht die einzige Regierungspartei, die nicht so richtig von der Regierungsrolle profitieren kann. Auch die FDP hat zu kämpfen. Sie haben die FDP mal als liberales Korrektiv in einer Regierung beschrieben. Wie gut erfüllt die FDP diese Rolle, vor allem mit Blick auf ihr Umfragetief derzeit?**

*Uwe Jun:* Genau da sehen wir ein ganz interessantes Bild, eine große Differenz zwischen dem, was medial häufig präsentiert wird, nämlich dass die FDP einen großen Mitgestaltungsspielraum in dieser Regierung hätte und der Wahrnehmung der FDP-Wählerinnen und Wähler. Ein kürzlich veröffentlichter Beitrag in der FAZ trug den Titel: „Die Partei der Unzufriedenen“. Das entspricht auch wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die FDP-Wählerinnen und Wähler, nicht nur die Mitglieder, sind sehr unzufrieden, weil sie der Auffassung sind, dass die FDP dieses liberale Korrektiv nicht ausreichend erfüllt. Dass die FDP also zu wenig gestalterisch tätig ist, zu wenig macht in dieser Bundesregierung und zu stark der Getriebene von Rot-Grün ist und dann allenfalls noch als Verhinderer auftritt, aber zu wenig in die gestaltende Position kommt. Das wirkt sich zu ihren Lasten aus. Viele FDP-Wählerinnen und Wähler haben sich deswegen entschieden, im Moment eher abstinent zu sein und sich nicht für diese Partei zu entscheiden. Sie sind ähnlich wie

die Grünen zurückgeworfen auf ihre Stammwählerschaft, die wir auf etwa drei Prozent veranschlagen. Derzeit stehen sie bei vier bis fünf, je nach Meinungsforschungsinstitut.

**Auch auf der linken Seite des Parteienspektrums hat sich im Jahr 2023 einiges abgespielt. Welche Bedeutung hat denn Sahra Wagenknechts Ankündigung, eine neue Partei zu gründen, für das Parteiensystem in Deutschland? Verstärkt sie die Polarisierung oder mildert sie sie durch ein zusätzliches Angebot ab?**

*Uwe Jun:* Eindeutig verstärkt sie die Polarisierung. Das ist auch ihre Absicht. Sie will von den unzufriedenen Wählerinnen und Wählern profitieren, also jenen wenig parteigebundenen Wählerinnen und Wähler der AfD sowie der Linkspartei. Zudem polarisiert sie eindeutig in ihren Aussagen. Sie bezeichnet beispielsweise die Grünen als die gefährlichste Partei der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag. Sie versucht auch, die Grünen in eine bestimmte Ecke zu drängen: Als wenig für die Belange der einfachen Bevölkerung zugängliche Partei und spricht dabei von „woken“ Grünen in ihren Lesungen.

Die Frage, die offen ist, lautet: Wird es ihr gelingen, eine Partei aufzubauen, die schlagkräftig genug ist? Die bisherigen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, 10 Abgeordnete der Linken, werden nicht ausreichen. Sie muss also schauen, dass sie eine Organisation aufbaut, die schlagkräftig ist. Sie muss die dafür nötigen Ressourcen sammeln, daher auch ihr Auftritt vor der Bundespressekonferenz im Oktober. Der diente wesentlich dazu, diese Ressourcen auch zu bekommen. Das Organisieren ist hingegen nicht ihre Stärke. Sie muss also hoffen, dass sie Menschen findet, die genau diese Arbeit für sie übernehmen. Ihre Stärke ist eher die Repräsentation, also nach außen, nicht nach innen zu wirken. Daher kann man Stand jetzt noch ein bisschen skeptisch sein, ob ihr das gelingt und wie schlagkräftig diese Partei am Ende sein wird. Sollte es ihr gelingen, dann würde ich allerdings sagen, ist die Linke in einer schweren Existenzkrise. In der ist sie schon jetzt, aber die dürfte sich dann noch mal deutlich beschleunigen. Wenn bei einer Partei, die nur noch bei 4 Prozent in Umfragen liegt, noch mal ein Teil wegbriecht, dann wird es ganz, ganz schwer werden. Je nachdem, wie durchsetzungsfähig Wa-

genknecht gegenüber ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern ist, kann sie aber auch der AfD Wasser abgraben. Da bin ich aber ein bisschen skeptisch. Frau Wagenknecht hat ja jetzt schon erklärt: Frau Mohamed Ali soll Parteivorsitzende werden. Frau Mohamed Ali ist bisher aber nicht mit migrations-skeptischen Äußerungen aufgefallen. Das müsste die Partei aber leisten, wenn sie aus dem Potenzial der AfD-Wählerinnen und Wähler, Menschen gewinnen will. Insofern muss man abwarten, auch wie die genaue Programmatik der Wagenknecht-Partei, nennen wir sie mal mit Arbeitstitel, am Ende aussehen wird.

**Durch ihren Austritt aus der Linkspartei und auch den Austritt einiger linker Mitstreiter ist die Bundestagsfraktion zerbrochen und auch der Gesamtpartei hat die Abspaltung sichtbare Schmerzen bereitet. Unter welchen Umständen kann denn die Linke in Zukunft noch eine Bedeutung im deutschen Parteiensystem haben?**

*Uwe Jun:* Darüber ist sich die Linke ja selbst nicht so ganz einig. Auf dem letzten Bundesparteitag in Augsburg konnte man wieder spüren, dass es da unterschiedliche Auffassungen gibt. Der Noch-Fraktionsvorsitzende, jetzt wahrscheinlich dann irgendwann Gruppenvorsitzende, Dietmar Bartsch hat gesagt: Die kleinen Leute sollte man versuchen zu erreichen, gerade im Osten Deutschlands. Das wäre das Wählerpotenzial. Die Parteiführung, insbesondere Frau Wissler, setzen aber stärker auf die kulturellen Themen wie Migration und Frieden. Sie versuchen eher ein urbanes, gut ausgebildetes Publikum zu erreichen. Es ist momentan noch offen, in welche thematische Schwerpunkt-richtung die Linke gehen wird. Egal wie, sie hat immer harte Konkurrenz: Bei den sozioökonomischen Fragen vermutlich die Wagenknecht-Partei, die hier wahrscheinlich einen Fokus setzen wird. Und auch die SPD, die relativ hohe Kompetenzwerte im Bereich Sozialpolitik hat. Und in der kulturellen Frage konkurriert sie dann mit den Grünen, die dort eher Glaubwürdigkeit, gerade in den urbanen Zentren besitzen. Zu guter Letzt muss die Linke auch stärker im Westen Deutschlands auftreten. Diese Linke braucht auch den Westen, insbesondere weil Frau Wagenknecht viele Sympathisanten im Osten hat.

**Die größte Oppositionspartei haben wir noch nicht angesprochen: Hat die CDU ihre Rolle in der Opposition gefunden?**

*Uwe Jun:* Sie sucht immer noch danach, wie sie wieder möglichst schnell ins Kanzleramt zurückkommen kann. Und Friedrich Merz versucht, die Partei ein bisschen mehr nach rechts zu bewegen, also etwas konservativer aufzustellen. Dagegen gibt es widerstrebende Kräfte. Am prominentesten hat sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wüst öffentlich geäußert, der in einem FAZ-Artikel gesagt hat: Die Partei gehört in die politische Mitte, nur dort kann sie ausreichend Wähler gewinnen, um am Ende erfolgreich zu sein. Merz, so sehen wir jetzt in dem ersten Entwurf des Grundsatzprogramms, hat sich an zwei, drei Stellen durchgesetzt. Es war aber auch klar, dass das mit Zustimmung der großen Mehrheit der Mitglieder geschieht, insbesondere was die schärfere oder restriktivere Politik im Bereich Asyl- und Migration betrifft. Er hat jetzt auch – ich nehme an, das geht auf Merz zurück – den Begriff der Leitkultur wieder eingebracht. Den hat er bereits vor längerer Zeit geprägt und versucht damit auch eher ein konservativeres Spektrum für sich zu gewinnen. In sozioökonomischen Fragen wird eine wirtschaftsliberale Position stärker betont. Wir sehen hier, dass Merz durchaus die Partei versucht konservativer und marktliberaler aufzustellen und sich weiter von den Grünen zu entfernen, die ja ein potenzieller Koalitionspartner wären. Inwieweit ihnen diese Verschiebung letztlich gelingt, inwieweit das innerparteilich vollständig durchsetzungsfähig ist, ist für mich noch eine offene Frage. Klar ist für mich aber, dass die Kritiker des Merz-Kurses, die nach außen hin sehr vorsichtig agieren – wie unter anderem Wüst oder der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Günther – Recht haben mit ihrer Positionierung, dass die wahlentscheidenden Wähler, jene Wechselwähler der politischen Mitte sind. Das waren auch immer die, die auch Frau Merkels Wahlerfolge garantiert haben. Und sollte Merz die verprellen, wird es für die CDU schwer, wieder möglichst schnell ins Kanzleramt zu kommen.

**Kommen wir weg von parteipolitischen Themen und widmen wir uns einer Frage zur politischen Kultur. Viele Menschen beklagen, dass „die da oben“ für sie unerreichbar wären, es also eine sehr große Kluft geben würde zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten. Dabei gibt es viele Partizipationsmöglichkeiten. Die Parteien lechzen förmlich nach Mitgliedern. Wie passt es zusammen, dass einerseits ein sehr großes Bedürfnis nach Partizipation da ist, Partizipationsmöglichkeiten aber gleichzeitig offenbar nicht genutzt werden?**

*Uwe Jun:* Das hat viel damit zu tun, dass eine Mitgliedschaft in Parteien als „old-fashioned“ gilt, als etwas aus der Vergangenheit. Das haben die Eltern und Großeltern gemacht, aber die jüngere Generation will diese Partizipationsmöglichkeit nicht mehr so richtig wahrnehmen, das interessiert sie wenig. Sie beschränken sich eher auf punktuelle, temporäre Beteiligung. An einzelnen, stärker themen- und problem-orientierten Aspekten der Politik. Parteien versuchen immer alle Anliegen abzubilden, haben dabei aber Schwierigkeiten, genug emotionale Bindung zu allen Themen herzustellen. Dann ist es leichter für die jüngere Bevölkerung, sich auf einzelne Themen einzulassen oder vielleicht auch einfach nur im Netz irgendwie mitzuwirken, ohne sich gleich einer Partei anzuschließen. Die Parteien schaffen es seit mehreren Jahrzehnten nicht, wieder attraktiv zu werden, weil sie doch eher noch als starre Organisationen gelten.

Und dann kommen noch gesellschaftlichen Prozesse wie Individualisierung und Singularisierung hinzu, die der Massenmitgliedschaft von Parteien eher entgegenstehen. Da ist man dann einer von Hunderttausenden, das will man aber gar nicht sein. Man will ja jemand Besonderes sein, und dem widerstrebt dieses Organisationsmodell der Partei. Dort, wo man nur einer von vielen ist und wo man auch weiß, dass man erst mal auf der Ortsebene irgendwas bewirken muss. Über die Ortsebene kommt man als einfaches Mitglied aber erst einmal wenig hinaus. Viele wollen aber genau das und denken deswegen, sie können sich bei sozialen Bewegungen, wie z.B. Fridays for Future, stärker einbringen.

**Abschließende Frage. Dabei werfen wir einen Blick auf das TIDuP und die Politikwissenschaft im Allgemeinen: Welche gesellschaftliche Rolle haben politikwissenschaftliche Forschungsinstitute bei der Begleitung politischer Diskurse?**

*Uwe Jun:* Ich würde sagen wir haben drei Aufgaben, die wir uns stellen müssen. Wir müssen Daten sammeln, die uns Erklärungen für politische Entwicklungen geben. Wir sollten diese Daten interpretieren und das politische Geschehen begleiten und erklären. Das heißt dann auch in verschiedene Öffentlichkeiten zu gehen: in die mediale, aber auch in die Fachöffentlichkeit und in die regionale Öffentlichkeit. Gerade die Orientierungsfunktion in der nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit ist wichtiger geworden. Da sehe ich eine wesentliche Aufgabe. Die Menschen bekommen sehr viele unterschiedliche Informationen. Durch das Internet ist die Informationsvielfalt um ein Vielfaches ange-

stiegen und es fällt ihnen schwer, diese verschiedenen Informationen in irgendeiner Weise so einzuordnen, dass sich daraus ein kohärentes Bild ergibt. Unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, dass die Politikwissenschaft eine Orientierung liefern kann, indem wir versuchen, politische Geschehnisse, Ereignisse, auch Daten, die wir selbst erheben oder von anderen bekommen, einzuordnen.

**Hoffentlich haben wir das mit diesem Interview ein bisschen getan. Vielen Dank für das Gespräch.**

*Uwe Jun:* Vielen Dank, Ihnen beiden.

Das Interview führten Oliver Drewes und Marius Minas am 13.12.2023

Robin Rentrop

## Der Bundestag wird jünger – Werden junge Menschen damit besser repräsentiert?

Zum 1. Januar 2023 rückte Emily Vontz, eine Studentin aus Trier, für die Saarland-SPD in den 20. Deutschen Bundestag nach. Heiko Maas hatte überraschend auf sein Mandat verzichtet, und so wurde die damals 22-jährige Studentin seine Nachfolgerin, was sie zur jüngsten Bundestagsabgeordneten der derzeitigen Legislaturperiode machte. Obwohl es nicht ungewöhnlich ist, dass Listenkandidaten in den Bundestag nachrücken, ist das Alter der neuen Abgeordneten aus Merzig besonders

bemerkenswert: Emily Vontz ist die erste Abgeordnete, die im neuen Jahrtausend geboren wurde. Die Tatsache, dass ein Mann mittleren Alters sein Mandat zugunsten einer jungen Frau aufgibt, ist keine Normalität, da die meisten Parlamente bisher von Männern mittleren Alters dominiert wurden. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind gerade junge Menschen in den meisten Legislativen weltweit erheblich unterrepräsentiert.<sup>1</sup>

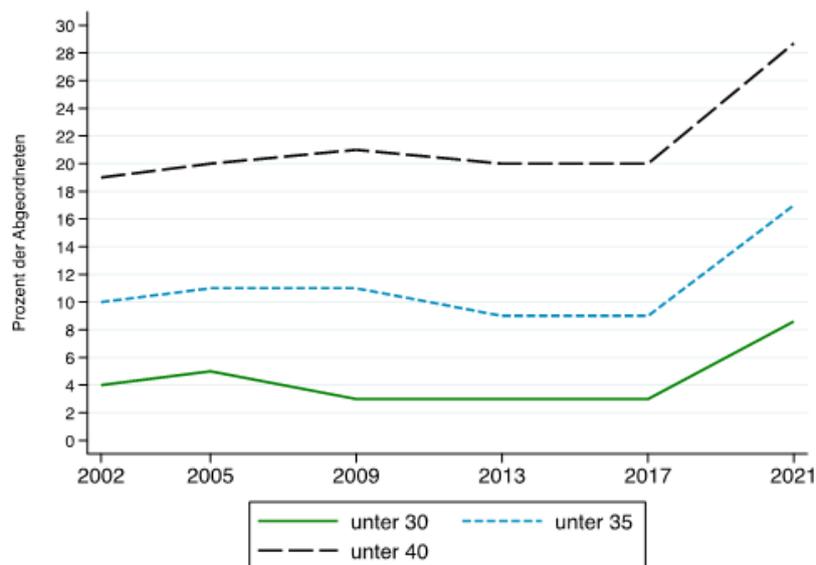


Abbildung 1: Altersgruppen im Bundestag.<sup>2</sup>

Das Alter der Merziger Abgeordneten ist dabei jedoch kein Einzelfall mehr; vielmehr spiegelt das Nachrücken der jungen Studentin einen globalen Trend wider, der auch in Deutschland zunehmend

sichtbar wird: Die Parlamente verjüngen sich zusehends. Wie *Abbildung 1* verdeutlicht, ist der 20. Bundestag (2021 – heute) der jüngste der letzten 20 Jahre. Mehr als 8 Prozent der Parlamentarier-

1 Stockemer, Daniel und Aksel Sundström (2022a): Youth without Representation: The Absence of Young Adults in Parliaments, Cabinets, and Candidacies. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.  
2 Eigene Darstellung, basierend auf: Stockemer, Daniel und Aksel Sundström (2022b): Introducing the Worldwide Age Representation in Parliaments (WARP) dataset, in: Social Sciences Quarterly 103(7), S. 1765-1774.

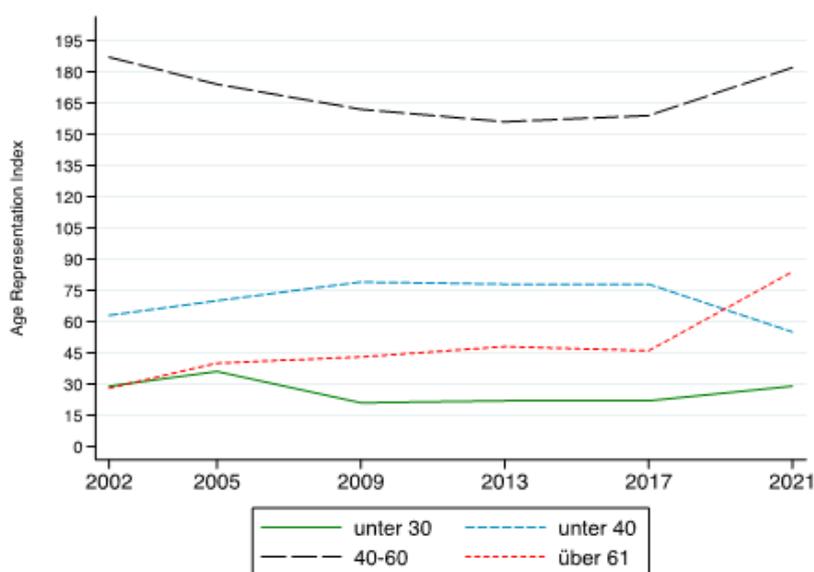
rinnen und Parlamentarier sind jünger als 30 Jahre und auch für die Altersgruppen der unter 35- und unter 40-jährigen, die in der Literatur noch als junge Abgeordnete definiert werden<sup>3</sup>, können wir einen deutlichen Anstieg konstatieren.

Doch verglichen am Anteil der Gesamtbevölkerung ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn der sogenannte *Age Representation Index*, der angibt, wie die parlamentarische Repräsentation von Altersgruppen bezogen auf die Gesamtbevölkerung ausfällt, wobei 100 eine vollständige Repräsentation darstellen würde<sup>4</sup>, fällt weiterhin eher mäßig aus. Wie wir in *Abbildung 2* sehen können, sind ältere Abgeordnete deutlich überproportional repräsentiert, während gerade Jüngere trotz der rezenten Verbesserung immer noch deutlich unterrepräsentiert sind.<sup>5</sup> Könnte dies einen Einfluss darauf haben, wie und für wen Politik gemacht wird? Warum ist die Alterszusammensetzung des Parla-

ments von Relevanz und Interesse für uns? Was sagen uns diese deskriptiven Erkenntnisse?

### Deskriptive und substantielle Repräsentation

Parlamentsbanken der Welt sind von mittelalten Männern der Mehrheitsethnie dominiert.<sup>7</sup> Diese fehlende Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt ist keine belanglose Angelegenheit, denn was Parlamentarier entscheiden, hängt zum Teil davon ab, wer sie sind.<sup>8</sup> Das heißt konkret, dass deskriptive Charakteristika – also *wer* die Gesetzgeber sind – auch direkte Auswirkungen auf die substantielle Repräsentation haben – also was Abgeordnete entscheiden und tun.<sup>9</sup> Gemeinsame soziodemografische Merkmale, wie Geschlecht, Ethnie und Alter, erleichtern das Entstehen gemeinsamer Präferenzen zwischen Gesetzgebern und Wählerschaft.<sup>10</sup> Frauen, so das Argument, sind beispielsweise besser geeignet, über Ab-



**Abbildung 2:** *Age Representation Index* im Bundestag.<sup>6</sup>

3 Inter-Parliamentary Union (2021): Youth Participation in National Parliaments. Genf.

4 Sundström Aksel und Daniel Stockemer (2021): Conceptualizing, Measuring, and Explaining Youths' Relative Absence in Legislatures, in: *Political Science & Politics* 54(2), S. 195–201.

5 Ebd.

6 Eigene Darstellung, basierend auf: Stockemer, Daniel und Aksel Sundström (2022b): Introducing the Worldwide Age Representation in Parliaments (WARP) dataset, in: *Social Sciences Quarterly* 103(7), S. 1765–1774.

7 Stockemer, Daniel und Aksel Sundström (2022a): Youth without Representation: The Absence of Young Adults in Parliaments, Cabinets, and Candidates. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.

8 Mansbridge, Jane (1999) Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes', in: *The Journal of Politics* 61(3), S. 628–657.

9 Ebd.

10 Pitkin, Hanna F (1967): *The Concept of Representation*. Los Angeles: University of California Press.

treibungen, Mutterschutz oder Geschlechtergleichberechtigung zu sprechen, da diese Themen sie auch unmittelbar betreffen. Sie können abschätzen, welche Bedürfnisse und Ansprüche im Kontext solcher Themenkomplexe entstehen. Der Grundgedanke dieser Verknüpfung von deskriptiver und substantieller Repräsentation ist, dass die Betroffenen, die die Thematik unmittelbar kennen, besser beurteilen können, welche Maßnahmen geeigneter sind und auch eher die Konsequenzen dieser politischen Entscheidungen tragen müssen. Ein sehr altes Parlament ist daher auch relativ weit von den Themen der jüngeren Bevölkerung entfernt.

Jene Abgeordnete, die inhärente soziodemografische Eigenschaften mit der Wählerschaft teilen, sind somit besser geeignet, diese Gruppen zu repräsentieren – gerade bezogen auf Themen, die nicht klar erkennbar sind in der alltäglichen politischen Debatte.<sup>11</sup> Deskriptive Repräsentation kann somit zu einer besseren substantiellen Repräsentation führen. Fehlende deskriptive Repräsentation wirkt sich wiederum negativ auf die Gruppenrepräsentation aus, da jene Akteure, die die Bedürfnisse und Präferenzen im legislativen Prozess ansprechen könnten, fehlen und dementsprechend diese Themen häufig keine Berücksichtigung finden.<sup>12</sup> Empirisch haben bereits eine Vielzahl von Studien diese Vernetzung zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation nachweisen können – insbesondere für Frauen und ethnische Minderheiten. Hier zeigt sich, dass jene beiden Gruppen wesentlich häufiger Legislation auf den Weg bringen, die ihren Gruppenmitgliedern hilft, deren Policy-Bedürfnisse adressiert, oder sie in ihren parlamentarischen Redebeiträgen adressiert.<sup>13</sup>

### Jüngerer Bundestag gleich „jüngere“ Themen?

Welche Implikation hat ein jüngeres Parlament dann im Kontext dieser Debatte? Hypothetisch kann angenommen werden, dass die Verlinkung der deskriptiven mit der substantiellen Ebene ergibt, dass ein jüngeres Parlament zu einer Verbesserung der Repräsentation junger Menschen führt – zu einer klareren Adressierung der Policy-Präferenzen und -Bedürfnisse junger Menschen. Zwar fallen die empirischen Erkenntnisse hierzu noch verhältnismäßig dünn aus, doch haben bereits einige Studien zeigen können, dass junge Abgeordnete in der Tat auch als Repräsentanten und Repräsentantinnen ihrer Altersgenossen fungieren: Analog zu ihren älteren Kolleginnen und Kollegen<sup>14</sup> widmen sich junge Abgeordnete in ihren parlamentarischen Anfragen eher Thematiken, die für junge Wählerinnen und Wähler von Bedeutung sind.<sup>15</sup> Und warum auch nicht? Genauso wie für ethnische Minderheiten oder auch Frauen gibt es ganz spezifische Politikfelder, wie Bildung, Ausbildung, aber auch Jugendhilfe und Jugendarbeitslosigkeit, die insbesondere junge Menschen betreffen. Es besteht folglich eine klare thematische Grundlage für die Repräsentation von Jugendinteressen.

Nicht wenige erkennen in der deskriptiven Repräsentation von jungen Wählerinnen und Wählern zudem eine Möglichkeit, die politische Apathie der Jugend zu bekämpfen und vielleicht ihrer politischen Vernachlässigung entgegenzuwirken.<sup>16</sup> Mit der Verjüngung des Bundestages und der Präsenz junger Menschen auf den wichtigen politischen Entscheidungsebenen sollte daher auch eine substantielle Verbesserung ihrer Repräsentation einhergehen. Ob dies tatsächlich so sein wird, können wir derzeit noch nicht ausreichend abschätzen. Jedoch geben uns die bisherigen tentativen empirischen Erkenntnisse allen Grund davon auszugehen.

11 Mansbridge, Jane (1999) Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes', in: *The Journal of Politics* 61(3), S. 628-657.

12 Arnesen, Sveinung; Dominik Duell und Mikael Paul Johannesson (2019): Do citizens make inferences from political candidate characteristics when aiming for substantive representation?, in: *Electoral Studies* 57, S. 46-60.

13 Mansbridge, Jane (2015): Should Workers Represent Workers?, in: *Swiss Political Science Review* 21(2), S. 261-270.

14 Curry, James M und Matthew R. Haydon (2018): Lawmaker Age, Issue Salience, and Senior Representation in Congress, in: *American Politics Research* 46(4), S. 567-595.

15 Bailer, Stefanie; Christian Breunig; Nathalie Giger und Andreas M. Wüst (2021): The Diminishing Value of Representing the Disadvantaged: Between Group Representation and Individual Career Paths, in: *British Journal of Political Science* 52(2), S. 1-18.

16 Stockemer, Daniel und Aksel Sundström (2022a): *Youth without Representation: The Absence of Young Adults in Parliaments, Cabinets, and Candidacies*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.

# Februar

Adrian Steube

## Russische Aggression gegen die Ukraine: Im Osten nichts Neues?

Auch knapp zwei Jahre nach dem Einfall Russlands in der Ukraine wütet weiterhin der Krieg auf dem ukrainischen Territorium. Seit Kriegsbeginn ist viel geschehen. Die Ukraine konnte den russischen Vorstoß auf Kiew abwehren und den Aggressoren aus dem Norden des Landes zurückdrängen. Auch im Osten konnte die Ukraine bereits Teile ihres Territoriums, das sie zeitweise bereits an die Russen verloren hatte, zurückerobern. Seit nun mehreren Monaten konnten jedoch beide Seiten weniger Geländegewinne in die eine oder andere Richtung verzeichnen. Die ukrainische Sommeroffensive führte aufgrund der bereits vorher präparierten Verteidigungsstellungen der russischen Landstreitkräfte im Osten des Landes zu nur wenigen Geländegewinnen.<sup>1</sup> Auch Selensky räumte die ausbleibenden Erfolge der Sommeroffensive ein.<sup>2</sup> Es besteht derzeit eine quasi-Stillstandssituation, wobei die Russische Föderation im letzten Jahr etwas mehr Territorium gewonnen hat als die Ukraine.<sup>3</sup> Insgesamt haben beide Parteien jedoch wenig Territorium erobert.<sup>4</sup> Derweil warnt der ukrainische Oberbefehlshaber Saluschnyj vor einem Stellungskrieg, der nur durch einen Technologievorsprung aufgelöst werden könne.<sup>5</sup> Die Bewertung des

Kriegsverlaufs sollte jedoch nicht ausschließlich auf der Grundlage von Gebietseroberungen erfolgen, da auch schwer quantifizierbare Faktoren wie Moral und Ausbildung eine entscheidende Rolle spielen.<sup>6</sup> Trotz aller Schwierigkeiten zeigt sich immerhin, dass viele Ukrainer:innen optimistisch in die Zukunft blicken.<sup>7</sup> Durch den Beginn der zweiten Winterphase des Konfliktes, kommt es zu Terrain- und Wetterveränderungen die Nebel, Schlamm, Kälte und Entlaubung mit sich bringe. Da dies wahrscheinlich zu einer Erschwerung einer erneuten Offensive für beide Seiten führt, sind wenige Verschiebungen im Frontverlauf zu erwarten. Wie im letzten Winter könnte die Russische Föderation darauf abzielen zunehmend die zivile Infrastruktur des Landes zu attackieren. Ein nachrichtendienstliches Update des Vereinigten Königreiches legt nahe, dass Russland hierfür Kampfmittel zurückhält.<sup>8</sup> Nicht zu vernachlässigen sind jedoch die gestärkten Luftverteidigungskapazitäten der Ukraine, welche die russischen Attacken nun effektiver abwehren sollten.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gehen auch weiterhin über die Grenzen Europas hinaus. So hat beispielsweise Russland das *Black Sea*

1 Geiger, Waldemar (2023): Taurus oder kein Taurus und der Preis von zu wenig Hilfe. Soldat und Technik. URL: <https://soldat-und-technik.de/2023/11/bewaffnung/36027/taurus-oder-kein-taurus-und-der-preis-von-zu-wenig-hilfe/> [27.11.2023].

2 Ostiller, Nate (2023): Counteroffensive ‚did not achieve desired results,‘ Zelensky says. The Kyiv Independent. URL: <https://kyivindependent.com/zelensky-war-has-entered-new-phase/> [04.12.2023].

3 Haas, Richard und Charles Kupchan (2023): Redefining Success in Ukraine, in: Foreign Affairs. URL: <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/redefining-success-ukraine> [27.11.2023].

4 ebd.

5 Tagesschau (2023): Oberbefehlshaber warnt vor Stellungskrieg. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-stellungskrieg-100.html> [27.11.2023].

6 Menzel, Bettina (2023): Gegenoffensive schreitet voran: So macht die Ukraine ‚den einzigen Vorteil, den Russland hat‘ zunichte. Merkur.de. URL: <https://www.merkur.de/politik/krim-gegenoffensive-ukraine-krieg-russland-vorteil-truppenstaerke-landbruecke-zr-92568403.html> [27.11.2023].

7 Evans, Marie Claire (2023): Hope Remains Despite Emotional, Economic Strain in Ukraine. Gallup. URL: <https://news.gallup.com/poll/513137/hope-remains-despite-emotional-economic-strain-ukraine.aspx> [06.12.2023].

8 United Kingdom Ministry of Defence (2023): Latest Defence Intelligence update on the situation in Ukraine – 21 November 2023. X. URL: <https://twitter.com/DefenceHQ/status/1726891835132391730?t=QMXDjr0vUAj8P1iuQ031sQ&s=08> [27.11.2023].

*Grain Agreement* auslaufen lassen, welches dazu genutzt wurde, ukrainische Getreideexporte trotz des Krieges zu ermöglichen. Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine sind die Getreidepreise in die Höhe gestiegen.<sup>9</sup> Aufgrund der Etablierung des Abkommens konnten diese wiederum um knapp 12 Prozent gesenkt werden.<sup>10</sup> Durch das Ende des Abkommens ist es jedoch global erneut zu höheren Getreidepreisen gekommen.<sup>11</sup> Russland versuchte derweil durch die Ankündigung kostenloser Lieferungen an afrikanische Staaten seinen Ruf nach dem Ende des Abkommens aufzubessern.<sup>12</sup>

### Deutsche Militärbeiträge

Mit Ausbruch des russischen Angriffskrieges stellte sich in Deutschland die Frage wie eine (militärische) Unterstützung der Ukraine aussehen könnte. Vor Beginn des Krieges hat die Bundesrepublik noch davon abgesehen militärisches Gerät zu liefern und sorgte damals mit einer Lieferung von 5.000 Helmen für Spott.<sup>13</sup> Dies änderte sich und sukzessive wurden über Stinger und Panzerabwehrwaffen durch zunehmenden politischen Druck auch Panzer sowie weitere wichtige Waffensysteme wie z.B. MARS II oder IRIS-T geliefert.<sup>14</sup> Bei diesen Lieferungen handelt es sich jedoch nur um die Spitze des Eisbergs, der eine Vielzahl von weiteren Hilfen und Systemen umfasst, wie z.B. DING, das Luftver-

teidigungssystem PATRIOT sowie diverse Munitionsarten und Ausrüstungsgegenstände.<sup>15</sup> Doch diese schrittweise ausgeweitete militärische Unterstützung lief nicht konfliktlos ab. So gab es lange Zeit immer wieder Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten in der deutschen politischen Debatte über den Umfang und die konkreten Waffensysteme, die geliefert werden sollten.<sup>16</sup> Auch wenn Deutschland nach jetzigem Stand in Sachen Militärhilfe der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine ist<sup>17</sup>, bleibt die Diskussion um die Lieferung von weiteren Waffensystemen noch nicht abgeschlossen. Wie immer wieder betont wird, soll es gemäß dem Bundeskanzler keine deutschen Alleingänge geben. Jedoch folgen einer solchen Maxime des ausschließlich gemeinsamen Handelns nicht alle europäischen Staaten.

Während Partner wie das Vereinigte Königreich und Frankreich bereits Marschflugkörper des Typs „Storm Shadow“/„Scalp-EG“ lieferten<sup>18</sup>, entschieden sich die Niederlande und Dänemark im August 2023 als erste dazu, der Ukraine zukünftig Kampfflugzeuge zu liefern.<sup>19</sup> Der Bundeskanzler hat sich bezüglich einer möglichen Lieferung von F-16 Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern des Typs „Taurus“ bisher zurückhaltend geäußert.<sup>20</sup> Es besteht die Sorge, dass die Marschflugkörper aufgrund ihrer Reichweite von 500 km auch auf Ziele

- 
- 9 RND (2023): 53 Prozent teurer: Importpreise für Getreide so stark wie zuletzt 2011 gestiegen. URL: <https://www.rnd.de/wirtschaft/ukraine-krieg-verschaerft-entwicklung-getreidepreise-steigen-um-53-prozent-YMJB12OGJJDMDFSIIAPBEBYE4E.html> [06.12.2023].
  - 10 Prokopenko, Alexandra (2023): Is This the End of the Road for the Ukraine Grain Deal?, in: Carnegie Endowment for International Peace. URL: <https://carnegieendowment.org/politika/90225> [06.12.2023].
  - 11 Cooban, Anna (2023): Global food prices bounce following collapse of Black Sea grain deal. CNN Business. URL: <https://edition.cnn.com/2023/08/04/business/fao-global-food-prices-grain-deal/index.html> [06.12.2023].
  - 12 Reuters (2023): Russia says first free grain shipments to Africa are on their way. URL: <https://www.reuters.com/markets/commodities/russia-begins-supplying-free-grain-african-countries-agriculture-minister-2023-11-17/> [27.11.2023].
  - 13 RND (2023): Deutschland schickt 5000 Helme für Ukraine los - Übergabe aber außerhalb des Landes. URL: <https://www.rnd.de/politik/deutschland-schickt-5000-helme-fuer-ukraine-los-uebergabe-aber-ausserhalb-des-landes-BPDWJY4PHURZCLZX71L4JVQY24.html> [27.11.2023].
  - 14 Schüller, Yannik (2023): Von Schützenhelmen zu Kampfpanzern: eine Chronik deutscher Waffenlieferungen in die Ukraine. Stern. URL: <https://www.stern.de/politik/ukraine-krieg--eine-chronik-deutscher-waffenlieferungen-33225076.html> [27.11.2023].
  - 15 siehe Bundesregierung (2023): Liste der militärischen Unterstützungsleistungen. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514> [27.11.2023].
  - 16 Decker, Markus; Kristina Dunz und Daniela Vates (2022): Waffenlieferungen an die Ukraine – wollten wir nicht Panzer liefern? RND. URL: <https://www.rnd.de/politik/streit-um-waffenlieferungen-bestandsaufnahme-zum-handeln-der-bundesregierung-7MOAUALMZZFTVDQO2UNYKFPMYI.html> [29.11.2023].
  - 17 IFW Kiel (2023): Ukraine Support Tracker. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/> [29.11.2023].
  - 18 Staedele, Philipp (2023): Die Marschflugkörper im Vergleich. Südwest Presse. URL: <https://www.swp.de/panorama/taurus-vs-storm-shadow-die-marschflugkoerper-im-vergleich-71437967.html> [28.11.2023].
  - 19 Tagesschau (2023): Kein „Gamechanger“, aber gut für die Motivation. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-russland-f16-strack-zimmermann-100.html> [28.11.2023].
  - 20 Staedele, Philipp (2023): Die Marschflugkörper im Vergleich. Südwest Presse. URL: <https://www.swp.de/panorama/taurus-vs-storm-shadow-die-marschflugkoerper-im-vergleich-71437967.html> [28.11.2023].

in Russland angesetzt werden könnte.<sup>21</sup> Dies zog auch Kritik aus den eigenen Regierungsreihen mit sich.<sup>22</sup>

Trotzdem einigte sich die Bundesregierung im November 2023 darauf die Militärhilfe für die Ukraine von vier auf acht Milliarden zu verdoppeln, wodurch Deutschland auch das 2%-Ziel der NATO erreichen würde.<sup>23</sup>

### Ausblick

Mit Verweis auf Clausewitz, welcher auch heutzutage nicht an Aktualität eingebüßt hat, ist „Der Krieg [...] das Gebiet der Ungewissheit; drei Viertel derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewissheit“.<sup>24</sup> Dennoch soll versucht werden, einen Überblick über mögliche Entwicklungen zu geben, die den Krieg entscheidend beeinflussen könnten. Dazu gehören auch Faktoren, die über den eigentlichen Krieg hinaus gehen.

Zum ersten Jahrestag des Kriegsbeginns war die internationale Solidarität mit der Ukraine noch sehr hoch. Immerhin stimmten in der UN-Generalversammlung mit 141 Staaten einer Resolution zu, welche unter anderem den Abzug der russischen Truppen forderte.<sup>25</sup> Diese Solidarität könnte jedoch mit voranschreitender Dauer des Krieges und weitere Konflikte, welche die Aufmerksamkeitsökonomie beeinträchtigen, schwinden. So hat beispielsweise das Wiederaufflammen des Konfliktes in Nahost

dazu geführt, dass die Munitionslieferungen an die Ukraine nachgelassen haben.<sup>26</sup> Ein Abebben von Konflikten könnte zwar zum Status quo ante führen aber auch das Gegenteil und weitere Konflikte und eine damit einhergehende Fragmentierung von militärischen Hilfsleistungen sind im Rahmen des Möglichen. Im Westen wurde bereits anerkannt, dass die Ukraine und ihre Verbündeten sich auf einen längeren Konflikt einstellen müssen.<sup>27</sup> Daher wird der weitere Kriegsverlauf auch davon abhängig sein, wie die weitere Unterstützung des Westens gegenüber der Ukraine ausfällt. Es zeichnet sich ab, dass der Krieg zur Materialschlacht wird.<sup>28</sup> Auch deswegen sollten Geländegewinne nicht als einzige Erfolgsmessung herangezogen werden. Ein weiterer Blick muss auf die US-Präsidentenwahlen im nächsten Jahr gerichtet werden. So gibt es Befürchtungen, dass eine Wiederwahl Wahl von Donald Trump als U.S.-Präsident eine folgenreiche Kürzung der Militärhilfe für Kiew nach sich ziehen könnte.<sup>29</sup> Bereits jetzt gibt es Kritik aus der republikanischen Partei an den Hilfen für Kiew, bei denen Trump mit seiner Aussage, dass er den Krieg in 24 Stunden beenden würde und mehr Geld von Europa fordert auf offene Ohren stößt.<sup>30</sup> Aber auch wenn Präsident Biden ankündigte, ein weiteres Hilfspaket für die Ukraine auf die Beine zu stellen, wurde im U.S.-amerikanischen Kongress der Haushalt vorerst ohne Hilfen für Selenskyj verabschiedet.<sup>31</sup>

21 ebd.

22 Wiegold, Thomas (2023): Angeblich Entscheidung gegen Taurus-Lieferung an die Ukraine (Nachtrag). URL: <https://augengeradeaus.net/2023/10/angeblich-entscheidung-gegen-taurus-lieferung-an-die-ukraine/> [28.11.2023].

23 Tagesschau (2023): Deutschland verdoppelt Militärhilfe für Ukraine. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-deutschland-militaerhilfe-nato-100.html> [28.11.2023].

24 Von Clausewitz, Carl (1832 [2018]): Vom Kriege. Ausgewählt und herausgegeben von Kai Kilian, Köln: Anaconda, S. 68.

25 Siehe A/ES-11/L.7.

26 Walker, Shaun (2023): Ukrainian optimism fades at start of another winter of war. The Guardian. URL: <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/20/ukrainian-optimism-fades-at-start-of-another-winter-of-war> [28.11.2023].

27 Khvostova, Margaryta und Dmytro Kryvosheiev (2023): All-weather allies: Ukraine's counteroffensive and the coming winter. ECFR. URL: <https://ecfr.eu/article/all-weather-allies-ukraines-counteroffensive-and-the-coming-winter/> [28.11.2023].

28 Durach, Felix (2023): Russische Rekruten berichten: „Menschen sterben für nichts“. Frankfurter Rundschau. URL: <https://www.fr.de/politik/russland-ukraine-krieg-soldaten-bericht-waffen-ausruestung-verluste-rekruten-news-92130465.html> [28.11.2023].

29 De Weck, Joseph (2023): Europe should offer Trump a Ukraine deal he can't refuse. POLITICO. URL: <https://www.politico.eu/article/europe-should-offer-trump-a-ukraine-deal-he-cant-refuse/> [28.11.2023].

30 Schulz, Sven Christian (2023): „Unter Trump als Präsident wird die Ukraine keine Gegenoffensive so wie jetzt mehr führen können“. RND. URL: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-die-grosse-angst-vor-trump-was-wenn-er-die-wahl-gewinnt-JRA253OTFZFNOM3HNIP5V4VLI.html> [06.12.2023].

31 Le Monde (2023): US approves \$100 million in military aid to Ukraine despite Congress impasse. URL: [https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/11/21/the-us-approves-100-million-in-military-aid-to-ukraine-despite-congress-impasse\\_6274258\\_4.html](https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/11/21/the-us-approves-100-million-in-military-aid-to-ukraine-despite-congress-impasse_6274258_4.html) [29.11.2023].

# März

Anna-Sophie Heinze

## Die AfD wird 10, bleibt aber ausgegrenzt

Seitdem die „Alternative für Deutschland“ (AfD) vor zehn Jahren von einigen eher neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler:innen und ehemals konservativen Parteimitgliedern gegründet wurde, hat sich viel verändert. Heute spricht kaum noch jemand über ihr anfängliches euroskeptisches Profil, das bald durch nativistische, autoritäre Positionen ersetzt wurde und die Partei zu einem typischen Mitglied der (populistischen) rechtsradikalen Parteienfamilie machte.<sup>1</sup> Dieser Rechtsruck ging 2015 mit umfassenden Veränderungen im Parteivorstand sowie der Mitgliederbasis einher. Heute ist keiner der ersten Parteisprecher:innen mehr Mitglied in der Partei.

### Ideologischer Rechtsruck, innerparteiliche Konflikte, aber relativ starke Organisation

Im Gegensatz zu früheren Rechtsaußenparteien<sup>2</sup> in Deutschland (z.B. DVU, NPD oder Republikaner) gelang es der AfD, eine relativ starke Organisation aufzubauen<sup>3</sup> und sich nicht auf ein einziges Thema zu konzentrieren. Sie warb schnell Mitglieder in allen 16 Bundesländern und zog als erste Rechtsaußenpartei in alle Landesparlamente, den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament ein. Gleichzeitig hat sie sich zu allen zentralen The-

men positioniert, wenn auch manchmal spät (wie bei der Rente) oder widersprüchlich (wie bei der Corona-Pandemie<sup>4</sup>). Darüber hinaus tritt die AfD klimawandelskeptisch<sup>5</sup> auf und agiert als Gegenpol zu Umweltaktivist:innen wie Fridays for Future<sup>6</sup>. Indem sie gegen den Bau von Windkraftanlagen mobilisiert, steigert die AfD ihre Wahlerfolge (genau wie die Grünen, indem sie den Bau fördern).<sup>7</sup>

Trotz ihrer zunehmenden Radikalisierung ist es der AfD nicht gelungen, ihre Flügelkämpfe zwischen (nur relativ) gemäßigten und (deutlich) radikaleren Mitgliedern einzudämmen, die die Partei von Anfang an begleitet haben. 2019 rückte die Gefahr näher, vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden; seit 2021 gilt die AfD als „Verdachtsfall“ für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Jörg Meuthen, eines der letzten eher „gemäßigten“ Mitglieder des Parteivorstandes, trat im Januar 2022 als Parteivorsitzender zurück. Wer heute noch Mitglied der Partei ist, sieht kein Problem in rechtsradikalen bis rechtsextremen Positionen.

Mit ihrem Rechtsaußenprofil hat sich die AfD eine relativ stabile, aber nicht stetig wachsende Stammwählerschaft geschaffen. Dabei verfestigten sich ihre elektoralen Hochburgen in den ostdeutschen Bundesländern<sup>8</sup>, während die Partei in

1 Arzheimer, Kai (2019): "Don't Mention the War!" how Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany, in: *Journal of Common Market Studies* 57 (S1), S. 90-102.

2 Pirro, Andrea L. P. (2023): Far right: The significance of an umbrella concept, in: *Nations and Nationalism* 29 (1), S. 101-112.

3 Heinze, Anna-Sophie und Manés Weisskircher (2021): No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and "Movement-Party" Strategy, in: *Politics and Governance* 9 (4), S. 263-274.

4 Lehmann, Pola und Lisa Zehnter (2022): The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in: *Government and Opposition*. Online First.

5 Küppers, Anne (2022): 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship': The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany, in: *German Politics*. Online First.

6 Heinze, Anna-Sophie (2023): Parteireaktionen auf die Fridays for Future-Bewegung im Deutschen Bundestag. In: Jan Pollex und Anna Soßdorf (Hg.): *Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 193-212.

7 Otteni, Cyrill und Manés Weisskircher (2022): Global warming and polarization. Wind turbines and the electoral success of the greens and the populist radical right, in: *European Journal of Political Research* 61 (4), S. 1102-1122.

8 Weisskircher, Manés (2020): The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind 'Populism', in: *The Political Quarterly* 91 (3), S. 614-622.

Westdeutschland mehr zu kämpfen hatte. Bei der Bundestagswahl 2021<sup>9</sup> verlor die AfD Stimmen und ihren Status als stärkste Oppositionspartei; im Mai 2022 verpasste sie sogar erstmals den Wiedereinzug in ein Landesparlament (in Schleswig-Holstein). Angesichts ihrer relativ stabilen Wählerschaft ist es jedoch unwahrscheinlich, dass die Partei in naher Zukunft verschwinden wird. 50% der AfD-Anhänger:innen würden sich eher enthalten als eine andere Partei zu wählen; nur 23% geben die CDU/CSU als Zweitpräferenz an.<sup>10</sup> Viele Wähler:innen mit populistischen Einstellungen<sup>11</sup> haben in der AfD eine neue Heimat gefunden und werden daher kaum durch eine einfache Neupositionierung, etwa in Richtung strengerer Immigrationspolitik, „zurückgewonnen“ werden. Generell zahlen sich Übernahmestrategien für die etablierten Parteien kaum aus – sie führen eher dazu, dass die Unterstützung für die radikale Rechte zunimmt.<sup>12</sup>

### **Einfluss auf den Parteienwettbewerb und die parlamentarische Arbeit**

Obwohl die anderen Parteien die AfD bisher fast ausnahmslos ausgegrenzt haben, hat sich das Parteiensystem und die parlamentarische Arbeit verändert. Generell ist die Polarisierung gestiegen und die Koalitionsbildung schwieriger geworden. In einigen (v.a. ostdeutschen) Bundesländern garantierten in den letzten Jahren nur wenige Koalitionsoptionen eine parlamentarische Mehrheit unter Ausschluss der AfD. Die Wahl von Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten 2020 mit Unterstützung von FDP, CDU und AfD war in dieser Hinsicht ein Tabubruch, blieb aber bisher einmalig.

Auf Bundesebene ist die AfD nach wie vor relativ strikt ausgegrenzt, etwa stellt sie keinen Bundestagsvizepräsidenten (auf Landesebene haben jedoch verschiedene Parteien bereits für einige AfD-Kandidaten und -Anträge gestimmt).

Im Parlament hebt sich die AfD deutlich von allen anderen Parteien ab. So nutzt sie in großem Umfang weniger komplexe Instrumente (z.B. Kleine Anfragen<sup>13</sup>), um die Behörden permanent zu beschäftigen und an Informationen zu gelangen, die teilweise aus Datenschutzgründen nicht öffentlich sind (z.B. Anzahl und Herkunft von Geflüchteten). Darüber hinaus nutzt die AfD gezielte Provokationen in Parlamentsdebatten, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen (wofür sie die entsprechenden Reaktionen der anderen Parteien und der Medien benötigt). So werden seit dem Einzug der AfD in die Parlamente deutlich mehr Ordnungsrufe verteilt (hauptsächlich an die AfD, aber auch an andere Parteien).<sup>14</sup>

Die zunehmende Polarisierung ist auch in den Parteipositionen erkennbar. Beispielsweise unterscheidet sich die Migrationspolitik der AfD in den Parlamentsdebatten deutlich von der der anderen Parteien.<sup>15</sup> Außerdem ist die AfD die einzige Partei, die sowohl Anti-Establishment- als auch rechtsradikale Positionen benutzt.<sup>16</sup> Während Corona war sie die einzige, die mit der „Querdenken“-Bewegung kooperierte und als deren parlamentarische Sprachrohr fungierte.<sup>17</sup> Diese Entwicklungen können auch den allgemeinen Parteienwettbewerb jenseits der parlamentarischen Arena beeinflussen, doch ist dies bisher nicht in großem Umfang geschehen.

9 Heinze, Anna-Sophie (2023): Die AfD im Wahljahr 2021: Etablierung trotz Radikalisierung? In: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 181-200.

10 Neu, Viola (2021): Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

11 Lewandowsky, Marcel und Aiko Wagner (2023): Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany, in: Representation 59 (3), S. 485-512.

12 Krause, Werner; Denis Cohen und Tarik Abou-Chadi (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties, in: Political Science Research and Methods 11 (1), S. 172-179.

13 Heinze, Anna-Sophie (2022): Dealing with the populist radical right in parliament: mainstream party responses toward the Alternative for Germany, in: European Political Science Review 14 (3), S. 333-350.

14 Heinze, Anna-Sophie (2020): Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten. Baden-Baden: Nomos.

15 Atzpodien, Dana Siobhan (2022): Party Competition in Migration Debates: The Influence of the AfD on Party Positions in German State Parliaments, in: German Politics 31 (3), S. 381-398.

16 Schwanholz, Julia; Marcel Lewandowsky; Christoph Leonhardt und Andreas Blätte (2020): The Upsurge of Right-Wing Populism in Germany. In: Irina Khmelko, Rick Stapenhurst und Michael L. Mezey (Hg.): Legislative Decline in the 21st Century. A Comparative Perspective. New York: Routledge, S. 184-197.

17 Heinze, Anna-Sophie und Manés Weisskircher (2023): How Political Parties Respond to Pariah Street Protest: The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany, in: German Politics 32 (3), S. 563-584.

## Mainstreaming und Normalisierung der AfD

Im Vergleich zu anderen internationalen Rechtsaußenakteur:innen erscheinen die Positionen und Frames der AfD noch relativ marginalisiert. Selbst die CDU, die der AfD ideologisch und elektoral am nächsten steht, hat sich noch nicht wesentlich nach rechts bewegt. Obwohl sie 2017<sup>18</sup> deutlich traditionellere sozialpolitische Forderungen vertrat als 2013, bewegte sie sich in ihrem Wahlprogramm 2021 wieder in eine progressivere Richtung.<sup>19</sup> Nach der Wahlniederlage übernahm Friedrich Merz (der selbst u.a. von „Sozialtourismus“ ukrainischer Geflüchteter sprach) den CDU-Vorsitz und kündigte einen Kurswechsel der Partei an. Eine jede Zusammenarbeit mit der AfD, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, schloss er dabei weiterhin aus. Bislang wurden einzelne Verstöße gegen diesen *cordon sanitaire* jedoch nicht bestraft, etwa die Verabschiedung verschiedener Gesetze<sup>20</sup> der thüringischen CDU mit der AfD (und teilweise der FDP<sup>21</sup>)<sup>22</sup>. Diese spielen für das schrittweise Main-

streaming und die Normalisierung von Rechtsaußenpositionen eine zentrale Rolle und bedrohen somit die liberale Demokratie.<sup>23</sup>

Insgesamt deutet nach zehn Jahren AfD wenig darauf hin, dass die Partei so schnell wieder verschwinden wird. Sie hat eine relativ stabile Organisation und Wählerschaft aufgebaut, wobei sich ihre ostdeutschen Hochburgen zunehmend verfestigt haben. Strategisch steht die Partei nun vor der Frage, wie sie ihre bundesweite Mobilisierung langfristig sichern und ihr Image „entdämonisieren“ kann. Dabei könnte ihr die zunehmende Besetzung von Bürgermeister- bzw. Landratsposten auf der lokalen Ebene zugutekommen.<sup>24</sup> Zukünftig wird der (indirekte) Einfluss der AfD maßgeblich vom Verhalten der anderen Parteien, Medien und Zivilgesellschaft abhängen.<sup>25</sup> Obwohl sie die AfD bisher relativ geschlossen ausgrenzen, bricht der *cordon sanitaire* bereits an einigen Stellen. Für die AfD dürfte das allein Grund zum Feiern sein.

18 Bräuninger, Thomas; Marc Debus: Jochen Müller und Christian Stecker (2020): Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern. Wiesbaden: Springer VS.

19 Debus, Marc (2022): Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021, in: Politische Vierteljahresschrift 63 (1), S. 73-88.

20 MDR (2023): CDU, AfD und FDP setzen Steuersenkung gegen Thüringer Landesregierung durch. 14. September. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/grunderwerbsteuer-landtag-cdu-afd-fdp-102.html> [15.11.2023].

21 Spiegel (2023): AfD, CDU und FDP verabschieden gemeinsam Änderung des Spielhallengesetzes. 01. Februar. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-afd-cdu-und-fdp-verabschieden-gemeinsam-aenderung-des-spielhallengesetzes-a-7cb852f9-ec6c-4676-bce7-f7aa48b54b9a> [15.11.2023].

22 Siehe den Beitrag von Marius Minas in diesem Band.

23 Mudde, Cas (2019): The Far Right Today. Cambridge: Polity.

24 Paxton, Fred (2023): Restrained Radicals. Populist Radical Right Parties in Local Government. Cambridge: Cambridge University Press.

25 Art, David (2011): Inside the Radical Right. The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

David Teiner

## Das deutsche Engagement in der internationalen Krisenbewältigung vor vielfältigen Herausforderungen

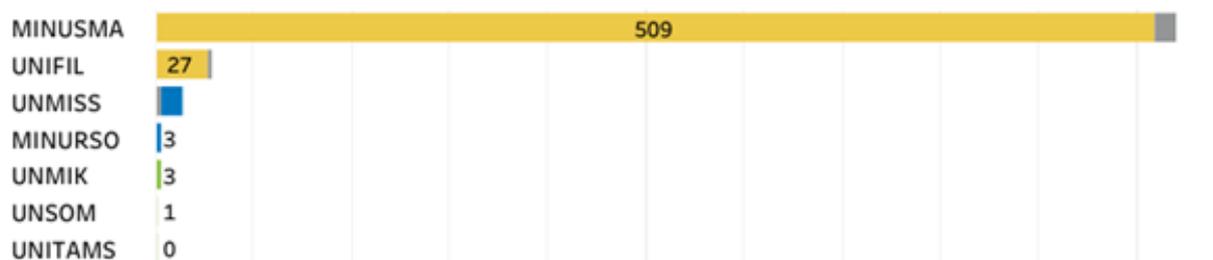
Das Jahr 2023 hielt für Deutschlands Beteiligung an internationaler Krisenbewältigung Intensivierungen des Entscheidungsdrucks bereit, der wie im Falle der UN-Friedensmission in Mali, recht absehbar war, aber auch, zumindest in ihrer Intensität, unerwartete Ereignisse. Das wohl präsenteste Beispiel dafür ist der groß angelegte Angriff der palästinensischen Hamas auf zivile und militärische Einrichtungen in Israel, sowie die massenhafte Ermordung und Entführung israelischer Zivilist:innen und die darauf folgende militärische Reaktion Israels, die eine humanitäre Katastrophe im Gaza-Streifen auslöste.

Gleichzeitig blieb der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch in 2023 ein Feld, in dem sich die deutsche Außenpolitik weiter engagierte. Neben diesen beiden medial sehr prominenten Herausforderungen war das deutsche Engagement in der internationalen Krisenbewältigung aber auch mit verschiedenen anderen Dynamiken konfrontiert, die hier thematisiert werden sollen. Deutschland versucht sich auf verschiedene Weisen in Bemühungen der internationalen Krisenprävention und

-bewältigung einzubringen. Diese nimmt in den meisten Fällen drei mögliche Formen an, die ebenfalls in 2023 deutlicher Veränderung unterworfen wurden: Erstens, *Peacekeeping*, also Konfliktinterventionen durch internationale Organisationen, wie den Vereinten Nationen (UN). Zweitens, *Peacemaking*, worunter Internationale Mediationsversuche, um Konflikte beizulegen, fallen. Drittens, *Peacebuilding*, also die nachhaltige Förderung friedlicher Ordnungen zur Verhinderung des erneuten Ausbrechens von Gewaltkonflikten.

### Peacekeeping: Das Ende von MINUSMA

Im Bereich des Peacekeeping beteiligt sich Deutschland an verschiedenen Friedensmissionen, allen voran an denen der UN. *Abbildung 1* zeigt dabei eindrücklich, dass Deutschland hauptsächlich in der UN-Stabilisierungsmission in Mali aktiv ist. Die Bundeswehr übernimmt dort vor allem die Luftaufklärung mit Hilfe von Drohnen, die die Sicherheit der Missionskräfte und der Zivilbevölkerung verbessern sollten, indem sie Bewegungen von Rebellengruppen identifizierten.



**Abbildung 1:** Aus Deutschland entsandte Personen in UN-Friedensmissionen. Soldat:innen gelb; Polizist:innen grün; Staboffizier:innen grau; Zivile Expert:innen blau. Stand 31 Juli 2023.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Siehe hierzu: <https://peacekeeping.un.org/en/troop-and-police-contributors>. [14.12.23].

Das weitreichende Mandat von MINUSMA, das unter anderem die Ausweitung staatlicher Autorität, Schutz der Zivilbevölkerung und Konfliktmediation mit Rebellengruppen beinhaltet, sowie die Komplexität des malischen Konflikts erschwerten der Mission die Erreichung ihrer Ziele seit geraumer Zeit. Dazu kamen noch zwei Militärputsche im August 2020 und Mai 2021, nach denen sich Assimi Goïta als Anführer der Militärjunta etablierte.<sup>2</sup> Deren Zusammenarbeit mit der russischen Söldnergruppe Wagner sorgte international für Befürchtungen, dass diese mit den malischen Streitkräften daraufhin vermehrt Menschenrechtsverletzungen begehen würden, wie auch ein Bericht des UN High Commissioner for Human Rights über ein Massaker in Moura nahelegt.<sup>3</sup>

Nachdem dann die malische Regierung MINUSMA zeitweise keine Überfluggenehmigungen mehr erteilte und damit auch vor allem die deutsche Beteiligung an der Mission massiv beschränkte, beschloss der Bundestag die Beteiligung zu reduzieren und nur noch bis Mai 2024 fortzuführen.<sup>4</sup> Aufgrund der multiplen Krisen in Mali und MINUSMAs Schwierigkeiten bei der Mandatsumsetzung, die auch mit der anhaltenden Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch Rebellengruppen und Menschenrechtsverletzungen durch die malischen Sicherheitskräfte zusammenhängen, gab es verschiedene Reformvorschläge, die jedoch auch dadurch in Frage gestellt wurden, dass die Regierung unter Goïta mehrfach betonte, MINUSMA solle beendet werden. Auch unter diesem Eindruck beschloss der UN-Sicherheitsrat im Juni 2023 dann einstimmig, MINUSMA zu beenden, sodass die UN seitdem den unmittelbaren Abzug der Mission organisiert.<sup>5</sup>

## Peacemaking: Ein deutscher UN-Mediator im Sudan

Seit April 2023 halten zudem intensive Kämpfe im Sudan an, die zwischen den Streitkräften des Staatsoberhauptes Abdel Fattah Burhan und seines Stellvertreters Mohamed Hamdan Dagalo und dessen Resolute Support Forces stattfinden. Die Vermittlungsversuche durch die UN wurden dabei wesentlich von Volker Perthes geleitet, der vom UN-Generalsekretär zum UN-Sonderbeauftragten für Sudan zum Leiter der UN-Übergangsunterstützungsmission UNITAMS berufen wurde.

Zu Beginn der Kämpfe hatte Perthes vor der UN und für die internationale Öffentlichkeit berichtet, dass die Konfliktparteien beide zivile Einrichtungen, wie Häuser oder Gebetsstätten, angreifen und sexuelle Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt wird.<sup>6</sup> Perthes wurde von Burhan der Lüge bezichtigt und zur unerwünschten Person (persona non grata) erklärt, woraufhin UN-Generalsekretär Guterres darauf verwies, dass dieses diplomatische Instrument auf UN-Personal nicht anwendbar sei und Perthes sein vollstes Vertrauen genieße.<sup>7</sup> Im September 2023 trat Perthes jedoch von seiner Position zurück, da er die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts für gescheitert ansah.<sup>8</sup> Diplomatische Bemühungen von Seiten der UN und anderer Akteure setzten sich zwar fort, blieben aber im Rest des Jahres recht niedrigschwellig.

## Peacebuilding: Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und der Militärputsch in Niger

Im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland traditionell sehr stark involviert und beteiligt sich als beitragsstärkstes Land

2 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2021): Hintergründe des Militärputsches in Mali. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/852314/0ceca7ff2617162d27084daaa71c78d8/Militaerputsch-Mali-Mai-2021-data.pdf> [14.12.23].

3 UNHCHR (2023): Malian troops, foreign military personnel killed over 500 people during military operation in Moura in March 2022 – UN human rights report. URL: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/05/malian-troops-foreign-military-personnel-killed-over-500-people-during> [14.12.23].

4 Bundesministerium der Verteidigung (2022): Aktueller Sachstand bei der Genehmigung von Überflügen über Mali. URL: <https://www.bmvg.de/de/presse/sachstand-bei-der-genehmigung-von-ueberfluegen-ueber-mali-5479544> [14.12.23]; Deutscher Bundestag (2023): Abzugsmandat für MINUSMA-Einsatz in Mali vorgelegt. URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-946388> [14.12.23].

5 Tull, Denis M. (2022): Bleiben oder gehen: Gibt es noch Zukunftsperspektiven für die Mission in Mali? URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/bleiben-oder-gehen-gibt-es-noch-zukunftsperspektiven-fuer-die-mission-in-mali> [14.12.23].

6 Tagesschau (2023): „Trotzdem muss man weitermachen“. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-perthes-102.html> [14.12.23].

7 Reuters (2023): UN says Sudan cannot apply persona non grata to UN envoy. URL: <https://www.reuters.com/world/africa/un-says-sudan-cannot-apply-persona-non-grata-un-envoy-2023-06-09/> [14.12.23].

8 Tagesschau (2023): Deutscher UN-Sondergesandter tritt zurück. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-sondergesandter-perthes-ru-ektritt-100.html> [14.12.23].

am UN Peacebuilding Fund (Tabelle 1). Aber auch dieses außerordentlich große Engagement wurde auch in diesem Jahr mit Herausforderungen konfrontiert.

**Tabelle 1:** UN Peacebuilding Fund, 2020-2024. Höchste Beiträge.<sup>9</sup>

Land	Vorgesehene Beiträge 2020-2024
Deutschland	\$148.729.924
Niederlande	\$122.182.583
Schweden	\$101.053.255
Kanada	\$66.197.357
Norwegen	\$54.200.351
Vereinigtes Königreich	\$35.067.034
Dänemark	\$32.803.871
Schweiz	\$22.141.985
Frankreich	\$19.102.381
Australien	\$12.860.677
Irland	\$10.630.426
Finnland	\$10.442.469

Im Juli 2023 wurde zudem im westafrikanischen Niger gegen die demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Mohamed Bazoum geputscht, woraufhin sich General Abdourahamane Tchiani zum Staatsoberhaupt erklärte. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bemühte sich um Vermittlung und erwog gleichzeitig eine Intervention zur Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Regierung. Eine ECOWAS-Intervention gegen die neue Militärregierung kam auch deshalb nicht zustande, weil einige der ECOWAS-Mitgliedstaaten selbst von durch Putsch an die Macht gelangten Militärs regiert werden. Die EU-Staaten koordinierten aber ebenfalls keine gemeinsame Antwort, sondern reagierten einzeln. Im Fall von Deutschland bedeutete dies, dass sich Entwicklungsministerin Svenja

Schulze für Konsultationen mit dem Präsidenten der ECOWAS-Kommission, Omar Alieu, in Nigeria traf und die Bemühungen der Organisation lobte. Schulze war dort als Vorsitzende der Sahel-Allianz, die die internationale Unterstützung für Sahel-Staaten bündelt. Das Ministerium ließ im Anschluss an das Treffen verlauten, dass die Zahlungen, ebenso wie die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausgesetzt wurden, damit die Putschisten nicht frei darüber verfügen können.<sup>10</sup>

### Viele offene Fragen, viel Justierungsbedarf

All diese politischen Entwicklungen und Ereignisse im Jahr 2023 kommen zu einer Zeit, in der ohnehin schon eine Enquete-Kommission die Beteiligung der Bundeswehr an der US-geführten *Afghanistaneinsatz* aufarbeiten soll, nachdem die Taliban im Sommer 2021 gewaltsam landesweit die Macht übernahmen und die internationalen Einsatzkräfte daraufhin das Land verließen. So werden parlamentarische Organe, zivilgesellschaftliche Akteure und die Bundesregierung für die Zukunft neujustieren müssen, welche Rolle Deutschland in der internationalen Krisenbewältigung übernehmen soll. Dabei muss festgelegt werden, in welcher Form sich Deutschland weiterhin an UN-Friedensmissionen beteiligen will und wie deutsche Mediator:innen im UN-System, oder auch in anderen Kontexten, wie im Fall von Annette Weber als EU-Sondergesandte für das Horn von Afrika, in ihrer Arbeit unterstützt werden können.

Auch die Regierungs- und Parlamentsorgane, die mit internationaler Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt sind, der sich Deutschland weiterhin stark verpflichtet fühlt, müssen sich damit auseinandersetzen, wie humanitäre Hilfe und Entwicklungsprojekte im Angesicht von Regierungsumstürzen und dem Anstieg undemokratischer Regierungen vielerorts in Zukunft weiterhin umgesetzt werden sollen. Angesichts der Krisen, die in diesem Jahr alle Bereiche der internationalen Krisenbewältigung auf verschiedene Arten betroffen haben, bleiben für 2024 viele Baustellen und offene Fragen, die mit Expertise und politischem Willen bearbeitet werden müssen.

<sup>9</sup> Siehe hierzu: <https://www.un.org/peacebuilding/fund> [14.12.23].

<sup>10</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023): Putschisten sollen kein deutsches Steuergeld bekommen. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/svenja-schulz-besucht-nigeria-im-eindruck-des-niger-putsches-19107547.html> [14.12.23].

# Mai

Oliver Drewes

## Klimaaktivismus auf Deutschlands Straßen – Radikal, terroristisch, extremistisch oder zivil ungehorsam?

An zahlreichen Orten in Deutschland haben Klimaaktivisten 2023 mit dem Festkleben auf Straßen als „Klimakleber“ Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden, indem sie eine politische Protestform gewählt haben, auf die oftmals mit Empörung und hitzigen Debatten reagiert wurde. Dabei wurde vor allem über die Legitimität und die Effektivität dieser Protestform gestritten. In dem Ärger und der Ablehnung gegenüber der Protestform wurden auch Urteile gefällt, die die Klimakleber als „Ökoextremisten“, „Ökoterroristen“ oder „Radikale“ bezeichneten. Gleichzeitig wurden die Aktionen des Festklebens im öffentlichen Raum auch mit dem Konzept des zivilen Ungehorsams in Verbindung gebracht und damit hinsichtlich ihrer Kompatibilität mit der Demokratie durchaus auch anders und weniger feindselig bewertet.

Im Folgenden soll etwas begriffliche Klarheit in eine aufgeheizte Debatte gebracht werden und zwischen den Begrifflichkeiten des Extremismus, Radikalismus, Terrorismus und zivilen Ungehorsams unterschieden werden. Inwiefern sind die Klimakleber mit dem ein oder anderen Begriff in Verbindung zu bringen und gibt es so etwas wie legitimen, aber illegalen Protest?

### Radikalismus, Terrorismus oder Extremismus

Zunächst zum Begriff des Radikalismus. Das Konzept des politischen Radikalismus beschreibt die Orientierung oder den Willen nach einem rigorosen Wandel und eine Um- oder Abkehr von bisherigen Handlungsweisen. Radikal war beispielsweise die Friedensbewegung der 80er Jahre dahingehend, weil sie eine völlig andere Außen- und Sicherheits-

politik proklamierte als die Bundesregierung sie verfolgte. Der Begriff des Radikalismus orientiert sich damit relativ zu den gegebenen Verhältnissen und will eine politische Änderung innerhalb des bestehenden politischen Systems hinsichtlich einer bestimmten inhaltlichen Strategie erreichen<sup>1</sup>. Hier liegt der Unterschied zum Extremismus. Das Konzept des Extremismus bezeichnet eine allgemeine Systemfeindlichkeit gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat<sup>2</sup> und will nicht nur eine politische Umkehr in bestimmten Sachfragen. Er will die gegebenen politischen Verhältnisse überwinden und durch eine alternative Ordnung ersetzen. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung betrachtet und grundlegende Verfassungswerte wie der Würde des Menschen, dem Recht auf körperliche Unversehrtheit oder dem Rechtsstaatsprinzip werden missachtet. Terrorismus kann anschließend eine Handlungsstrategie von Extremisten zur Durchsetzung politischer Ziele sein. Durch die Ausübung von Gewalt, die Personenschäden explizit einschließt, soll Angst und Schrecken verbreitet und ideologische Ziele verfolgt werden<sup>3</sup>. Terroristische Akte in demokratischen Staaten dienen der Systemdestabilisierung und wollen eine politische Verhaltensänderung in ihrem Sinne erwirken.

### Ziviler Ungehorsam

In starkem Kontrast zu den Begriffen des Extremismus und Terrorismus, die sich explizit antidemokratisch und verfassungsfeindlich formieren, steht der Begriff des zivilen Ungehorsams, der seinerseits durchaus in Verbindung mit dem Begriff des Radi-

1 Jaschke, H. G. (2006). Politischer Extremismus. Springer-Verlag.

2 Jesse (2018). Grundlagen. In: Jesse, E.; Mannewitz, T. (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Nomos. Baden-Baden.

3 Böttcher, A., & Mares, M. (2012). Extremismus: Theorien–Konzepte–Formen. Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

kalismus stehen kann. Das Konzept des zivilen Ungehorsams ist rechtlich nicht definiert und erfährt daher medial und politisch uneinheitliche Verwendung und unterschiedliche Bewertungen. Dennoch lassen sich sozialwissenschaftlich einige Merkmale festhalten, die das Handeln im zivilen Ungehorsam beschreiben. Der Soziologe und Protestforscher Dieter Rucht hat hierzu sieben Merkmale des zivilen Ungehorsams ausgemacht<sup>4</sup>. Erstens: Die Aktion ist gewaltfrei vorbereitet. Das bedeutet, sie geschieht nicht aus dem Affekt und betrachtet von vorne rein Gewaltanwendung nicht zum Mittel der Wahl. Zweitens: Die agierende Gruppierung ist überschaubar, also keine lose Demonstrationsmenge. Drittens: Es wird auf defensives und deeskalierendes Vorgehen geachtet. Aggressivität wird vermieden, da es nicht um eine Angriffshaltung geht, sondern um friedliches Protesthandeln. Historisch sind hier Akteure wie Martin Luther King oder Mahatma Ghandi als Beispiele zu nennen. Viertens: Es wird nicht anonym gehandelt, sondern die eigenen Identitäten sind ersichtlich und werden nicht versteckt. Insofern geben sich die Protestierenden zu Erkennen und stehen für ihr Anliegen persönlich ein. Fünftens: Die Gründe des eigenen Handelns und des Regelbruchs werden argumentativ deutlich gemacht. Es soll transparent nachvollziehbar gemacht werden, warum die Gruppe so handelt, wie sie handelt und dass es eine gute Begründung dafür gibt. Sechstens: Die Akteure des zivilen Ungehorsams haben zuvor andere Wege der politischen Einflussnahme, wie Wahlen, Demonstrationen oder Petitionen erfolglos genutzt. Siebtens: Die grundsätzliche Geltung des Rechts wird nicht in Frage gestellt und dementsprechend werden auch die Strafen gegenüber dem eigenen Rechtsbruch akzeptiert. In der deutschen Vergangenheit sind als Beispiel für zivilen Ungehorsam die Proteste der Anti-Atomkraftbewegung in den 80er Jahren zu nennen, in deren Zuge sich Menschen an Bahngleise ketteten, um so den Transport von Castoren zu behindern.

Kennzeichnend für zivilen Ungehorsam ist, dass seine Protestform nicht revolutionär – sprich systemüberwindend – auftritt, sondern ein uneingelöstes politisches Versprechen oder die Gewährleistung von Grundrechten einfordert. Auch eine politische Agenda kann durch zivilen Ungehorsam zum Ausdruck gebracht werden, wobei sie sich explizit an und nicht gegen den Staat richtet. So zielt ziviler Ungehorsam z.B. auf die Einhaltung von Menschenrechten, die staatliche Gewährleistung von Schutzaufgaben oder die Änderung bestimmter politischer Entwicklungsrichtungen ab.

Kritiker<sup>5</sup> halten dem Verhalten des zivilen Ungehorsams entgegen, dass der damit einhergehende Rechtsbruch im Prinzip kein hinnehmbares Verhalten in einer Demokratie sein kann, da geltendes Recht unabhängig der Motivation und Begründung nicht unterlaufen und toleriert werden darf. Sie befürchten, dass Recht und Ordnung aufgeweicht werden könnte und damit in der Folge die Friedlichkeit einer Gesellschaft bedroht sein könnte. Insofern ist der zivile Ungehorsam ein schmaler Grat zwischen begründetem und legitimem Protest innerhalb der Demokratie und untolerierbarem Verhalten, das sich in seiner Ignoranz von Regeln und Gesetzen nicht ausweiten darf. Insofern reagiert der Rechtsstaat zwar mit strafrechtlicher Verfolgung, erkennt aber die ggf. legitimen Beweggründe mildernd an.

### **Sind die Klimakleber nun radikal, extremistisch, terroristisch oder ungehorsam?**

Weder wollen die Klimakleber die Regierung gewaltsam zu Fall bringen noch die freie demokratische Grundordnung angreifen. Sie wählen eine Protestform, die keine Personenschäden vorsieht und akzeptieren die gegen sie verhängten Strafen. Damit sind sie weder als Extremisten noch als Terroristen zu bezeichnen. Ausschlaggebend ist hier, dass sie die Regierenden zu bestimmten Handlungen bewegen und gleichzeitig den öffentlichen Diskurs auf die Dringlichkeit eines Problems hin-

4 Rucht, D. (2023): Die letzte Generation. Beschreibung und Kritik. ipb working series. Berlin: ipb.

5 siehe exemplarisch: Frankenberg, G. (1984). Ziviler Ungehorsam und Rechtsstaatliche Demokratie. *JuristenZeitung*, 39(6), 266–275.

weisen wollen – ob ihnen das gelingt, ist eine andere Frage. Damit erkennen sie die Legitimität der Regierung und des Staates explizit an, weil sie die Handlungsverantwortung und die Zuständigkeit bei der Regierung sehen und ihr diese Aufgaben und Kompetenz nicht absprechen wollen. Gleichzeitig adressieren sie die demokratische Öffentlichkeit und versuchen ein Agenda-Setting zu be-

treiben. Gegenwärtig entspricht das Verhalten der Klimakleber gemessen an den genannten sieben Kriterien deutlich der Handlungsform des zivilen Ungehorsams. Ihre Protestform mag unangenehm, störend und moralistisch erscheinen, eine Gefahr für die Demokratie sind sie in dieser Form jedenfalls nicht.

Manuel Biertz

## Habecks „Heizungsdiktatur“? Ein Übersetzungsangebot

Gestartet ist das neuerliche Reformvorhaben im Gebäudeenergiegesetz (GEG) 2021 als Klimagesetz des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck.<sup>1</sup> Als Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine wurde die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas jedoch von der deutschen Bundesregierung als Problem anerkannt. 2022 rückte die Bundesregierung auch die Energiesicherheit in die Zielvorgaben des GEG. Ein im März 2023 geleakter Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium löste eine hitzige und langwierige öffentliche Debatte um die Sinnhaftigkeit der Einschränkungen aus. Kern des in Reaktion auf die öffentliche Debatte korrigierten Gesetzesentwurfes der Bundesregierung (April 2023) ist die Anforderung, dass bereits ab 2024 neuzugelassene Heizungsanlagen, mit mindestens 65% erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Ab 2045 sollen nur noch Heizungen mit 100% erneuerbaren Energieträgern betrieben werden dürfen. Sowohl die oppositionelle CDU als auch die mitregierende FDP warnten vor erheblichen Kosten für Hauseigentümer und auch außerhalb familiärer Kreise und Stammtische war von der „Heizungsdiktatur“ zu hören und zu lesen.<sup>2</sup> Nun lässt sich viel über die Wirksamkeit dieser und jener Technologie, über die Notwendigkeit von Technologieoffenheit oder auch über die sozialen Belastungen und ihre Abfederung sagen. In diesem Beitrag wird es aber um die „Heizungsdiktatur“

gehen. Nicht darum, ob der Begriff der „Diktatur“ gerechtfertigt ist, denn er ist zum einen ohnehin umgangssprachlich und wird in der Politikwissenschaft vermieden und zum anderen ist er pointiert und damit nicht wörtlich zu verstehen<sup>3</sup>, sondern als Vorwurf eines illegitimen Eingriffs in die persönlichen Lebensverhältnisse der Bürger:innen. Stattdessen unternimmt es dieser Essay, die liberale Grundintuition hinter der zugespitzten Wortwahl als Verteidigung des Bestandschutzes zu bergen. Der Vorwurf des illegitimen Eingriffs in die persönlichen Lebensverhältnisse entspringt der liberalen Intuition, sich ungerechtfertigten Einmischungen in das eigene Leben zu erwehren. Im 1859 erschienenen *On Liberty* hat der britische Philosoph John Stuart Mill solche ungerechtfertigten Einmischungen auf die Formel der „Tyrannei der Mehrheit“ gebracht.<sup>4</sup> Damit meint er nicht nur den Staat. Er hat in der Gesellschaft das Bestreben ausgemacht, „die Macht der Gesellschaft über das einzelne Individuum ungebührlich zu vermehren“<sup>5</sup>. Die Grenzen dieser privaten Sphäre sind immer wieder auf's Neue zu diskutieren, aber die deutsche Gesellschaft mit ihren von privaten Kontrolleuren (TÜV, etc.) geprüften staatlichen Verordnungen und Normen hat sicherlich eine besondere Vorliebe dafür, sich in private Sphären wie Häuser und Wohnungen einzumischen<sup>6</sup>. Dabei ist die Wahl des Heizungssystems eine Entscheidung persönlicher Lebensge-

1 Nieskes, Jana (2023): Chronologie des Ampel-Streits. Der steinige Weg zum Heizungsgesetz. ZDF. 6. Juli. URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/heizungsgesetz-chronologie-ampel-koalition-einigung-100.html> [15. 08. 2023].

2 Mayer, Thomas (2023): Deutschland – das ist Bürokratiemacht und grüne Ideologie. 18. April. URL: <https://www.welt.de/finanzen/plus244829720/Thomas-Mayer-Heizungsdiktat-statt-Innovation.html> [15. 08. 2023]; FOCUS.de (2023): Heizungs-Hammer ab 2024. Experte kritisiert Habecks Verbote: „Auf dem Weg in die Öko-Diktatur“. 13. März. URL: [https://www.focus.de/politik/deutschland/geplante-heizungs-verbote-experte-erhebt-schwerem-vorwurf-gegen-habecks-oeko-diktatur\\_id\\_188213208.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/geplante-heizungs-verbote-experte-erhebt-schwerem-vorwurf-gegen-habecks-oeko-diktatur_id_188213208.html) [15. 08. 2023].

3 Wir würden denen, die diesen Begriff führen, wohl (hoffentlich) Unrecht tun, würden wir ihnen unterstellen, die perspektivische Abschaffung von Gas- und Ölheizungen ernsthaft mit nordkoreanischen Lebensverhältnissen gleichzusetzen.

4 Mill, John Stuart (2018): Über die Freiheit. Hamburg: Nikol Verlag, S. 33.

5 Ebd., S. 45

6 Man denke etwa an Vorschriften zu Form und Farben von Häusern in Kommunen.

staltung, in die sich eine liberale Gesellschaft erst einmal nicht einzumischen hat. Zumal es sich um einen Eingriff mit erheblichen Folgekosten für die Betroffenen und mit einem großen Betroffenenkreis handelt: Knapp 50% aller deutschen Heizsysteme sind Gasheizungen, knapp 25% sind Ölheizungen.<sup>7</sup> Während Reparaturen an Heizungen erlaubt sind, muss bei einer „Havarie“ (Totalausfall) die Heizung ersetzt werden und darf höchstens für drei Jahre übergangsweise mit einer gebrauchten Öl- oder Gasheizung betrieben werden. Die Kosten für die Alternative Wärmepumpe lagen im Jahr 2022 zwischen 18.750 € und 37.500 € und verursachen damit spürbare Belastungen für die Betroffenen. Nun klingt das zwar viel und erheblich, ist aber gar nicht ungewöhnlich. Von den Strafgesetzen über Steuern und Sozialgesetzgebung bis hin zur Straßenverkehrsordnung, die Regeln, die wir uns als liberale Gesellschaft geben, regulieren unser Verhalten als Individuum und verursachen uns Kosten. Es gibt aber gute Gründe, Individuen auf die Instandhaltung ihrer Autos zu verpflichten und Bauvorschriften zu erlassen, damit nämlich das individuelle Kosten-Kalkül Gefährte von über einer Tonne Leergewicht nicht zu einem tödlichen Geschoss für andere werden lässt und der aus mangelnder Vorsicht entstandene Brand nicht auf andere Häuser überschlägt. Ebenso gibt es gute Gründe, die natürlichen Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen nicht zu zerstören und sei es nur weil wir unseren Kindern ein ebenso mildes Klima wünschen wie wir es selbst bewohnen durften. Die Regulierung des gesellschaftlichen Miteinanders durch Vorschriften die auch in die private Sphäre individueller Entscheidungsfreiheit hineinreichen, ist also weder neu noch wirft sie prinzipielle legitimatorische Probleme auf. Der Eingriff ist also nicht aus sich heraus illegitim. Die pointierte Begrifflichkeit der „Heizungsdiktatur“ kann aber als Kritik am Bruch mit dem Bestandsschutz eingefangen werden. Der Bestandsschutz ist ein Schutz gegen die

Willkür, die jeder politischen Entscheidung inneohnt: weil Wahrheit niemals feststeht und weil sich Mehrheitsverhältnisse wandeln. Bisweilen trägt er seltsame Blüten, etwa dann, wenn in öffentlichen Gebäuden, wie Universitäten – um etwas aus dem Nähkästchen zu plaudern –, die in den abgehängten Decken der Flure verlaufenden Kabelkanäle beim Verlegen neuer Leitungen nicht genutzt werden, sondern stattdessen neue Löcher zwischen den Büros gebohrt werden. Denn solange die Kabelkanäle in den Fluren nicht „angefasst“ werden, müssen sie auch nicht an aktualisierte Brandschutzbestimmungen angepasst werden. Das ist der Form nach richtig und der Sache nach absurd. Privathäuser dagegen sind individuelle, gewaltige Investitionen, die in aller Regel nur durch Baukredite mit mehreren Jahrzehnten Laufzeit abzubezahlen sind. Sie enthalten eine Erwartung an die Zukunft, sie sind Lebensraum und Lebenstraum, gegebenenfalls sogar traditionsreiches Erbe, das man an die eigenen Kinder weitergeben möchte. Getragen wird diese Zukunftserwartung von der Baugenehmigung und dem Vertrauen darauf, ein einmal genehmigtes Gebäude in gleicher Weise weiterführen zu können. Dieser Bestandsschutz ist im Rechtsempfinden verankert, gesetzlich aber nicht einheitlich gesichert. Von der Rechtsprechung aus dem Recht auf Eigentum abgeleitet finden sich heute zwar in den meisten Gesetzen Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen für Bestandsgebäude, diese sind aber einfach-gesetzlich und daher nicht durch die Verfassung vor Eingriffen durch das Parlament geschützt.<sup>8</sup> Daher konnte der Anfang des Jahres publik gewordenen Referentenentwurf eine Reduktion der Betriebsdauer von Heizungssystemen auf Basis nicht-erneuerbarer Energien von 30 auf 20 Jahre sowie eine Verpflichtung zur Umrüstung auf erneuerbare Energie nach einer Havarie vorsehen. Damit will die Regierung den Bestandsschutz aufweichen.<sup>9</sup> Zusammenfassend hat dieser Beitrag den Vorwurf der „Heizungsdiktatur“ aus einer liberalen

7 BDEW (2023): Beheizungsstruktur des Wohnungsbestandes in Deutschland 2022. Anteile der genutzten Energieträger. URL: [https://www.bdew.de/media/documents/Wohnungsbestand\\_Beheizungsstruktur\\_2022\\_online\\_o\\_dw\\_jaehrlich\\_CMi\\_29092023.pdf](https://www.bdew.de/media/documents/Wohnungsbestand_Beheizungsstruktur_2022_online_o_dw_jaehrlich_CMi_29092023.pdf) [29.12.2023].

8 Für einen Überblick, siehe: Brandner, Kathrin (2019): Immissionsschutzrechtlicher Bestandsschutz und BVT-Schlussfolgerungen. Hamburg: Kovač.

9 Das ist auch nicht verwunderlich. Eine Veränderung bestehender Heizungsverhältnisse ist das Ziel der Regierung, weil sowohl der Klimawandel als auch der russische Krieg gegen die Ukraine eine schnellere „Heizungswende“ notwendig werden lassen.

Perspektive rekonstruiert und daraus ein Übersetzungsangebot als Vorwurf der politischen Willkür aufgrund der Missachtung des Bestandsschutzes entwickelt. Damit ist nicht die Sinnhaftigkeit des Begriffs bestätigt: Wer von einer „Heizungsdiktatur“ spricht, der schießt mit Kanonen auf Spatzen. Das Übersetzungsangebot macht sich den Vorwurf

auch nicht zu eigen. Es wäre auch nicht die Aufgabe einer Politischen Theorie in dieser Weise in diese öffentliche Debatte zu intervenieren. Aber sie kann das Verstehen der Anderen fördern, indem sie deren Gründe auf Basis eines geteilten, freiheitlich-demokratischen Verständnisses rekonstruiert.

Max Strietholt

## Macht und Ohnmacht des Staates im Kampf gegen die Inflation

Zum neunten Mal in Folge hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Juli 2023 den Leitzins erhöht – dieses Mal um 25 Basispunkte auf nunmehr 4,25%. Nur ein Jahr zuvor lag der Zins noch bei 0%, ehe die Währungshüter im Juli 2022 die lange Phase der Niedrig- und Negativzinsen beendeten und eine bis heute anhaltende Zinswende einläuteten. Die hartnäckige Inflation, so die Botschaft, soll entschieden bekämpft werden. Doch wie genau sollen Zinsen gegen Inflation helfen? Warum besteht die Inflation trotz Zinserhöhungen bis heute fort? Und wie beugen wir zukünftiger Inflation vor? Dieser Beitrag wirft einen Blick auf die Ursachen von Inflation und versucht auf dieser Grundlage, die Spielräume des Staates im Kampf gegen die Inflation näher zu bestimmen.

### Inflationsursachen verstehen

Die Idee hinter den Zinserhöhungen ist – grob vereinfacht – die Folgende: Wenn die EZB den Leitzins erhöht, wird es für Banken teurer, sich Geld von ihr zu leihen. Diese Kosten werden die Banken in Form höherer Zinsen bei Krediten an ihre Kunden weitergeben. Dadurch wiederum werden insgesamt weniger Kredite aufgenommen, wodurch Bürger:innen weniger Geld zur Verfügung haben, um Güter und Dienstleistungen zu erwerben – die Nachfrage sinkt. Wenn die Nachfrage sinkt, insgesamt also weniger Menschen um das knappe Angebot konkurrieren, werden Unternehmen weniger hohe Preise für ihre Güter und Dienstleistungen aufrufen können.

Zentralbanken wie die EZB bekämpfen Inflation also vor allem über die Steuerung der *Nachfrage*. Doch hierin besteht die Krux der aktuellen Situation: Vor allem in Europa ist die momentane Inflation in erster Linie nicht durch Probleme auf der *Nachfrageseite* ausgelöst worden, sondern vielmehr durch Probleme auf der *Angebotsseite*. Lag

die Hauptursache der steigenden Preise zu Beginn noch an gestörten Lieferketten in Folge der COVID19-Pandemie, sind inzwischen vor allem explodierende Energiekosten in Folge des Kriegs in der Ukraine der Haupttreiber. Dabei sind steigende Energiepreise nicht nur für sich genommen ein Problem, sondern wirken sich enorm auf sämtliche Sektoren aus – beispielsweise über steigende Transport- sowie Düngemittelpreise in der Lebensmittelindustrie.

### Die Nachfrage als Zielvariable – oder doch etwas Anderes?

Doch wenn die EZB die eigentlichen Inflationsursachen gar nicht bekämpfen kann, welchen Zweck haben die Zinserhöhungen dann? Eine einfache Antwort besteht darin, die Nachfrage in Einklang mit dem gesunkenen Angebot zu bringen: Wenn heute weniger Angebot vorhanden ist als gestern, so die Logik, muss die Nachfrage eben in gleichem Maße sinken. Dafür braucht es allerdings Zeit – bis die Zinserhöhungen wirken, vergehen in der Regel Monate bis Jahre.

Doch die Zinserhöhungen haben noch eine andere Wirkung: Verfolgt man die Begründungen der EZB für ihre Maßnahmen, fällt auf, dass auffallend oft davon gesprochen wird, *Vertrauen* herzustellen. Warum ist aber ist Vertrauen so wichtig? Der Grund ist der Folgende: Wenn Menschen glauben, dass die Preise steigen, *dann werden sie auch steigen* – eine fatale Form der selbsterfüllenden Prophezeiung. So hört man zuletzt wieder oft ein Wort, das zum letzten Mal in den 1970er Jahren durch die Medien geisterte: Die berühmte „Lohn-Preis-Spirale“. Wenn Arbeitnehmer:innen glauben, dass Preise steigen, werden sie das in Lohnverhandlungen berücksichtigen. Steigende Lohnkosten wiederum, so die Annahme, werden von Unternehmen an Kunden weitergegeben – die Preise steigen. Aus

diesem Grund ist es der EZB sehr daran gelegen, die Inflationserwartungen klein zu halten.

### **Geldpolitik produziert Verlierer und Gewinner**

Begriffe wie „Angebot und Nachfrage“, „Geldwert“ oder „Kaufkraft“ klingen oftmals technisch, kalt und eher unpolitisch. Doch der Eindruck täuscht: Inflation und ihre Bekämpfung sind hochpolitische Angelegenheiten, denn sie werden immer bestimmte Bevölkerungsgruppen ärmer, andere wiederum reicher machen. Wer gewinnt und verliert, ist dabei nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich. Von verschiedenen Seiten wird beispielsweise oft argumentiert, die Inflation müsse vor allem deswegen entschieden bekämpft werden, um ärmere Bevölkerungsschichten zu schützen. Und auch wenn es stimmt, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen besonders stark von steigenden Preisen betroffen sind: Auch die Bekämpfung von Inflation über Zinserhöhungen bringt Opfer mit sich. Denn über Zinserhöhungen die Nachfrage zu „dämpfen“ heißt im Klartext, Menschen ärmer zu machen und Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Zudem leiden oftmals kleine und mittelständische Unternehmen an den hohen Zinsen – zurzeit spüren dies beispielsweise Landwirte oder der Bausektor.

### **Inflationsbekämpfung jenseits von Geldpolitik**

Wie wir gesehen haben, kann die EZB die Hauptursachen, die ursprünglich zur Inflation geführt haben, eigentlich nicht beeinflussen. Doch wenn Zinserhöhungen für viele so schmerzhaft sind, gäbe es dann nicht andere Wege, die momentane Inflation zu bekämpfen? Darum wird im Moment wieder heiß gestritten. Während in den 1970ern noch die vom Monetaristen und Neoliberalen Milton Friedman vertretene These galt, wonach Inflation „immer und überall ein monetäres Phänomen“ und der einzige Weg ihrer Bekämpfung demnach eine restriktive Geldpolitik sei, werden inzwischen auch wieder andere Maßnahmen diskutiert.

Zu Bekanntheit hat es im Zuge dessen beispielsweise die Ökonomin Isabella Weber gebracht, deren

Vorschläge zur Inflationsbekämpfung in Deutschland Niederschlag in der sogenannten Gas- und Strompreispbremse gefunden haben. Wie etwa die Bundesbank betont, spielt diese Maßnahme eine zentrale Rolle beim aktuellen Rückgang der Inflation.<sup>1</sup> Nicht nur die klassische Geldpolitik seitens der Zentralbanken, sondern auch die Fiskalpolitik seitens der Regierungen kann und muss also Einfluss auf die Inflationssteuerung nehmen. Dies ist eine Erkenntnis, die auch eine entscheidende Botschaft für die Zukunft sein sollte.

### **Ein Blick in die Zukunft: Inflationsbekämpfung geht nicht ohne Klimaschutz**

Pandemien und Angriffskriege auf europäischen Boden sind Ausnahmeereignisse, und bleiben das auch hoffentlich in Zukunft. Dennoch können wir aus der aktuellen Situation einiges für die Zukunft lernen. Eine der zentralsten Botschaften ist, dass ein wesentlicher Grundpfeiler zukünftiger Inflationsbekämpfung effektiver Klimaschutz sein muss. Zum einen ist die aktuelle Inflation auch das Ergebnis von Versäumnissen der sozial-ökologischen Transformation der letzten Jahrzehnte, denn die starke Abhängigkeit von russischem Gas ist auch eine direkte Konsequenz der ausgebremsten Energiewende. Vor allem aber werden wir in Zukunft vergleichbare Angebots- und Preisschocks erleben wie zurzeit – mit dem Unterschied, dass diese dann nicht von Pandemien und Kriegen ausgelöst werden, sondern durch den Klimawandel. Extremwetterereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen werden nicht nur für Ernteausfälle sorgen und dadurch Lebensmittelpreise in die Höhe treiben, sondern auch Transporttrassen und kritische Infrastruktur beeinträchtigen.

Nicht nur die aktuelle Krise, sondern auch ein Blick in die Zukunft zeigt also: Inflation ist kein Thema, das losgelöst von anderen politischen Problemen wie gesellschaftlicher Ungleichheit oder der ökologischen Transformation betrachtet werden sollte. Insbesondere wäre es ein Fehler, die Bekämpfung der Inflation auf Kosten der sozial-ökologischen

<sup>1</sup> Die Bundesbank schätzt, dass beide Maßnahmen zusammengenommen die Inflation im Jahr 2023 um 1,5 % reduzieren. Vgl. Bundesbank (2022): Monatsbericht Dezember 2022. URL: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/892964/bbd7c9b91f93da1255b118db7bf6da5/mL/2022-12-prognose-data.pdf> [14.12.2023].

Wende auszutragen – etwa indem zu hohe Zinsen notwendige Investitionen hierfür unmöglich machen. Eine Möglichkeit bestünde beispielsweise darin, statt einem einzigen, pauschalen Zinssatz zukünftig *sektorspezifische* Zinssätze anzusetzen.<sup>2</sup> In jedem Falle gilt es für die Zukunft, ökonomische,

ökologische und soziale Fragen wieder verstärkt zusammenzudenken, anstatt sie losgelöst voneinander zu betrachten. Dieser Herausforderung müssen sich nicht nur politische Entscheidungsträger:innen, sondern auch wir als Wissenschaftler:innen stellen.

---

<sup>2</sup> Dieser Vorschlag wurde unter anderem von Jens van't Klooster vorgebracht. Vgl.: van't Klooster, Jens (2022): The European Central Bank's strategy, environmental policy and the new inflation: A case for interest rate differentiation. URL: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/wp-content/uploads/2022/07/The-European-Central-Banks-strategy-environmental-policy-and-the-new-inflation.pdf> [14.12.2023].

# August

Jayanthi Pandiyan

## Die BRICS-Gemeinschaft und ihre zunehmende Relevanz im internationalen Machtgefüge

BRICS – ein Akronym für die Gruppe der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – ist ein informelles Forum, das den globalen Süden (Entwicklungsländer) vertritt und die von den USA und ihren westlichen Verbündeten dominierte Weltordnung herausfordert. Das 2006 unter dem Namen BRIC gegründete Forum (Südafrika trat dem Block 2009 bei und seitdem ist die Gruppe unter dem Namen „BRICS“ bekannt) zielt darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen seinen Mitgliedern zu vertiefen und eine kollektive Stimme des globalen Südens in internationalen Foren wie der Welthandelsorganisation (WTO) zu sein, in denen die Regeln des Welt Handels, des Finanzwesens festgelegt und andere internationale Standards gesetzt werden.

Die BRICS-Staaten machten kürzlich Schlagzeilen, als sie auf dem 15. BRICS-Gipfel in Johannesburg

vereinbarten, sechs neue Mitgliedsländer aufzunehmen: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Die neuen Mitglieder werden der Gruppe im Januar 2024 offiziell beitreten, sodass zukünftig die Rede von BRICS+ sein wird. Diese Erweiterung, die in einer Zeit erhöhter geopolitischer Spannungen stattfindet, wirft Fragen über die Zukunft der BRICS-Staaten auf und ihrem geopolitischen Einfluss vor allem gegenüber dem sonst so präsenten und gewichtigen G7-Format.

### BRICS vs. G7:

Die BRICS-Staaten werden von vielen als Gegengewicht zu den G7 (der Gruppe der 7 Industrieländer: USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan) gesehen, die einen erheblichen Einfluss auf die Weltpolitik ausüben.

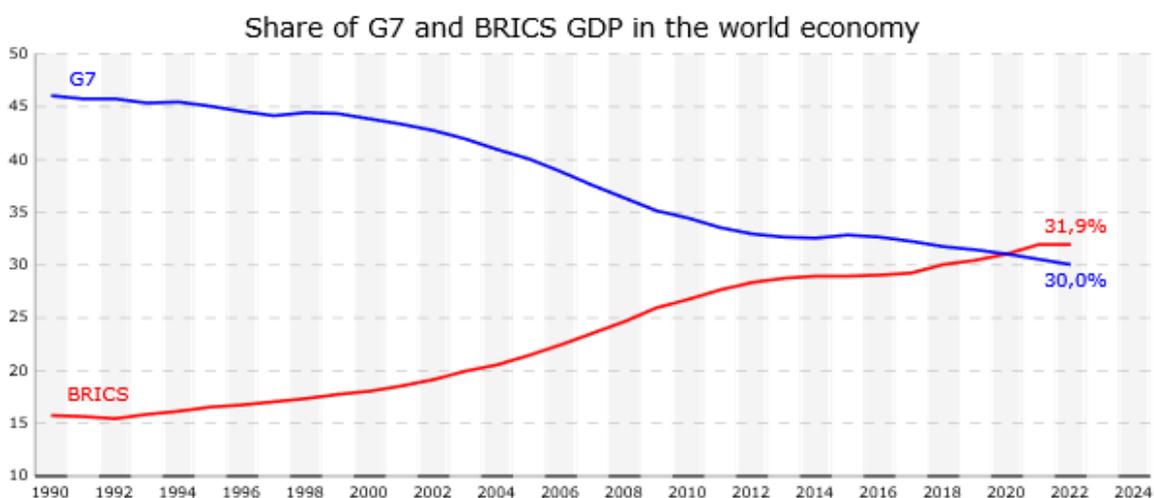
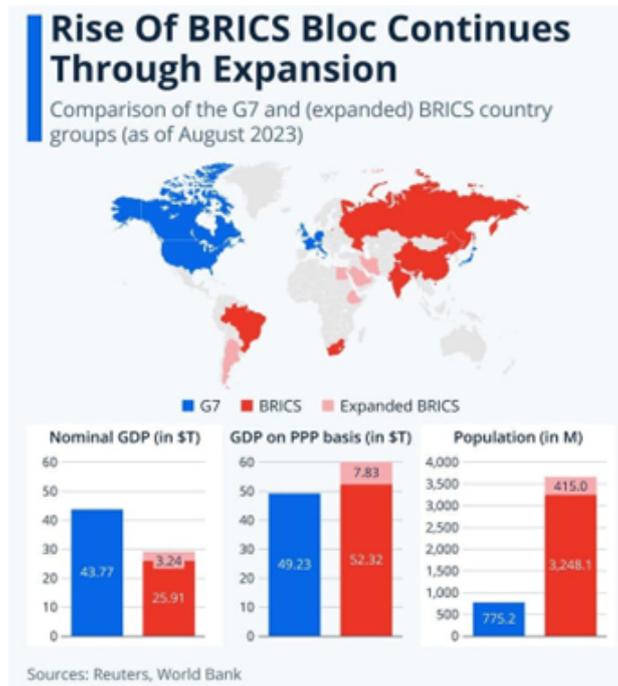


Abbildung 1: Anteile des Bruttoinlandsprodukts von den G7 und BRICS an der Weltwirtschaft in %<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Siehe hierzu: IWF World Economic Outlook Database, URL: <https://www.imf.org/external/datamapper/profile/MAE> [14.12.2023].



**Abbildung 2:** Vergleich des Bruttoinlandprodukts der G7 und der BRICS(+)<sup>2</sup>

Vergleicht man die beiden Gruppierungen, so repräsentiert die BRICS-Gruppe im Jahr 2022 41% der Weltbevölkerung, während die G7 weniger als 10% der Weltbevölkerung ausmachen (Daten der Weltbank). Die nachstehende Grafik zeigt, dass die BRICS-Länder im Jahr 2020 den Anteil der G7-Länder am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) überholt haben. Bis 2023 hat sich der Unterschied sogar noch vergrößert: Die BRICS-Länder erwirtschaften nun insgesamt 32% des weltweiten BIP gegenüber 30% der G7-Länder.

Durch die sechs beitretenden Mitgliedsstaaten würde das Gewicht der BRICS weiter gestärkt werden: Auf BRICS+ würden 46% der Weltbevölkerung, 43% der weltweiten Ölproduktion und etwas mehr als 35% des weltweiten BIP entfallen (Daten der Weltbank).

Es besteht kein Zweifel daran, dass die BRICS-Erweiterung das wirtschaftliche Gewicht der Gruppe erhöht, damit auch ihre Sichtbarkeit im internatio-

nen System. Ob dies jedoch zu einer verstärkten globalen Einflussnahme oder einer Machtverschiebung gegenüber dem Westen führen kann, muss genauer untersucht werden.

### Realitätscheck

Lange Zeit wurden die globalen Regeln sehr stark von den USA und ihren Verbündeten geprägt. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Entwicklungsländer bei der Festlegung globaler Regeln, insbesondere in der globalen Wirtschaftspolitik, unterrepräsentiert waren. Die BRICS-Staatengruppe wurden aus der Notwendigkeit heraus gegründet, der Dominanz des Westens auf der Ebene der globalen Gesetzgebung etwas entgegenzusetzen. Angesichts des Aufstiegs Chinas und Indiens auf der Weltbühne, des Niedergangs der vom Westen geführten internationalen Ordnung und der zunehmenden geopolitischen Konflikte sind die BRICS-Staaten heute zweifelsohne wichtiger denn je.

<sup>2</sup> Siehe hierzu: Forbes (2023): Rise of BRICS Bloc continues through expansion. URL: <https://www.forbes.com/sites/katharinabuchholz/2023/08/25/rise-of-brics-bloc-continues-through-expansion-infographic/> [12.12.2023]

Im Vorfeld des BRICS-Gipfels 2023 haben mehr als 40 Länder ihr Interesse an einem Beitritt zur BRICS-Staatengruppe bekundet<sup>3</sup>, was zeigt, dass die Entwicklungsländer in den BRICS ein besseres Forum sehen, um ihre Bedürfnisse und Anliegen zu vertreten.

Die Erweiterung der BRICS zu BRICS+ spiegelt die wachsende geopolitische und wirtschaftliche Agenda innerhalb der BRICS-Staatengruppe wider. China war sehr daran interessiert, die BRICS-Mitgliedschaft auf weitere Länder auszudehnen. Die neuen BRICS-Mitglieder Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, zwei der größten Öl- und Gasexporteure der Welt, decken den größten Teil des chinesischen Energiebedarfs; Indien hat zusammen mit Russland bereits eine enge Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Entwicklung des internationalen Nord-Süd-Verkehrskorridors begonnen, und die Vereinigten Arabischen Emirate und Indien haben ein Abkommen über den Handel in indischer Währung unterzeichnet.<sup>4</sup>

Obwohl die BRICS-Erweiterung für die Mitgliedsstaaten Vorteile mit sich bringt, sind ihrer globalen Machtausübung deutliche Grenzen gesetzt. Zunächst einmal beruht die BRICS-Kooperation auf dem Konsensprinzip. Wenn mehr Mitglieder mit heterogenen politischen Systemen und Interessen beitreten, wird es eine Herausforderung sein, in internationalen Fragen einen gemeinsamen

Standpunkt zu vertreten, ganz zu schweigen von den bereits bestehenden politischen Konflikten und dem gegenseitigen Misstrauen zwischen den BRICS-Mitgliedern, z. B. zwischen Indien und China. Zweitens: Obwohl die Wirtschaftskraft der BRICS-Länder zunimmt, treiben sie nach wie vor hauptsächlich Handel mit den G7-Ländern und nur in geringerem Maße untereinander. Diese wirtschaftliche Verflechtung und die uneinheitliche Position der Mitgliedstaaten gegenüber dem Westen machen es ihnen praktisch unmöglich, direkt gegen den Westen vorzugehen. Ein Beispiel für dieses ambivalente Verhältnis zu den G7-Staaten ist die jüngste Entscheidung Argentiniens, sich aus der BRICS-Gruppe zurückzuziehen. Argentinien war eines der geplanten sechs neuen Mitglieder, die den BRICS im Januar 2024 beitreten sollten. Die Entscheidung, sich zurückzuziehen, fiel nach der Wahl von Javier Milei zum argentinischen Staatspräsidenten.

Die BRICS-Mitglieder mögen ohne Institutionalisierung und klar definierte Ziele wirtschaftlich voneinander profitieren und sogar zu einer Stimme des globalen Südens in Wirtschaftsfragen auf der internationalen Bühne werden. Um jedoch darüber hinaus ein engeres politisches und sicherheitspolitisches Bündnis miteinander zu bilden oder als Gruppe globale Macht auszuüben, bräuhete es mehr interne Kohärenz der Staatengruppe.

3 Reuters (2023): "What is BRICS, which countries want to join and why?". 22. August. URL: <https://www.reuters.com/world/what-is-brics-who-are-its-members-2023-08-21/> [14.12.2023].

4 Gruzd, Steven und Gustavo de Carvalho (2023): „The quest for global influence“. Council on Foreign Relations. Global Memo. 31. August. URL: <https://www.cfr.org/councilofcouncils/global-memos/brics-summit-2023-seeking-alternate-world-order> [14.12.2023].

Marius Minas

## Balancieren auf der ‚Brandmauer‘.

### Wie eine Steuersenkung in Thüringen eine Demokratiedebatte auslöste.

Am 14. September 2023 wurde im Thüringischen Landtag das „[zweite] Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer“<sup>1</sup> mit 46 zu 42 Stimmen verabschiedet und damit die Grunderwerbssteuer von 6,5% auf 5% gesenkt.<sup>2</sup> Dass dieses Ergebnis deutschlandweit für Empörung sorgte, lag weniger am Outcome als viel mehr am Prozess selbst. Entgegen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung formierte sich in diesem, von den Christdemokraten eingeleiteten, Gesetzgebungsprozess eine Mehrheit aus Fraktionslosen und Abgeordneten der CDU, FDP sowie AfD.<sup>3</sup>

Die öffentliche Diskussion darüber verlief entlang zweier Linien: Auf der einen Seite versammelten sich jene, die vor allem das Verhalten der Unionsfraktion kritisierten, indem sie ihr vorwarfen – absichtlich oder nicht – mit der AfD kooperiert und somit die vielzitierte ‚Brandmauer‘ zum Einsturz gebracht zu haben. Mit der Brandmauer hätte die AfD, so die Idee, konsequent von effektiver gesetzgeberischer Macht ferngehalten werden sollen. Auf der anderen Seite wurde das Vorgehen der CDU damit verteidigt, dass diese lediglich ihr oppositionelles

Recht, Gesetzesvorhaben anzustoßen, genutzt hätte, um ihr parteieigenes Anliegen einzubringen.<sup>4</sup>

#### Eine Diskussion über Prinzipien der Demokratie

Abstrahiert man die öffentlich geführte, sachliche Debatte über diese Grunderwerbssteuersenkung, führen die Vertreter beider Seiten eigentlich eine Diskussion über normative Grundpfeiler der liberalen Demokratie und den Umgang mit ihren Opponenten (hier Anti-Demokraten<sup>5</sup> genannt), sodass eine tiefergehende Einordnung der Argumente sowie Ereignisse und möglicher Auswirkungen dieser notwendig erscheint.

Die Kritiker argumentieren, dass jegliche Kooperation – auch in Form absehbaren gemeinsamen Stimmverhaltens – die AfD als politischen Akteur normalisiere und legitimiere. Sie führen an, dass eine „Annäherung [seitens der CDU] die AfD eher stärken bzw. zumindest nicht schwächen wird – und damit die Herausforderungen der Bildung von stabilen Koalitionen jenseits der AfD gerade in den ostdeutschen Bundesländern noch größer werden würden, als sie bereits jetzt schon sind.“<sup>6,7</sup> Thüringens Fall sticht aus zweierlei Gründen hervor. Zum

1 Thüringer Landtag (2022): Gesetzentwurf der Fraktion der CDU. Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer. Drucksache 7/6813.

2 Thüringer Landtag (2023): Parlamentarischer Ablauf 7/6813. Online unter: <https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/vorgaenge/89892/1> [30.10.2023].

3 An dieser Stelle sei angemerkt, dass dieser Gesetzgebungsprozess keinen Präzedenzfall darstellt, da in Thüringen bereits zuvor Mehrheiten im Parlament durch Stimmen der AfD herbeigeführt wurden (auch bei Rot-Rot-Grüne Initiativen). Siehe hierzu: Tagesschau (2023a): Thüringen: CDU-Antrag zur Grunderwerbssteuer mit Stimmen von AfD und FDP beschlossen. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=aJ5LDCmaw8s> [03.11.2023].

4 Siehe hierzu zusammenfassend: Tagesschau (2023b): CDU setzt mit AfD und FDP Steuersenkung durch. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/thueringen-opposition-steuersenkung-100.html> [03.11.2023].

5 Bewusst wird in diesem Beitrag vom Autor der Extremismus-Begriff vermieden, da verallgemeinerbare Aussagen, über das Land Thüringen hinaus, getätigt werden und in Deutschland die Einstufung als extremistisch von Verfassungsschutzämtern erfolgt. Für die AfD in ihrer Gesamtheit ist dies zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht zu konstatieren. ‚Antidemokratisch‘ hingegen ist eine Kategorie, die unter dem Extremismusbegriff gefasst wird, in Deutschland aber nicht institutionell verankert und daher für diesen Beitrag als wissenschaftliche Einordnung, des hier betrachteten Untersuchungsgegenstandes, zielführend ist.

6 Debus, Marc (2023): Schwächt eine programmatische Annäherung der Unionsparteien an die AfD den Wahlerfolg der Rechtspopulisten? Eher nicht. Ein Beitrag von Marc Debus. URL: <https://www.dvpw.de/blog/schwaecht-eine-programmatische-annaeherung-der-unionsparteien-an-die-afd-den-wahlerfolg-der-rechtspopulisten-eher-nicht-ein-beitrag-von-marc-debus> [30.10.23].

7 Siehe auch: Krause, Werner; Denis Cohen und Tarik Abou-Chadi (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties, in: Political Science Research and Methods 11, S. 172-179.

einen, weil der AfD-Landesverband vom Landesverfassungsschutz als ‚gesichert rechtsextrem‘ eingestuft wurde<sup>8</sup>, also antidemokratisches Verhalten konstatiert wird. Zum anderen durch die derzeitige Minderheitsregierung, da diese das Bilden oppositioneller Mehrheiten mit der AfD überhaupt erst ermöglicht. Mit Blick auf das aktuelle AfD-Hoch (in den Umfragen) könnten Minderheitsregierungen jedoch in Zukunft auch in weiteren Bundesländern gehäuft auftreten, da sich stabile Mehrheitskoalitionen aufgrund von Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems nicht mehr so einfach wie bisher bilden lassen.<sup>9</sup> Die Kooperationsbereitschaft der CDU soll daher, so die Kritiker, in Richtung der politischen Mitte weisen.

Gleichzeitig dürfen aber auch die anderen etablierten Parteien, allen voran die SPD, zur Kenntnis nehmen, dass weite Teile ihrer (früheren) Wählerschaft dem Thema Migration zusehends skeptisch gegenüberstehen. Angesichts dessen hat der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz vollkommen recht, wenn er auf das vom Bundeskanzler unterbreitete Angebot eines Deutschlandpakts zwischen Regierung und CDU eingeht. Konkret hat Merz eine Absprache zum Thema Migration vorgeschlagen. Das hätte Charme, denn die CDU muss über Migration sprechen, aber vor allem mit der SPD und nicht mit der AfD. Wir brauchen nicht mehr Polarisierung, sondern weniger.<sup>10</sup>

Das Mantra gefestigter Demokraten muss lauten, dass in keinem Fall mit Anti-Demokraten kooperiert wird. Die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt konstatieren dazu: „Demokratien geraten unter Druck, wenn Mainstream-Parteien autoritäre Extremisten tolerieren, dulden oder schützen – wenn sie zu autoritären Ermöglichen

werden.“<sup>11</sup> Um das zu verhindern, sollen Demokraten vier normative Prinzipien befolgen: Erstens, Anti-Demokraten aus den eigenen Reihen verbannen. Zweitens, alle Verbindungen zu Anti-Demokraten kappen, auch hinter den Kulissen. Drittens, politische Gewalt und antidemokratisches Verhalten unmissverständlich verurteilen. Viertens, um Anti-Demokraten zu isolieren, auch mit rivalisierenden, prodemokratischen Parteien zusammenschließen, mitunter auf Kosten eigener politischer Ziele.<sup>12</sup> Im thüringischen Fall sind insbesondere Punkt zwei und vier zu betrachten: Zunächst gibt es in keine Hinweise darauf, dass es eine Zusammenarbeit in jeglicher Form bezüglich der Gesetzesinitiative gab.<sup>13</sup> Neue Erkenntnisse, die auf eine Absprache hindeuten, würden demnach den Fortgang der Debatte grundlegend verändern. Levitskys und Ziblatts vierte Regel hingegen kann als eindeutig verletzt angesehen werden: Die CDU konnte sich in der Grunderwerbssteuerfrage auf keine Kooperation mit SPD, Grüne oder Linke einigen – eine ‚demokratische Allianz‘ blieb aus.

Vertreter der Gegenseite in der dargelegten Debatte argumentieren indes, dass diese normativen Grundfesten mit ernstzunehmenden Realpolitiken – an Pragmatismus orientiert – abzuwägen seien. Zunächst gilt es dabei festzuhalten, dass Kritik zur Höhe der Grunderwerbssteuer nur in den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2019 von CDU, FDP und AfD geäußert wurde. SPD und Grüne setzten sich mit der Steuer gar nicht auseinander, die Linkspartei sieht nur in speziellen Fällen eine Befreiung davon vor.<sup>14</sup> Demnach hatte die CDU keine AfD-Position übernommen, sondern teilte schlicht die gleiche Meinung. Vor diesem Hintergrund konnte die CDU aber von der Zustimmung

8 (Siehe hierzu: MDR (2023): Thüringer AfD will Verfassungsschutz verklagen. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-klage-verfassungsschutz-bericht-extremistisch-100.html> [31.10.2023].

9 Koß, Michael (2023): Warum das Verhalten der CDU in Thüringen fatal war, in: Zeit Online, 18. September [Gastbeitrag]. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/thueringen-minderheitsregierung-afd-cdu-brandmauer-demokratie/komplettansicht#comments> [30.10.23].

10 Ebd.

11 Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt (2023): *Tyranny of the Minority. How to reverse an authoritarian turn and forge a democracy for all*. London: Penguin, S. 41. [freie Übersetzung des Autors].

12 Ebd. S. 42ff.

13 Einschränkung muss allerdings hingenommen werden, dass der Zugang zu Hinterzimmergesprächen per Definition exklusiver Natur ist und daher diese Prämisse nur angenommen werden kann.

14 Sie beschränkt sich dahingehend darauf, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer zu befreien.

der AfD zu einer Steuersenkung ausgehen. Dahingehend ist auch zu konstatieren, dass unter Parteianhängern aller Couleur eine eindeutige Mehrheit der Auffassung ist, dass die CDU/CSU keineswegs Anträge etwa zurückziehen sollte, wenn sich eine Zustimmung [...] der AfD andeutet. Eigene Ideale und Ideen sollten nicht nur deshalb aufgegeben werden, weil sie Applaus von einer Fraktion erhalten, von der die Unionsparteien womöglich keinen Beifall bekommen möchten.<sup>15</sup>

Hingegen stoßen Annäherung und Kooperation mit der AfD auf entschiedene Gegenstimmen in der Umfrage.<sup>16</sup> An dieser Stelle kann darauf verwiesen werden, dass ein ähnlicher Antrag der AfD zur Grunderwerbssteuersenkung 2018 abgelehnt wurde – auch von der CDU-Fraktion, die Frage nach dem Initiator von Gesetzesinitiativen also eine entscheidende Rolle bei der Zustimmung für diese spielt.<sup>17</sup>

„Sich nicht von der AfD treiben zu lassen“, entpuppt sich für die Union als zweischneidiges Schwert: Einerseits soll sich Positionen der AfD nicht aktiv angenähert, geschweige denn ihnen zugestimmt werden, da dies primär die AfD durch inhaltliche Anerkennung stärke. Andererseits ertönt aber lautstarke Kritik, wenn CDU-Positionen ihre Unterstützung durch die AfD finden; deshalb auf Anträge zu verzichten, die absehbar eine Zustimmung durch die AfD erfahren, würde aber bedeuten, sich von der AfD treiben zu lassen. Die AfD könnte es sich dann zum (Macht-)Spiel machen, CDU-Positionen zuzustimmen. „Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass CDU-Positionen in der Schublade bleiben, obwohl dafür Mehrheiten im Parlament

verfügbar sind“<sup>18</sup>, zumal wenn diese obendrauf auch in Bevölkerungsumfragen mehrheitlich vertreten werden, wie beispielsweise derzeit beim Thema Migration.<sup>19</sup>

Eine ‚Brandmauer‘, die auch das Vorgehen der CDU in diesem Fall unterbunden hätte, widerspräche zudem den Logiken des Parteienwettbewerbs, da die CDU sich in der Oppositionsrolle selbst entmachten würde. „Ihr fehlen die Wähler der Rechten, mit der [AfD] darf sie aber nicht kooperieren. Aus der Unionslogik würde sie selbst Opfer eines Anti-Unions Kartell. Die (richtige) Brandmauer hilft Rot/Grün/Gelb, deshalb wird sie in einer Wettbewerbsdemokratie keinen Bestand haben“, kommentiert der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel.<sup>20</sup> Dass die zuvor angesprochene ‚demokratische Allianz‘ nicht zustande kam und sich in dieser Folge das Mitte-Rechts-Bündnis aus der Wettbewerbslogik heraus ad-hoc bildete, ist daher nicht nur der CDU, sondern auch Rot-Rot-Grün anzukreiden.

### Vom Bau einer Brandmauer

Wie also damit umgehen? Die CDU kann sich letztlich nur an selbstgesetzten Schranken wirklich messen lassen. Parteichef Merz setzte im ZDF-Sommerinterview die Hürde, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD in „gesetzgebenden Körperschaften“ geben darf. Die Frage ist jedoch, was genau unter ‚Zusammenarbeit‘ zu verstehen ist oder anders gefragt: Aus welcher Bausubstanz besteht die ‚Brandmauer‘? Der mittlerweile sprachgebräuchliche Begriff im politischen Diskurs Deutschlands verbleibt bisher ambivalent semantisch interpretierbar – diesen Zustand gilt es aufzulösen.

15 Wurthmann, Constantin L (2023): Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD, in: ZParl 54 (1). S. 86.

16 Ebd.

17 Thüringer Landtag (2018): Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer. Drucksache 6/6066.

18 Stecker, Christian (2023): Wer die AfD schrumpfen möchte, muss der CDU im Osten Luft zum Atmen lassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September. URL: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/politologe-stecker-empfehl-anderen-umgang-der-cdu-mit-der-afd-im-osten-19192803.html> [30.10.23].

19 ARD Deutschlandtrend Oktober 2023: URL: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/> [03.11.2023].

20 Beitrag auf der Plattform X vom 15. September 2023 des Accounts @merkel\_wolfgang. URL: [https://twitter.com/merkel\\_wolfgang/status/1702699636702531875](https://twitter.com/merkel_wolfgang/status/1702699636702531875) [30.10.23].

21 ZDF (2023): ZDF-Sommerinterview mit Friedrich Merz. URL: <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt---sommerinterview-vom-23-juli-2023-100.html> [03.11.23].

Blickt man in andere Staaten, die Erfahrung mit antidemokratischen Kräften in Regierungspositionen gemacht haben<sup>22</sup>, darf der AfD, neben einer Regierungsübernahme, nicht einmal die Chance gegeben werden, (co-)initiativ in den Politikgestaltungsprozess einzugreifen. Tendenzen, die wie im europäischen Parlament auf eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Rechtsaußen hindeuten, gilt es vor diesem Hintergrund partout zu vermeiden.<sup>23</sup> Das ‚Hochziehen der Brandmauer‘ gegen Anti-Demokraten, vor dem Hintergrund realpolitischer Umstände, kann wie folgt für alle demokratischen Parteien konkretisiert werden:

- 1) Keine Zustimmung zu Gesetzesvorlagen von Anti-Demokraten.
- 2) Keine Absprache bei der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen mit Anti-Demokraten.
- 3) Keine institutionelle Abhängigkeit von Anti-Demokraten.

Punkt 3 geht über das Bilden einer Mehrheitskoalition hinaus; auch keine Minderheitsregierung darf mithilfe von Anti-Demokraten über die notwendige Mehrheit gehievt werden, da dies eine informelle, für die gesamte Legislatur geltende Abhängigkeit schafft, die nicht entstehen darf.<sup>24</sup>

Der Schutz dieser ‚Brandmauer‘ vereint weitestgehend die angeführten normativen Demokratieprin-

zipien mit den abzuwägenden Realpolitiken und garantiert so, dass Gesetzestexte immer und nur die Handschrift demokratischer Parteien tragen – die Exekution antidemokratischen Gedankenguts seitens Regierungen kann damit ausgeschlossen werden. Ferner können demokratische Parteien – nicht nur die Christdemokraten – durch die parlamentarische Arbeit und darauf aufbauende, zielgerichtete politische Kommunikation, durch die das eigene Handeln betont wird, zeigen, dass sie selbst im staatsmännischen Sinne handlungsfähig agieren und ‚Alternativen‘ zu ihnen nicht notwendig sind.<sup>25</sup>

Aufgrund realpolitischer Wettbewerbslogiken wurden Elemente der thematischen Annäherung an antidemokratische Parteien bewusst beim ‚Bau der Brandmauer‘ weggelassen. Abschließend sei dazu jedoch das Folgende gesagt: Antidemokratische Parteien können bisweilen die richtigen Fragen stellen. Die richtigen Antworten geben sie deshalb noch lange nicht. Gerade aus diesem Grund muss es parteipolitischen Wettbewerbern des demokratischen Spektrums gestattet sein, selektiv Themen aufzugreifen. Dabei müssen sie eine glaubhafte Linie vertreten können, die ihrem parteipolitischen Profil entspricht und dürfen antidemokratische Narrative nicht mitübernehmen, sondern sollten sich explizit davon abgrenzen, kurz gesagt: verfassungskonform bleiben.

22 Siehe hierzu Wolfgang Merkel im Interview mit dem RND (2023): Wenn Rechtsparteien nach der Macht greifen: Der erste Schlag gilt stets der Justiz. URL: <https://www.rnd.de/politik/rechtsparteien-an-der-macht-der-erste-schlag-gilt-stets-der-justiz-5YF3XHKZGFCN3DJGZRUEBA355M.html> [03.11.2023].

23 Siehe hierzu beispielsweise: Bautz, Christoph (2023): Die Brandmauer nach Rechtsaußen im Europaparlament fällt. Table.Media. URL: <https://table.media/europe/standpunkt/campact-brandmauer-nach-rechtsausen-im-europaparlament-fallt/>. [12.12.23].

24 Diese langfristige, informelle Abhängigkeit entsteht nicht bei einzelnen Gesetzen, wie der in diesem Beitrag besprochenen Grunderwerbssteuersenkung, da deren Schaffungsprozess nach der Abstimmung abgeschlossen ist.

25 Die AfD profitiert in ihrem Hoch 2023 auch stark von jenen Menschen, deren Sorgen in der Migrationspolitik nicht vom Rassismus bzw. Rechtsradikalismus, sondern bezüglich der Machbarkeit herrühren, ihre Sichtweise aber nur von der AfD repräsentiert sehen. „Die AfD hat 2023 also vom Pessimismus der Menschen profitiert.“ (Siehe hierzu: Bender, Justus (2023): Endzeitstimmung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 49. Politik, S. 9). Dieser Umstand kann jedoch sowohl von Regierungs- als auch den anderen Oppositionsparteien abgemildert bis aufgelöst werden, indem diese Sorgen in deren politischen Agenden lösungsorientiert adressiert werden.

Tim Scherer

## Der blinde Fleck ist grün – Zum (potenziellen) Spannungsverhältnis von Linkskonservatismus und Klimaschutz am Beispiel des BSW

Begleitet von großem öffentlichem Interesse gab Sahra Wagenknecht am 23. Oktober des vergangenen Jahres in der Bundespressekonferenz die Gründung ihres Vereins (BSW: Bündnis Sahra Wagenknecht) als Vorstufe einer neuen Partei bekannt. Die bereits in den vorangegangenen Monaten und auch danach weiter anhaltenden Diskussionen erstreckten sich von formalen Themen, wie dem gefährdeten Fortbestand der Fraktion der (ehemaligen) Partei Wagenknechts, Die Linke, im Deutschen Bundestag, bis hin zu Einschätzungen bezüglich einer potenziellen Offenheit eines solchen „linkskonservativen Populismus“<sup>1</sup> nach rechts außen. Dabei spielte ein bestimmtes politisch-inhaltliches Themengebiet eine eher untergeordnete Rolle: das des Klima- und Umweltschutzes. Auch die Einlassungen von BSW-Vertretern selbst fielen dazu bisher eher schmallippig aus. Im etwa zeitgleich zur Bekanntgabe der Gründung veröffentlichten Manifest heißt es lediglich, dass „[d]ie Energieversorgung Deutschlands [...] sich im Rahmen der heutigen Technologien nicht allein durch erneuerbare Energien sichern [lässt]“ und dass „die Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der Zukunft“ Priorität haben soll.<sup>2</sup> Dieser Umstand ist, wenn auch nicht überraschend, einen genaueren Blick wert, wenn man bedenkt, dass die Beantwortung ökologischer Fragestellungen weiterhin große Relevanz für erhebliche Teile der Wählerschaft

besitzt<sup>3</sup> und das Tempo der menschlich induzierten Erhitzung des Weltklimas offensichtlich noch höher ist als gedacht<sup>4</sup>. Zwar lässt sich bisher beobachten, dass aufgrund des frühen Entwicklungsstadiums von Wagenknechts zukünftiger Partei auch Positionierungen hinsichtlich anderer Politikfelder bisher keiner konkreten Ausbuchstabierung unterzogen wurden. Dennoch kann argumentiert werden, dass das Ausklammern der Themen Klima- und Umweltschutz keine Folge reiner Ignoranz ist, sondern einem strategischen Kalkül und damit der inneren Logik einer linkskonservativen Partei folgt. Im Wesentlichen auf zweierlei Weise. *Erstens*: In Gestalt von pragmatischen Erwägungen, die eine kulturelle Desillusionierung der von Sahra Wagenknecht anvisierten Wählermilieus verhindern sollen. Und *zweitens*: Als Antwort auf einen nicht zu übersehenden Strukturbruch innerhalb tradierter Theoriegebäude, die linksnationalen Politikern wie Sahra Wagenknecht als *modus operandi* der politischen Mobilisierung und programmatischen Ausgestaltung dienen.

### Sonnenblumen als gemeinsamer Gegner

Um Punkt Eins zu verstehen, muss man die ideologische Besonderheit einer auf Sahra Wagenknecht zugeschnittenen Partei erkennen. Das erklärte Ziel der populären Politikerin ist es bekanntermaßen, mit einem Hybrid aus sozialpolitisch linken und gesellschafts- und migrationspolitisch rechten

1 Vgl. Holzhauser, Thorsten (2023): Linkskonservativer Populismus, in: Merkur 77(4), S. 20-29.

2 BSW (2023): Unser Gründungsmanifest. In: Bündnis Sahra Wagenknecht. URL: <https://buendnis-sahra-wagenknecht.de/bsw/> [09.11.2023], S. 2.

3 Vgl. Tagesschau (2023a): Welche Themen entschieden die Wahl?, in: Tagesschau Online. URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-wahlentscheidend.shtml> [09.11.2023]; Tagesschau (2023b): Welche Themen entschieden die Wahl?, in: Tagesschau Online. URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/umfrage-wahlentscheidend.shtml>. [09.11.2023]. So gaben bei Befragungen von Infra-test dimap zu den letzten Landtagswahlen in Hessen und Bayern selbst in einer aktuell wirtschaftlich sehr volatilen Gemengelage immer noch 20% der Gesamt-Wählerschaft an, dass die Themen „Klima und Energie“ für ihre Wahlentscheidung die größte Rolle gespielt haben.

4 Vgl. Lamboll, Robin D.; Zebedee R. J. Nicholls; Christopher J. Smith; Jarmo S. Kikstra; Edward Byers und Joeri Rogelj (2023): Assessing the size and uncertainty of remaining carbon budgets, in: nature climate change 13(12), S. 1360-1367.

Inhalten eine Repräsentationslücke auf der sogenannten linksautoritären Seite des Spektrums zu schließen.<sup>5</sup> In Bezug auf das Areal des Klima- und Umweltschutzes wurzelt hierin ein entscheidendes Problem. Die Konsistenz dieser eigentümlichen Fusion aus rechten und linken Inhalten wird unter anderem durch eine starke Attackierung von B'90/ Die Grünen und ihrer als gegenüber den einfachen Leuten als anmaßend dargestellten Klimaschutzpolitik bewerkstelligt. Hier treffen sich sozialpolitisch links und kulturell rechts verargumentierte Ablehnung von entweder zu teuren oder ohnehin als unnötig empfundenen Klimaschutzmaßnahmen.<sup>6</sup> In einer ihrer populären Videobotschaften bringt es Sahra Wagenknecht auf den Punkt: „Für mich sind die Grünen, [...] gemessen an dem Schaden den sie verursachen, derzeit auch die gefährlichste Partei die wir aktuell im Bundestag haben.“<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang birgt vermutlich aus der Sicht Wagenknechts jede, auch nur vorsichtige Annäherung an wirksamen Klima- und Umweltschutz, der über das genannte Entwickeln zukunftssträchtiger Technologien hinausgeht, die Gefahr, dass beispielsweise kulturell rechts orientierte Wählerschichten darin eine Verbrüderung mit dem von ihnen gescholtenen links-grünen Zeitgeist sehen. Da für Sahra Wagenknecht die Konstituierung einer Partei, die inhaltliche Gegensätzlichkeiten in sich vereint, sowohl Grundanliegen als auch Mobilisierungsstrategie in Einem darstellt, kann auf das einende Feindbild der Grünen, als (vermeintliches) Symbol einer ambitionierten Klimaschutzpolitik, nicht verzichtet werden.

### Zur Gleichheit verdammt

Die ideologische Ambiguität einer kommenden Wagenknecht-Partei führt uns zur zweiten Problematik, die ein zu starker Fokus auf Klima- und Umweltschutz für diese mit sich bringen könnte. Wer sich mit den intellektuellen und theoretischen Wurzeln der Politikerin Sahra Wagenknecht beschäftigt, stößt früher oder später auf die postmarxistische Politiktheoretikerin Chantal Mouffe. In ihren Theorien spiegelt sich eben dieser Ansatz des kontraintuitiven Scharniers zwischen scheinbar unvereinbaren politischen Koordinaten wieder.<sup>8</sup> Folgende Grundprämissen ihres Denkens sind für uns relevant: Ein (linker) Kampf um politische Mehrheiten kann nur gelingen, wenn mannigfaltige Interessengruppen, Milieus, soziale Bewegungen und dergleichen trotz ihrer unterschiedlichen Ziele in der antagonistischen Formation einer „Äquivalenzkette“ einen *gemeinsamen* Gegner ausmachen und diesen demokratisch bekämpfen.<sup>9</sup> Um den Zugang dieses Kampfes für vielfältige, inhaltlich differierende Gruppen offen halten zu können, ist es essenziell, dass es innerhalb dieser Figuration kein einheitliches, von oben vorgegebenes Bild davon gibt, was Gesellschaft ist und ausmacht.<sup>10</sup> So muss es, exemplarisch gedacht, akzeptiert werden, dass manche die Rechte von Minderheiten als das wichtigste Anliegen betrachten und andere hingegen die soziale Frage.<sup>11</sup> Wieso ist mit diesem Theorieansatz eine linkskonservative Bearbeitung von Klimapolitik nicht umsetzbar? Folgt man nicht zu vernachlässigenden Publikationen aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, wird die zurzeit vi-

5 Vgl. Wagner, Sarah; L. Constantin Wurthmann und Jan Philipp Thomeczek (2023): Bridging Left and Right? How Sarah Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: Politische Vierteljahresschrift 64(3), S. 621-636. Laut der Studie von Sarah Wagner und ihren Kollegen könnte ihr das durchaus gelingen.

6 Anzumerken ist an dieser Stelle auch das vergleichsweise niedrige Volumen an Wagenknecht-Sympathisanten unter den Anhängern der Grünen. Gerade einmal 15% der Grünen-Wähler schätzen Sahra Wagenknecht mehr als ihre Partei, Die Linke. Vgl. ebd. S. 630.

7 Wagenknecht, Sahra (2022): Von wegen cool und öko – wie die Grünen Wirtschaft und Natur zerstören. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=bQNsHivR9AU&list=WL&index=1> [09.12.2023], ab 01:12 min.

8 Vgl. für eine gelungene Beschreibung dieses Konnexes, allerdings mit anderem Schwerpunkt: Schneider, Stefan (2023): DIE LINKE am Abgrund: Populismus als Ausweg? URL: <https://www.klassegegenklasse.org/die-linke-am-abgrund-populismus-als-ausweg/> [10.11.2023].

9 Vgl. Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp, S. 75. Wobei, wie wir gesehen haben, dieser gemeinsame Feind ja paradoxerweise eben jene klimabewussten Politiken und Parteien darstellt.

10 Vgl. hierzu, auch für eine ausführlichere Herleitung dieses komplexen Aspekts: Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 6. Aufl. Wien: Passagen, S. 145-149 und 164-166.

11 Vgl. dazu mit einem stärkeren Fokus auf die Klimadimension: Mouffe, Chantal (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Berlin: Suhrkamp, S. 88 f.

rulente Form individualisierten Wohlstands reicher Staaten, wie auch Deutschland, trotz technologischer Neuheiten nicht klimakonform aufrechtzuerhalten sein.<sup>12</sup> Auch Chantal Mouffe befürwortet in ihrem jüngsten Werk eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum als zentralen Parameter eines gegenhegemonialen, grünen Projekts und spricht sich außerdem für eine Neukalibrierung des Freiheitsbegriffs aus.<sup>13</sup> Somit geht eine wirklich wirksame Klimapolitik fast zwangsläufig mit einer stärkeren Normierung und damit geringeren Vielfalt sozialer Habitate einher, was angesichts der Zentralität des ökologischen Überlebens unabdingbar scheint. Der Strukturbruch ist in zweifacher Hinsicht offenkundig: erstens, wie soll eine Strategie der politischen Mobilisierung Erfolg haben, wenn sie als eigene Grundvoraussetzung die soziale Ambivalenz und Unbestimmtheit zum Gegenstand hat, als gemeinsames Ziel aber eine ökologische Zukunft forciert, in der genau diese Diversität zugunsten kollektiver Gleich- und Bescheidenheit liquidiert werden soll? Es liefe auf die Priorisierung des Klima- und

Umweltschutzes als „letzten Grund“, also alleinigen Fluchtpunkt soziologischer Organismen als Definitionsinstanz von Gesellschaft hinaus, was im Kontrast zu Mouffes Theorie stünde.<sup>14</sup> Zweitens wäre damit aber auch Sahra Wagenknechts Konzeption des Linkskonservatismus hinfällig. Während das Begriffspaar „Links“ und „Konservativ“ sich in Form linker Sozialpolitik und konservativer Gesellschafts- und Migrationspolitik durchaus auch konkret vereinbaren ließe (und damit eine soziale Offenheit nach mehreren Seiten zulässt), geht diese Formel beim Klimaschutz nicht auf. Ein Schutz des Klimas erfolgt naturwissenschaftlich betrachtet ganz oder gar nicht und ist deshalb auch nicht prinzipiell gegenüber allem offen oder wie andere „Differenzen untereinander substituierbar“<sup>15</sup>. Da ein erfolgreicher Erhalt der Ökosphäre ein Mehr an lebensweltlicher und programmatischer *Normiertheit* erfordert, wird das voraussichtlich auf gegenläufige Pluralität angelegte Bündnis Sahra Wagenknecht diesen Komplex elegant aussparen (müssen).

---

12 Vgl. hierzu etwa Vogel, Jefim und Jason Hickel (2023): Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO<sub>2</sub>-GDP decoupling in high-income countries, in: The Lancet Planet Health 7(9), S. e759-69., oder auch Folkers, Manfred und Niko Paech (2020): All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht. München: oekom.

13 Vgl. Mouffe, Chantal (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Berlin: Suhrkamp, S. 83 und 85. Ironischerweise legt sie damit die klimapolitische Inkompatibilität ihrer eigenen Theorie offen.

14 Vgl. Voß, Carlotta (2023): Radikaldemokratische Sprachlosigkeit. Lesenotiz zu Chantal Mouffes Towards a Green Democratic Revolution. In: Theorieblog. URL: <https://www.theorieblog.de/index.php/2023/02/radikaldemokratische-sprachlosigkeit-lesenotiz-zu-chantal-mouffes-towards-a-green-democratic-revolution/> [09.11.2023]. Voß weist zurecht auf die Unstimmigkeit in Mouffes neuem Buch hin, die mit der impliziten Formulierung des Klimaschutzes als „letztem Grund“ aufkommt, bezieht sich aber im Gegensatz zum hiesigen Text nicht auf die basal strukturelle Inkompatibilität von Mouffes Hegemonietheorie im Kontext klimatischer Herausforderungen, auch unabhängig von ihren Ausführungen in Eine Grüne demokratische Revolution. Dementsprechend wird die thematische und soziale Letztzuschreibung im Hinblick auf den Topos Klimaschutz nicht, wie von Voß behauptet, verliehen, sondern ist zwanghaft, wie oben erklärt wurde.

15 Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp, S. 75.

# November

Lasse Cronqvist

## Die Parlamentswahlen und Koalitionsverhandlungen in Luxemburg am 8. Oktober 2023

Die Wahlen zur luxemburgischen Abgeordnetenkammer (*Chamber*) am 8. Oktober markierten das Ende des ‚Superwahljahres‘ 2023 im Großherzogtum. Auch wenn der Wahlkampf zu der Parlamentswahl kurz ausfiel und die Koalitionsfindung danach äußerst zügig verliefen, so war die luxemburgische Politik im Jahr 2023 durch die im Juni abgehaltenen Kommunalwahlen sowie die Chamberwahlen geprägt, welches zeitweise auch die globalen Krisen in der öffentlichen Debatte teilweise in den Hintergrund rücken ließen.

### Die Ausgangslage: 10 Jahre Gambia Koalition

Die Kommunalwahlen am 11. Juni 2023 deuteten bereits an, dass sich die politische Stimmung im Land verändert hatte. Vor allem die Grünen (*Déi Gréng*) verloren in vielen Gemeinden erhebliche Stimmenanteile.<sup>1</sup> Daher war vor der Wahl nicht ausgemacht, ob die bisherige Gambia-Koalition von Liberalen (*Demokratesch Partei: DP*), Sozialdemokraten (*Lëtzebuenger Sozialistes Aarbechterpartei: LSAP*) und Grünen (*Déi Gréng*) erneut eine Mehrheit im luxemburgischen Parlament erreichen würden.<sup>2</sup>

Die Koalition beendete bei ihrem ersten Zustandekommen eine über 60-jährige Ära fast ununterbrochener Regierungen unter der Leitung der christsozialen Volkspartei (*Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei: CSV*). Dabei führte die Regierung in ihren beiden Amtszeiten tiefgreifende gesellschaftspolitische Reformen durch, um den von ihr

selbst proklamierten politischen Stillstand im Land zu überwinden, welcher durch die lange CSV-Dominanz eingetreten war. Hervorzuheben sind dabei die 2018 endgültig vollzogene Trennung von Staat und Kirche, die Abschaffung des konfessionsbezogenen Religionsunterrichts an den Schulen sowie auch die feste gesetzliche Verankerung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Die zweite Amtszeit seit 2018 war überlagert von vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen verschiedener Krisen wie der COVID-Pandemie, welche einen großen Einfluss auf das politische Tagesgeschäft im Großherzogtum hatten. Dies wirkte sich auch auf die Bilanz der Koalition am Ende ihrer Amtszeit aus. Zwar konnte die Regierung unter dem liberalen Premierminister Xavier Bettel einige weitere Versprechen einlösen, wie z.B. die Einführung des kostenfrei nutzbaren ÖPNV, am Ende war dann aber auch zu konstatieren, dass viele Vorhaben nur zum Teil oder auch überhaupt nicht umgesetzt wurden.<sup>3</sup> Hervorzuheben ist aber, dass am 1. Juli 2023 eine modernisierte Verfassung in Kraft trat, welche diese in vielen Bereichen an die heutige reale Funktionsweise des politischen Systems anpasste und von den Regierungsparteien mit den Stimmen der CSV angenommen wurde.<sup>4</sup> Der Wahlkampf wurde insgesamt eher zurückhaltend geführt. Entsprechend den politischen Gepflogenheiten wird er gemäßigt und ohne große persönliche Angriffe geführt. Auch werden nur selten feste Koalitionsaussagen gemacht. Zwar wur-

1 Reuter, Pol (2023): Grüne und Linke in der Krise, Populismus im Trend. Analyse zu den Gemeindewahlen, in: Reporter.lu. URL: <https://www.reporter.lu/luxemburg-analyse-gemeindewahlen-gruene-und-linke-in-der-krise-populismus-im-trend> [04.12.2023].

2 Die Bezeichnung *Gambia*-Koalition bezieht sich auf die von der DP (blau), LSAP (rot) und Déi Gréng (Grün) genutzten Farben, welche den Farben der Flagge Gambias entsprechen.

3 Kritisch hierzu: Reuter, Pol und Laurent Schmitt (2023): Was die Koalition schuldig bleibt (26. Juli 2023), in: reporter.lu. <https://www.reporter.lu/luxemburg-analyse-was-die-koalition-schuldig-bleibt> [11.11.2023].

4 Einen Überblick über die Änderungen an der Verfassung liefert *Chambre des Députés*. Grand-Duché de Luxembourg (2023): Verfassungsreform. Die modernisierte und der Zeit angepasste Verfassung ist am 1. Juli 2023 in Kraft getreten. URL: <https://www.chd.lu/de/Verfassungsreform> [22.11.2023].

de öffentlich darüber diskutiert, dass es bei einem entsprechenden Wahlergebnis keinen Grund gäbe, nicht eine Neuaufgabe der Gambia-Koalition einzugehen. Sowohl DP und LSAP hatten sich aber vor der Wahl auch nicht explizit gegen die Möglichkeit einer Koalition mit der CSV ausgesprochen. Inhaltlich nahm im Wahlkampf das Thema Wohnen einen großen Stellenwert ein, da das hohe Bevölkerungswachstum des Großherzogtums zu einer sehr angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt geführt hat, auch wurde im Wahlkampf intensiv über mögliche entlastende Steuerreformen diskutiert. Der CSV gelang es zudem die Frage der öffentlichen Sicherheit in den Wahlkampf einzubinden, sie sprach dabei die aus ihrer Sicht gewachsene Kriminalität im Land an.

### Das Wahlergebnis

Die bisherige Koalition verlor bei der Wahl am 8. Oktober 2023 ihre Mehrheit in der *Chamber*, welches vor allem mit massiven Verlusten der Grünen zu begründen ist. Diese verloren in allen vier Wahlkreisen des Landes mindestens ein Mandat und mussten fünf ihrer neun Mandate abgeben und erreichten prozentual gesehen das schlechteste Wahlergebnis in dreißig Jahren, nachdem sie bei

der letzten Parlamentswahl den historisch weitest aus höchsten Wählerzuspruch erhalten hatten.<sup>5</sup> Die Grünen schafften es nicht, ihre Kernthemen wie Umwelt- und Klimapolitik prominent im Wahlkampf unterzubringen. Es ist zu vermuten, dass viele der Wähler, welche 2018 für das Rekordergebnis der Grünen sorgten, nicht unbedingt eine hohe Identifizierung mit dieser Partei aufwiesen und sich daher 2023 auch aufgrund der im Wahlkampf verstärkt angesprochenen materiellen Themen wie der Wohnungskrise für andere Parteien entschieden. Zwar konnte die DP zwei Mandate und die LSAP ein Mandat hinzugewinnen, dies reichte aber nicht aus, um die bislang sehr knappe Mehrheit der Koalition in eine dritte Amtszeit zu retten.

Auch wenn die CSV keine Mandate hinzugewinnen konnte, so kann vor allem ihr Spitzenkandidat Luc Frieden als ein Gewinner der Wahl bezeichnet werden. Die Partei hatte in den letzten Jahren vermehrt mit personellen Querelen zu kämpfen und konnte sich bis Ende 2022 auch nur bedingt politisch profilieren. Die Rückkehr Friedens, der in früheren Regierungen mehrere Ministerämter innehatte und von 2009 bis 2013 Finanzminister war, sich aber nach der Wahlniederlage der CSV 2013 aus der Parteipolitik zurückgezogen hatte, leitete einen

Legislatur Parteien	2004-2009	2009-2013	2013-2018	2018-2023	Wahl 8.10.2023
<b>CSV</b>	24	26	23	21	21
<b>DP</b>	10	9	13	12	14
<b>LSAP</b>	14	13	13	10	11
<b>Déi Gréng</b>	7	7	6	9	4
<b>ADR</b>	5	4	3	4	5
<b>Déi Lénk</b>		1	2	2	2
<b>Piratenpartei</b>				2	3

**Tabelle 1:** Die Zusammensetzung der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung (Chamber) 2004-2023<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Bei der Parlamentswahl wird in Luxemburg in vier getrennten Wahlkreisen gewählt und es erfolgt kein Ausgleich der Stimmen auf nationaler Ebene. Dabei ist das Wahlgebiet in die Wahlkreise Norden (9 Mandate), Osten (7), Süden (23) und Zentrum (21) eingeteilt. Für kleinere Parteien ist es daher gerade in den Wahlkreisen Nord und Ost schwer, Mandate zu gewinnen, da z.B. im Osten bei der Wahl 2023 knapp 10% der Wählerstimmen notwendig waren, um im Rahmen der Restmandatsvergabe das letzte Mandat zu gewinnen. Die Aufteilung des Wahlgebiets in vier Wahlkreise wurde auch im Nachgang der Wahl kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert, da die landesweite Proportionalität zwischen Stimmen- und Mandatsanteilen durch die kleinen Wahlkreise sowie deren Zuschnitt verzerrt wird, und bei Verrechnung der Wahlkreisergebnisse auf nationaler Ebene eine andere Mandatsverteilung zu Stande gekommen wäre. Zum Wahlsystem allgemein siehe Meyers, Paul Henri und Wolfgang H. Lorig (2020): Luxemburg. In: Arthur Benz, Stephan Bröchler und Hans-Joachim Lauth (Hrsg.) Handbuch der Europäischen Verfassungsgeschichte im 20. Jahrhundert. Bonn: Dietz, S. 393-416.

<sup>6</sup> Daten aus ebd., S. 404, eigene Ergänzung für 2023.

Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung der CSV ein. Dabei verkörpert Frieden eine im Vergleich zur früheren Parteilinie gemäßigte konservative Haltung in Gesellschaftsfragen, verbunden mit einer stärker liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Neben den Verschiebungen der Mandate bei den bisherigen Regierungsparteien ist auch der Gewinn jeweils eines zusätzlichen Mandates von der als rechts-konservativ bis rechts-populistisch eingeordneten ADR sowie der Piraten zu verzeichnen. Beide Parteien setzten sich im Wahlkampf als profilierte Oppositionsparteien in Szene und wollten auch Protestwähler an sich binden. Dabei fiel der Zugewinn bei der Wahl aber geringer aus als dies Wahlumfragen im Vorfeld vorhergesehen hatten.

### **Koalitionsbildung – Luc Frieden als Premierminister einer Koalition von CSV und DP**

Bereits in der Wahnacht war erkennbar, dass die bisherige Regierung ihre Mehrheit verloren hatte, und dass die nächste Regierung durch die Bildung einer Koalition von CSV und DP entstehen würde. Der Großherzog betraute Luc Frieden bereits am Tag nach der Wahl mit der Rolle als *Formateur* und somit mit der Regierungsbildung, und die erste offizielle Runde der Koalitionsverhandlungen zwi-

schen CSV und DP fand bereits am 11. Oktober statt. Die Verhandlungen verliefen sehr zügig, und bereits am 17. November wurde die neue Regierung von Großherzog Henri vereidigt. Wie erwartet übernahm dabei Luc Frieden das Amt als Premierminister, während der frühere Regierungschef Xavier Bettel als Vizepremier unter anderem auch das Amt des Außenministers zukünftig wahrnehmen wird.

In den Medien wird der Koalitionsvertrag als eine von sowohl liberalen und konservativen Vorstellungen geprägte Übereinkunft beschrieben, welche als primäres Ziel ausgibt den Wohlstand des Landes zu sichern. Dabei sollen verschiedene Maßnahmen die Wohnungsnot im Land bekämpfen und das im Wahlkampf sehr präsente Thema Sicherheit durch einen Ausbau des Polizeiapparates forciert werden.<sup>7</sup> Inwieweit sich die von den Koalitionären nach der Wahl in den öffentlichen Diskurs eingebrachte verschlechterte Lage der Staatsfinanzen auf die Regierungsarbeit auswirken wird, bleibt ebenso mit Spannung zu erwarten wie die Frage, wie sich die Grünen als große Wahlverlierer wie auch die LSAP sich in den nächsten Jahren personell und programmatisch neu aufstellen werden.

7 Die Luxemburger Regierung (2023): Accord de coalition 2023-2028. „Lëtzebuerg fir d'Zukunft stäerken“. URL: <https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/dossier/formation-gouvernement-2023/accord-coalition.pdf>. [30.11.23]. Exemplarisch für die mediale Aufarbeitung: Tageblatt.lu (2023): 209 Seiten Koalitionsvertrag. Logement, Steuern, Mobilität: Das haben CSV und DP in den kommenden fünf Jahren vor. URL: <https://www.tageblatt.lu/headlines/logement-steuern-mobilitaet-das-haben-csv-und-dp-in-den-kommenden-fuenf-jahren-vor/> [22.11.23]. Kurschat, Ines (2023): Koalitionsvertrag wird Montag veröffentlicht. Luc Frieden: „Ich habe meine Mission erfüllt“, in: Luxemburger Wort online. URL: <https://www.wort.lu/politik/luc-frieden-ich-habe-meine-mission-erfullt/4790756.html> [22.11.23].

# Dezember

Theres Matthieß

## Halbzeit – Eine Bilanz der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung

Die letzten Bundestagswahlen liegen zwei Jahre zurück; die Hälfte der Amtszeit liegt also bereits hinter der Ampel. Was hat die von der SPD, den Grünen und der FDP gebildete Regierung bisher geschafft? Die Koalition hat sich in ihrem 178 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag einiges vorgenommen. Aber wie ist die Bilanz zu bewerten? Wie viele ihrer Koalitionsvorhaben hat die Ampelkoalition zur Halbzeit (nicht) umgesetzt? Und wie wird dies von den Wähler:innen wahrgenommen?

### Über 450 konkrete Versprechen im Koalitionsvertrag

Am 7. Dezember 2021 einigten sich die Ampelparteien auf einen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen!“. Ein Team von Forscher:innen, das von der Universität Trier<sup>1</sup> koordiniert wurde, hat sich diesen Koalitionsvertrag genau angeschaut und untersucht, wie viele konkrete Vorhaben der Koalitionsvertrag enthält. Als ein konkretes Vorhaben sind Ziele oder Maßnahmen definiert, bei denen sich eindeutig feststellen lässt, ob diese eingetreten sind oder nicht. Nach dieser Definition ist beispielsweise das Versprechen „Wir setzen uns für mehr Klimaschutz ein.“ kein konkretes Vorhaben, da sich nicht eindeutig bestimmen lässt, was das Erfüllungskriterium ist und damit zu viel Interpretationsspielraum bleibt. Die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer wäre hingegen ein konkretes Vorhaben, dessen Umsetzung sich überprüfen lässt.

Nach dieser Definition lassen sich im Koalitionsvertrag der Ampel 453 konkrete Versprechen definieren. Das ist ein ambitioniertes Programm und übersteigt bei weitem die fast 300 Versprechen der

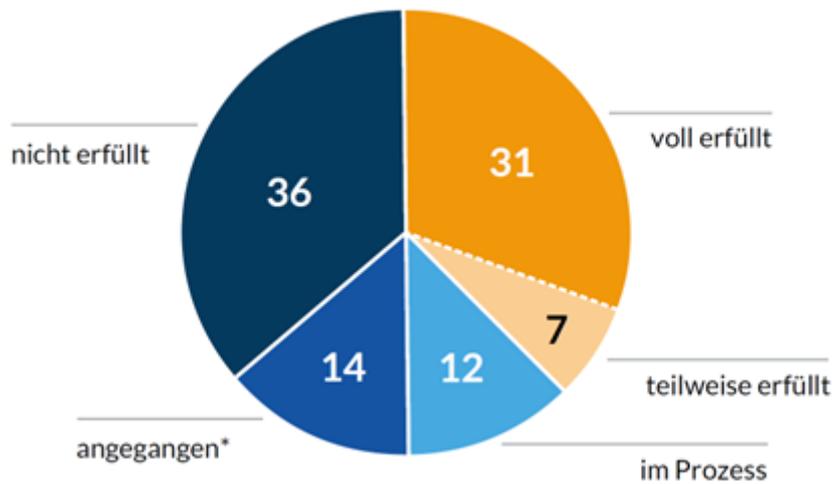
2018 gebildeten Großen Koalition oder die fast 200 Versprechen der 2013 bis 2017 amtierenden GroKo (Matthieß/Vehrkamp 2023). Beispiele dafür sind die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 12€, die Ausweisung von 2% der Landesflächen für Windenergie und die „Flexi-Rente“. Verteilt nach der Verantwortlichkeit der Ministerien zeigt sich, dass der größte Anteil an Versprechen dem Ministerium des Inneren und Heimat (14%), gefolgt vom Arbeits- und Sozialministerium (13%) und dem Gesundheitsministerium (9%) zugeteilt werden kann.

Interessant ist, dass sich die meisten Versprechen auf das Wahlprogramm der Grünen (45%), gefolgt von der FDP (29%) und am wenigsten auf die SPD zurückführen lassen (26%). Damit haben die Juniorparteien im Koalitionsvertrag einen deutlich größeren Fußabdruck als die SPD hinterlassen. Darüber hinaus enthält der Koalitionsvertrag aber auch viele Versprechen (39%), die sich nicht eindeutig auf die Wahlprogramme der Parteien zurückführen lassen. Dies zeigt, dass Koalitionsverhandlungen durchaus neue Themen aufbringen. Der Koalitionsvertrag ist damit mehr als die Summe seiner Einzelteile.

### Ein Großteil der Koalitionsversprechen umgesetzt oder angegangen

Wie viele ihrer 453 Koalitionsversprechen hat die Ampelkoalition nun nach zweijähriger Amtszeit umgesetzt? Fast zwei Drittel der Vorhaben wurden entweder bereits umgesetzt, befinden sich im Prozess der Umsetzung oder sind zumindest angegangen (*Abbildung 1*). In absoluten Zahlen sind das 290 Versprechen und damit fast so viele Koalitionsvorhaben, wie sie sich die vorherige GroKo vorgenommen hat.

<sup>1</sup> Die Studie geht auf eine Kooperation der Universität Trier mit der Bertelsmann-Stiftung zurück. Die vollständige Studie inklusive detaillierter Informationen zur Datenerhebung finden Sie hier: URL: [https://www.uni-trier.de/universitaet/news/beitrag?tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=24644&cHash=2d354bccdd14c2442cd802fbfb59841d](https://www.uni-trier.de/universitaet/news/beitrag?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=24644&cHash=2d354bccdd14c2442cd802fbfb59841d) [14.12.23].



**Abbildung 1:** Umsetzung der Koalitionsversprechen (in Prozent)<sup>2</sup>

Mehr als ein Drittel der Versprechen (38%) sind entweder teilweise oder vollständig erfüllt. Beispiele sind der Mindestlohn in Höhe von 12€, das Klimaschutzprogramm und 1 Milliarde € für Pflegekräfte. Im Prozess der Umsetzung sind etwa die Versprechen eines Aktionsplans gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit zur Überwindung bis 2030 und die Nachschärfung des Lobbyregistergesetzes. Bei letzterem gibt es bereits einen Gesetzentwurf zur Änderung des Lobbyregistergesetzes, der im Bundestag beraten wird. Als „angegangen“ gilt ein Versprechen, wenn erste Schritte unternommen wurden, aber der Ausgang noch offen ist. Beispiel dafür ist etwa die zweiwöchige vergütete Freistellung für Partner nach Geburt eines Kindes.

### Negatives Bild bei den Wähler:innen

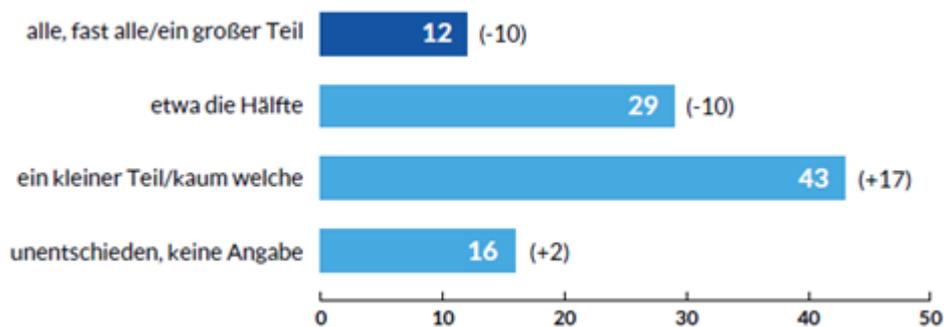
Wie aber schätzen die Wähler:innen die generelle Willigkeit und Fähigkeit von Regierungen ein, das,

was im Koalitionsvertrag verankert ist, auch umzusetzen? Insgesamt zeigt sich bei den Wähler:innen ein eher skeptisches Bild, wie eine repräsentative Umfrage der Allensbach-Stiftung im Juli 2023 zeigt (*Abbildung 2*): Der größte Anteil, mehr als 4 von 10, geht davon aus, dass von den Vorhaben im Koalitionsvertrag generell nur „ein kleiner Teil/kaum welche“ umgesetzt werden. Weniger als ein Drittel denkt, dass etwa die Hälfte umgesetzt wird und der kleinste Anteil (12%) geht davon aus, dass „alle, fast alle“ oder zumindest „ein großer Teil“ umgesetzt wird. Im Vergleich zu den Befunden vorheriger Studien, die gezeigt haben, dass fast 80% der Koalitionsverträge vergangener Regierungen umgesetzt werden<sup>3</sup>, klafft hier eine deutliche Lücke – die im Vergleich zu 2021 noch größer geworden ist. Zu diesem Zeitpunkt hatten deutlich mehr Menschen einen positiven Blick auf die generelle Umsetzungsbilanz von Koalitionsregierungen.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2023): Mehr Koalition wagen. Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021. Einwurf–Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung, S. 7.

<sup>3</sup> Matthieß, Theres und Robert Vehrkamp (2023): Bilanz der Großen Koalition von 2018 bis 2021. In: Karl-Rudolf Korte, Maximilian Schiffers, Arno von Schuckmann, und Sandra Plümer (Hg.): Die Bundestagswahl 2021. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-21.

<sup>4</sup> Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2021): Versprechen gehalten - Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo. Einwurf–Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung.



**Abbildung 2:** Allgemein wahrgenommene Umsetzung von Koalitionsversprechen (in Prozent)<sup>5</sup>

Wie bewerten die Wähler:innen die Arbeit der aktuellen Regierung? Gefragt danach, wie zufrieden sie mit den einzelnen Ampelparteien sind, zeigt sich über alle Parteien hinweg eine große Unzufriedenheit. Nur ein Viertel der Wähler:innen zeigt sich mit der Arbeit der SPD (25%) zufrieden, noch geringer ist der Anteil bei den Grünen (23%) und bei der FDP (22%).

### **Vielversprechende Halbzeitbilanz – aber Luft nach oben bei der Kommunikation**

Die Ampel ist also deutlich besser als ihr Ruf. Das öffentliche Erscheinungsbild der letzten zwei Jahre ist zunehmend von der Inszenierung einer „Streitkoalition“ geprägt. Das wird dem Bild einer Koalition, die sich auf einen ambitionierten Koalitions-

vertrag geeinigt hat und einen großen Teil davon bereits umgesetzt oder angegangen ist, nicht gerecht. Daran trägt die Ampel auch selbst schuld, wie etwa die missglückte öffentliche Eigendarstellung beim Ringen um das Heizungsgesetz<sup>6</sup> oder die Kindergrundsicherung gezeigt hat. Streit und Konflikte sind gut für Demokratien, aber eine Koalition muss auch einen gewissen Grad an Einigkeit und Geschlossenheit verkörpern. Bei der konkreten Arbeit und Umsetzung des Koalitionsvertrags gelingt ihr das offensichtlich, doch nicht in der öffentlichen Darstellung. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Bilanz am Ende der Amtszeit darstellt und ob es der Koalition gelingt, mehr ihrer Erfolge den Misserfolgen in den Vordergrund zu stellen.

<sup>5</sup> Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2023): Mehr Koalition wagen. Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021. Einwurf–Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung, S. 8. Angaben in Klammern: Veränderung zur Allensbach-Umfrage in 2021.

<sup>6</sup> Siehe den Beitrag von Manuel Biertz in diesem Band.

# Studentische Beiträge

## Herausforderungen der Demokratie in Deutschland 2023

Neben der universitären Forschung und der Wissenschaftskommunikation ist auch die politikwissenschaftliche Lehre sowie die Ausbildung von Studierenden an der Universität Trier eine zentrale Aufgabe des Trierer Instituts für Demokratie- und Parteienforschung.

Im Rahmen eines Aufbauseminars im Bachelorstudiengang mit dem Titel „Beyond Democracy: Systemische Krisen und Konkurrenten im 21. Jahrhundert“ analysierten Studierende im Wintersemester 2023/2024 verschiedene gegenwärtige Ansätze von Krisen demokratischer Systeme. Dass die Demokratie in einer Krise steckt, ist ein Befund, der kaum zu einem Zeitpunkt in der Geschichte der Demokratie nicht proklamiert wurde. Gleichzeitig scheinen viele Kritikpunkte berechtigt zu sein und können heutzutage nicht von der Hand gewiesen werden. So werden Repräsentationsdefizite beklagt, antidemokratische Kräfte gewinnen an Einfluss, eine Moralisierung im gegenwärtigen Diskurs wird angeprangert, Alternativlosigkeit auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse proklamiert und eine schleichende Polarisierung immer spürbarer. Auch die zunehmende Verbreitung von Fake-News stellt die auf Deliberation und Konsens- bzw. Kompromissfindung angewiesene Demokratie vor massive Schwierigkeiten. Umso wichtiger ist es, sich aktiv mit derartigen Kri-

sensymptomen auseinanderzusetzen, deren Tragweiten zu verstehen und richtig einzustufen, um letztlich Lösungskonzepte entwickeln zu können. Krisen bergen letztlich – neben ihrer vordergründigen und alltäglichen Auffassung einer negativen Entwicklung – auch immer die Chance zur Verbesserung des Status Quo.

Ausgehend von diesen Krisendiagnosen stellten sich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars daher die Fragen: Wie bedrohlich sind sie für westliche Demokratien? Wo manifestieren sie sich und sind sie auflösbar?

Zur Illustration dieser eher abstrakt formulierten Krisennarrative diskutierten die Studierenden über Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland bei denen Symptommatiken wie Polarisierung, Moralisierung, Szientifizierung und der Einfluss antidemokratischer Kräfte sichtbar wurden. Auf den folgenden Seiten wird in vier Beiträgen jeweils ein Phänomen, das sich als herausfordernd für unsere demokratische Gesellschaft zeigt, porträtiert. Die Artikel wurden von Studierenden des oben beschriebenen Seminars in Gruppenarbeiten verfasst und orientierten sich an den Leitfragen: Wo zeigt(t)en sich gegenwärtig oder in jüngster Vergangenheit Druckpunkte für die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland und warum sind sie problematisch?

Bachelor-Seminar

# **Beyond Democracy: Systemische Krisen und Konkurrenten im 21. Jahrhundert<sup>1</sup>**

Wintersemester 2023/24

Universität Trier – Politikwissenschaft



<sup>1</sup> Bildquelle des Seminarcovers: Eigene Darstellung (mithilfe generativer KI)

## „Donald Aiwanger“? Vom „Zurückholen der Demokratie“ und dem Problem der Polarisierung

Polarisierung spielt in der heutigen politischen Debatte eine immer größere Rolle, manche Politikwissenschaftler:innen deuten dies sogar als Demokratiekrise.<sup>1</sup> Polarisierung bezeichnet Formen der politischen Auseinandersetzung [...], in denen sehr differente Werte, Einstellungen, Überzeugungen und Handlungen individueller und kollektiver politischer Akteure in einem politischen System in der politischen Öffentlichkeit in sich voneinander abgrenzender Art und Weise zum Ausdruck gebracht werden.<sup>2</sup>

Ein illustratives Beispiel dafür ist die Rede von Hubert Aiwanger (Freie Wähler), die er am 10.06.2023 vor 13.000 Menschen in Erding hielt. Die Versammlung fand aufgrund des geplanten umstrittenen „Heizungsgesetzes“ (GEG) statt. In seiner 15-minütigen Rede fiel unter anderem der zugespitzte Satz: „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die große schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen muss und denen in Berlin sagen: ‚Ihr habt ja wohl den Arsch offen da oben‘“<sup>3</sup>. Er stellt demnach in seiner polarisierenden Rede das Vorhandensein der Demokratie in Frage, da die „grün-dominierende Ampel“ gegen das Interesse einer angeblichen politischen Mehrheit Entscheidungen umsetze. Die aktuelle Regierung wolle unter anderem der Bevölkerung vorschreiben, dass sie kein Fleisch essen dürfe oder wie sie ihr Zuhause heizen solle. Aiwan-

ger geht also davon aus, dass die Regierung, durch die Eingriffe, die persönliche Freiheit des Individuums auf illegitime Weise beschneidet. Seine polarisierende Aussage, die Demokratie zurückholen zu müssen, impliziert, dass die Demokratie nicht mehr von den Bürger:innen ausgeht und die Regierung am Willen der Mehrheit vorbei agiert.

Aiwangers Aufruf wurde von Politiker:innen anderer Parteien scharf kritisiert. So titulierte die bayerische Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katharina Schulze, Aiwanger als „geistigen Brandstifter“<sup>4</sup> und zieht Parallelen zwischen ihm und Donald Trump sowie Alexander Gauland.<sup>5</sup> In der Bevölkerung wurde die Rede ähnlich negativ aufgefasst. So verurteilten 61 Prozent der Befragten bei einer Telefonumfrage in Bayern die Aussage des Ministers. Innerhalb seiner eigenen Partei sorgte Aiwanger durch die polarisierende Aussage für Frontenbildung, 43 Prozent der Mitglieder distanzieren sich von ihrem Vorsitzenden, für 49 Prozent der Mitglieder stellen seine Ansichten kein Problem dar.<sup>6</sup> Trotz der Kritik aus anderen Parteien und der gespaltenen Ansicht innerhalb der Freien Wähler haben diese bei der letzten Landtagswahl in Bayern an Zustimmung gewonnen. Die Wähler:innen wurden durch seine Kontroversen (Flugblatt-Affäre und Rede in Erding) offensichtlich nicht abgeschreckt.

1 Siehe beispielsweise: Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71 (26-27), S. 10-11.

2 Jun, Uwe (2021): Im Zeichen von Pandemie und Populismus: Polarisierung in Deutschland, in: *Bürger & Staat* 4. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 191.

3 Bönte, Tobias, Christina Schmitt und Jonas Wengert (2023): Aufgeheizte Stimmung bei Demo gegen Heizungsgesetz in Erding. Bayerischer Rundfunk. URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aufgeheizte-stimmung-bei-demo-gegen-heizungsgesetz-in-erding,Tglsrhl> [13.12.2023].

4 o. A. (2023): Dringlichkeitsantrag im Landtag. Bayern-Grüne fordern Entlassung von Aiwanger. Spiegel. URL: [Hubert Aiwanger: Bayern-Grüne fordern Entlassung des Freie-Wähler-Chefs - DER SPIEGEL](https://www.spiegel.de/politik/germany/aiwanger-bayern-gruene-fordern-entlassung-des-freie-waehler-chefs-a-1234567890) [13.12.2023].

5 Maurer, Jakob (2023): „Geistiger Brandstifter“: Hitzige Debatte über Aiwanger in Bayerns Landtag. Frankfurter Rundschau. URL: [https://www.fr.de/politik/geistiger-brandstifter-hitzige-debatte-ueber-aiwanger-in-bayerns-landtag-92341847.html#google\\_vignette](https://www.fr.de/politik/geistiger-brandstifter-hitzige-debatte-ueber-aiwanger-in-bayerns-landtag-92341847.html#google_vignette) [20.12.2023].

6 o.A. (2023): Umfrage in Bayern. 61 Prozent verurteilen Aiwangers umstrittenen Satz. In: *Süddeutsche Zeitung*. URL: [Bayern-Umfrage: „Demokratie zurückholen“ - Mehrheit verurteilt Aiwanger-Satz - Bayern - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/bayern/umfrage-demokratie-zurueckholen-mehrheit-verurteilt-aiwanger-satz-bayern-sz-de) [13.12.2023].

### **Polarisierung als Gefahr für die Demokratie?**

Wie man anhand der oben aufgeführten exemplarischen Reaktion von Katharina Schulze erkennen kann, führen polarisierende Aussagen häufig zu ähnlich scharfen Entgegnungen, sodass leicht eine ‚Polarisierungsspirale‘ entstehen kann, die den politischen Diskurs enthemmt. So sind beispielsweise auch Schulzes Reaktionen Teil des Polarisierungsprozesses, vom Trumpismus-Vorwurf bis hin zur Anschuldigung, Aiwanger sei eine „Schande für unser Land“<sup>7</sup>. Solche Aussagen wirken nicht beschwichtigend, sondern fördern die politische Spaltung. Aiwanger verwendete in seiner Rede ein ‚Wir gegen Die‘-Denkmuster, um sich klar von der Ampel-Regierung abzugrenzen. Dies entspricht dem populistischen Narrativ einer korrupten Elite, die einem moralisch reinen Volk gegenübersteht<sup>8</sup>. Auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre spiegeln Polari-

sierung in Form erstarkter Ränder wider. Vor allem die zum rechtsaußen zählenden Spektrum gehörende Partei, AfD, scheint von der fortschreitenden Polarisierung profitieren zu können. Aiwanger und seine Mitte-Rechts-Partei, Freie Wähler, versuchen offenbar mit der gleichen Rhetorik Stimmen zu gewinnen – mit Erfolg, betrachtet man die Ergebnisse der Landtagswahl 2023 in Bayern.

Polarisierung untergräbt aber aus demokratietheoretischer Perspektive die für eine funktionierende Demokratie wichtige Deliberation über politische Lösungen, da sie die Kompromissfindung, aufgrund zunehmend divergierender Positionen erheblich erschwert. Dementsprechend kann man in der Debatte um die Rede Aiwangers durchaus die Polarisierungs-Symptomatik einer Demokratiekrise in ihren Ansätzen erkennen.<sup>9</sup>

---

7 Maurer, Jakob (2023). Fußnote 5.

8 Vgl. Kneip, Sascha, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels (2020): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer. S. 25-58.

9 Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71 (26-27), S. 10-11.

## „Wetten, dass ich ein besserer Mensch bin?“ – Moralisierung als Problem für den demokratischen Diskurs?

Thomas Gottschalk beendete seine letzte Sendung „Wetten, dass...?“ im November 2023 mit den Worten: „Inzwischen rede ich zu Hause anders als im Fernsehen, das ist auch nicht schön“. Die dahinter liegende Furcht vor der öffentlichen Meinung gegenüber der eigenen findet sich auch in Diskursen über den Angriffskrieg Russlands, die Klimakrise, den Nahost-Konflikt sowie das Gendern und weiteren politischen Themen. Grund dafür ist, dass in solchen Debatten wertebasierte und folglich nicht zu diskutierende Standpunkte vertreten werden. Hier kommt es zu einem Schwarz-Weiß-Denken, das schwer mit einer pluralistischen Debattenkultur zu vereinen ist. Gegner:innen der eigenen Meinung werden herabgesetzt, scharf kritisiert oder ausgegrenzt. Im Diskurs zu den Themen gestaltet sich eine kollektive Meinungsbildung somit zunehmend schwieriger. Kurzum: Es wird moralisiert. Merkel definiert Moralisation als „[...] eine selbstgerechte Stilisierung der eigenen moralischen Position, um eine andere moralische Position herabzusetzen“.<sup>1</sup> Es werden also nicht nur sachliche Argumente in Frage gestellt, sondern die Legitimität ihrer Standpunkte. In der Folge werden Personen, die diese einnehmen, diskreditiert. So wird jede Chance für konstruktiven Austausch und einen kompromissorientierten Willensbildungsprozess verhindert.

### Moralismus und Demokratie

Können wir darin eine Krise oder Gefahr für unseren politischen Diskurs und die Demokratie Deutschlands erkennen? Diese Frage setzt mehr als eine minimale Demokratiedefinition voraus, nach der

sich eine Demokratie allein durch freie und faire Wahlen auszeichnet<sup>2</sup>. Im Folgenden verwenden wir ein Konzept von Demokratie, in der deliberative Elemente in Form eines freien und pluralistischen politischen Diskurses für eine Demokratie konstitutiv sind. Ein Erodieren des freien Diskurses führt hiernach zum Erodieren der Demokratie selbst. Nicht wenige Menschen sehen in Deutschland vor diesem Hintergrund eine ‚Cancel Culture‘ am Werk, die auf Basis von Moralisation polarisierende Menschen auf illegitime Weise „cancelt“, sprich systematisch herabwürdigt und ausschließt. Anders als der Cancel-Culture-Vorwurf es formuliert, ist eine vollständige Exklusion aus dem politischen Diskurs kaum auszumachen. Im Gegenteil: Den sehr präsenten Klagen über Cancel Culture im medialen Diskurs steht entgegen, dass eben jener Diskurs die verurteilten Meinungen und jene Klagen selbst, medial abbildet und sie somit nicht ausschließt. Vermeintlich tabuisierte Kritik, beispielsweise an Migration, findet hier große Präsenz. Ein tatsächlicher Ausschluss aus dem Diskurs kann dank starker Grundrechte kaum erfolgen und könnte aufgrund neuer digitaler Medien, die nahezu allen Meinungen Raum geben, auch nicht einfach durchgesetzt werden. Der Vorwurf der Cancel Culture stellt vielmehr eine subjektive Interpretation der Art und Weise dar, wie ein Diskurs geführt wird<sup>3</sup> und zielt vielfach auf die Angst vor sozialer Exklusion aufgrund diskursgefährdender Moralisation ab. Wenn es die Cancel Culture geben sollte, könnte das problematische Folgen haben. Gewisse Meinungen werden durch Ausschluss aus sozialen

1 Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisation und die Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71 (26-27), S. 4-11.

2 Ebd.: S. 9

3 Ebd.

Kreisen aufgrund moralisierender Herabwertung und Distanzierung weniger sichtbar. Die subjektive Angst vor den Folgen von Cancel Culture oder sozialer Exklusion kann weiterhin zum Phänomen der *Schweigespирale*<sup>4</sup> führen. Damit wird die Wahrnehmung von Personen beschrieben, nicht Teil der Mehrheitsmeinung zu sein und sich im Folgenden aus dem öffentlichen Diskurs zurückzuziehen. Dabei müssen diese Personen nicht de facto, sondern nur empfundenermaßen Teil der Meinungsminorität sein. Moralisation würde demnach dazu führen, dass bestimmte einzelne Meinungen den Diskurs dominieren. Zwar könnte soziale Exklusion oder die Angst davor den freien Diskurs einschränken, aber faktisch bleibt festzustellen, dass die politischen Rechte auf Partizipation und freie

Meinungsäußerung unberührt bleiben und letztlich niemand für seine Meinung von politischer Partizipation ausgeschlossen wird. Daran anschließend ist zu fragen, ob menschliche Interaktion im Allgemeinen überhaupt ohne soziale Sanktionsmechanismen denkbar ist. Widerspruch im Diskurs und das Bedürfnis, sich abzugrenzen stellt noch kein „canceln“ dar, sondern ist normaler Bestandteil demokratischer Willensbildungsprozesse. Als problematisch zu erachten ist hingegen, dass die „Nichtanerkennung der Legitimität der Argumente der politischen Konkurrenten [und] deren Herabwürdigung [...]“<sup>5</sup>, sprich, die Moralisation, im Verlauf politischer Debatten dazu beiträgt, Polarisierung zu fördern und somit als Katalysator für selbige zu wirken.

---

4 Pürer, Heinz (2014). Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK.

5 Jun, Uwe (2021): Im Zeichen von Pandemie und Populismus, in: Bürger & Staat 4. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 190-196.

## Die Gefahr der Verwissenschaftlichung demokratischer Debatten

Die aktuell starke Verwissenschaftlichung politischer Debatten, gerade im Kontext von Pandemie und Klimawandel, weist eine nicht unproblematische Seite für den demokratischen Diskurs auf. Nicht wenige Menschen fühlen sich von stark akademisierten, verwissenschaftlichen und dadurch dominanten Meinungen in politischen Debatten nicht angesprochen oder identifizieren sich nicht mit ihnen und suchen daher inhaltliche Zuflucht bei konträren Meinungen, die ihre Ablehnung der „Mainstream“-Wissenschaft stützen. Ein illustratives Beispiel ist ein Redebeitrag des AfD-Abgeordneten Omid Najafi im niedersächsischen Landtag vom 11.10.2023: Nachdem seiner Partei vonseiten der SPD vorgeworfen wurde, die Realität des menschengemachten Klimawandel abzustreiten, hielt Najafi mit dem Verweis auf eine „echte wissenschaftliche Studie“<sup>1</sup> dagegen, die durch „echte Wissenschaftler, nicht selbst ernannte wie bei den Grünen“<sup>2</sup> angefertigt worden sei. Die Ergebnisse einer NASA-Studie würden zeigen, so Najafi, dass der Effekt der vermehrten CO<sub>2</sub>-Emission seit der Industrialisierung in einer globalen Tendenz zum vermehrten Pflanzenwachstum bestehe und nicht, wie die von Najafi so titulierte „Möchtegernforscher“<sup>3</sup> vom IPCC behaupten, im menschengemachten Klimawandel. Tatsächlich weist die NASA-Pressemitteilung, auf die sich die AfD stützt, CO<sub>2</sub> aber als eindeutigen Hauptverursacher des Klimawandels aus.<sup>4</sup> Bezeichnend ist das Bestehen Najafis

darauf, den Standpunkt der „echten“ Wissenschaft zu vertreten. Dieser Anspruch kennzeichnet die klimaskeptische Rhetorik der AfD insgesamt – so auch in dem Antrag „Freiheit statt Ideologie – Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen“, den die AfD-Fraktion am 19.09.2023 in den Deutschen Bundestag einbrachte.

Wie der Abgeordnete Najafi in seinem Redebeitrag, ist auch der Fraktionsantrag bestrebt, den wissenschaftlichen Konsens bezüglich des menschengemachten Klimawandels nicht nur abzustreiten, sondern den skeptischen Argumenten auch einen wissenschaftlichen Klang zu verleihen: Insbesondere stützen sich die Antragsteller auf die Thesen des deutschen Chemikers und Klimaskeptikers Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, dessen methodische Kritik am sechsten Sachstandsbericht des IPCC breiten Raum einnimmt.<sup>5</sup> Durch diese Mobilisierung von Gegenexpertise wird deutlich, dass sich die AfD in dem Abstreiten gesicherter Befunde nicht einer offen antiwissenschaftlichen Rhetorik bedient. Stattdessen gibt sie vor, die These des menschengemachten Klimawandels an den Standards der wissenschaftlichen Erkenntnisfindung selbst zu messen. Eine offen zur Schau gestellte Ablehnung der etablierten Wissenschaft, welche die AfD so rhetorisch umgeht, wäre gesellschaftlich (noch) nicht mehrheitsfähig, da 56 % aller Deutschen im Jahr 2023 angaben, „voll und ganz“ oder „eher“ in Wissenschaft und Forschung zu vertrauen.<sup>6</sup>

1 Niedersächsischer Landtag: Stenografischer Bericht der 22. Sitzung, Hannover, den 11. Oktober 2023: S. 1588

2 Ebd.

3 Ebd.: S. 1589.

4 Vgl.: Hille, Karl B (2016): Carbon Dioxide Fertilization Greening Earth, Study finds. National Aeronautics and Space Administration (NASA). URL: <https://www.nasa.gov/technology/carbon-dioxide-fertilization-greening-earth-study-finds/>. [21.12.2023].

5 Vgl. AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 19.09.2023 Freiheit statt Ideologie - Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen. Aktenzeichen: Drucksache 20/8417: S. 4.

6 Vgl. Wissenschaft im Dialog (2023): Wissenschaftsbarometer 2023. Vertrauen in Wissenschaft und Forschung. URL: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2023/#c14880> [21.12.2023].

Der AfD-Antrag entspricht dem, was Alexander Bogner als organisierten Klimaskeptizismus als Folge einer verwissenschaftlichen politischen Debatte bezeichnet. Bogner argumentiert, dass die klimapolitische Debatte der demokratischen Öffentlichkeit im Kern durch eine große Übereinstimmung zusammengehalten werde. Diese bestehe in der allgemeinen Einigkeit, dass die katastrophalen Umweltfolgen, die sich erwartbar mit einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur von 3 Grad ergeben, durch politische Maßnahmen verhindert werden müssen.<sup>7</sup> Politische Akteure, so Bogner, deren Interessen gegensätzlich zu den Klimaschutzmaßnahmen stehen, verfügen über keine realistische Möglichkeit, diesen Konsens aufzuweichen, etwa indem sie argumentieren würden, dass die Interessen der fossilen Industrie diese erwartbaren Folgen rechtfertigen. Daher entsteht für sie der Anreiz, den Diskurs bei Umgehung der normativen Fragen auf eine epistemische Ebene zu verschieben und ihn als Wissenskonflikt weiterzuführen, etwa indem sie die theoretischen Grundlagen der Modelle, auf denen die Prognosen der Klimaforschung beruhen, kritisieren oder in Zweifel ziehen.<sup>8</sup> Aufgrund der weitgehenden Einigkeit innerhalb der Klimawissenschaften mobilisieren die Akteu-

re zu diesem Zweck Gegenexpertise. Diese kann aufgrund der (selbst)kritischen Grundhaltung der modernen Wissenschaft nie ohne tiefere Auseinandersetzung disqualifiziert werden, weshalb der epistemisierte Wissenskonflikt geeignet ist, einen demokratischen Diskurs langfristig einzufrieren und notwendige Entscheidungen hinauszuzögern.<sup>9</sup> Der hohe Verwissenschaftlichungsgrad demokratischer Debatten führt außerdem dazu, dass die Hürden zur demokratischen Teilhabe steigen, da Diskursteilnehmer ihre Positionen durch Verweis auf entsprechende Expertise rechtfertigen müssen, was einen entsprechenden Bildungsgrad voraussetzt.

Zu fordern ist angesichts dieser Problemlage zum einen die Repolitisierung der Klimadebatte.<sup>10</sup> Die Politik ist, in Bogners Worten, vor der Wissenschaft zu retten<sup>11</sup>: Diskurse dürfen nicht allein als faktenzentrierte Wissenskonflikte geführt werden, sondern als Debatten, in denen die persönlichen Problemwahrnehmungen, subjektiven Gefühle und Werte sowie materiellen Interessen der Wähler verdeutlicht werden. Zum anderen bedarf es einer verbesserten Wissenschaftskommunikation, welche der Instrumentalisierung wissenschaftlicher Expertise durch allgemeine Aufklärung zuvorkommt.

---

7 Vgl. Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet.[E-Book]. Ditzingen: Reclam. S. 23-28 & 94-97

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. ebd.: S. 112

10 Vgl. ebd.: S. 108.

11 Vgl. ebd.: S. 105.

## Hilfestellung aus der Mitte – Wie antidemokratische Akteure mithilfe von „Halbloyalen“ die Demokratie untergraben

Von Viktor Orban über Marine Le Pen bis zu Geert Wilders – spätestens seit dem Wahlsieg Donald Trumps 2016 wird der zunehmende Erfolg antidemokratischer Akteure in den Medien vermehrt zu einer systemischen Krise der Demokratie ausgerufen. Wissenschaftliche Studien über die Qualität wie Quantität liberaler Demokratien im internationalen Vergleich unterstützen diese Ansicht.<sup>1</sup> In ihrem neuen Buch *Tyranny of the Minority*<sup>2</sup> (Tyrannei der Minderheit) identifizieren die amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt demokratische Rückschritte als Produkt der Reaktion rechtsradikaler Kräfte auf progressive Politik. Besonders gefährlich für demokratische Institutionen werden antidemokratische Minderheiten, wenn sie Unterstützung aus der demokratischen Mitte erfahren. Im Folgenden werden die Kernaussagen Levitskys und Ziblatts vorgestellt.

Das Demokratieverständnis der Autoren spiegelt sich in ihrer Definition für demokratisches Handeln wider. Loyale Demokraten zeichnen sich demnach aus durch 1) uneingeschränktes Respektieren von Wahlergebnissen, 2) konsequentes Ablehnen von politisch motivierter Gewalt sowie 3) ein bedingungsloses Abgrenzen und Bekämpfen von antidemokratischen Akteuren. Die prodemokratische Haltung soll dabei stets wichtiger sein als tagespolitische Themen oder Parteizugehörigkeit: Loyale Demokraten aller Parteien müssen grundsätzlich bereit sein, sich überparteilich zu verbünden, auch wenn sie den antidemokratischen Akteuren im parteipolitischen Wettbewerb inhaltlich teilweise näherstehen. Politische Akteu-

re, die dem dritten Kriterium der konsequenten Abgrenzung nicht nachkommen, bezeichnen die Autoren als halbloyale Demokraten, welche das Scharnier zwischen antidemokratischen Kräften und politischer Macht darstellen. Sie bilden die größte Gefahr für demokratische Rückschritte. Halbloyale Demokraten handeln häufig aus machtpolitischem Kalkül, monetärem Interesse oder Bequemlichkeit und zielen nicht auf die Unterwanderung der demokratischen Ordnung – gleichwohl läuft ihre Handlungsweise darauf hinaus. Halbloyale Demokraten sind häufig Persönlichkeiten des politischen Zentrums und legitimieren Extremisten in ihrer Nähe durch punktuelle direkte oder indirekte Kooperation. Der implizite Akt des Nichtverurteilens antidemokratischer Kräfte setzt eine gefährliche Präzedenz. Im schlimmsten Fall gelingt es in der Folge der extremistischen Minderheit, die Kontrolle über politische Parteien oder Bewegungen zu gewinnen, weil sie durch fehlende Ab- und Ausgrenzung zunehmende Legitimierung erfährt.

Keine andere Entwicklung der letzten Jahre veranschaulicht diesen Prozess der Legitimierung radikaler Minderheiten aus der Mitte so eindrucksvoll, wie der Aufstieg Donald Trumps und seiner Anhänger. Hier gelang es politischen Außenseitern binnen weniger Jahre, unter anderem durch eine Bündelung und Verstärkung nationalistischer wie xenophober Tendenzen – auch bekannt als Trumpismus – in Teilen der Gesellschaft, die Führung der republikanischen Partei zu übernehmen und schließlich die Präsidentschaft zu erlangen. Insbesondere die Stürmung des Kapitols

<sup>1</sup> Levitsky, Steven/ Ziblatt, Daniel (2023): *Tyranny of the Minority*, New York: Random House LLC.

<sup>2</sup> Ebd..

am 06.01.2021 durch Anhänger des abgewählten Präsidenten zeigt die antidemokratische Natur der MAGA<sup>3</sup>-Bewegung.

Die Analyse gegenwärtiger Beispiele legt nahe, dass die Taktik moderner Extremisten vermehrt auf das langsame Unterminieren demokratischer Institutionen von innen abzielt und sich auf eine Absprache und Kooperation mit halbloyalen Demokraten stützt. In diesem Prozess wird die Verfassung gegen sich selbst ausgespielt. Ziel ist es, die Stabilität der demokratischen Institutionen auszuhöhlen, ohne physische Gewalt anwenden zu müssen. Wie erfolgreich dieses Modell ist, zeigt insbesondere ein Blick nach Ungarn. Viktor Orban ist dabei nur der härteste Fall eines schrittweisen Systemwechsels von einer liberalen hin zu einer defekten Demokratie.

Levitsky und Ziblatt umschreiben diesen Prozess mit dem Begriff *constitutional hardball*, der am besten wohl als *verfassungsrechtliche Härte* übersetzt werden kann. Das Konzept beschreibt, wie im Rahmen der Verfassung Demokratie abgebaut werden kann. Konkret fallen darunter vier Kategorien antidemokratischen Handelns:

- 1) *Exploiting gaps*: Ausnutzung von Schlupflöchern in der Verfassung und Umdeutung bestehender politischer Traditionen für politischen Nutzen, zum Beispiel: Die Weigerung der republikanischen Mehrheit im US-Senat 2016, Barack Obama den Platz des verstorbenen Supreme Court-Richters Antonin Scalia besetzen zu lassen.
- 2) *Undue or excessive use of law*: Missbrauch von Gesetzen und politischen Traditionen durch Kompetenzmissbrauch. Beispiel: Die Zweckentfremdung von Notstandsgesetzen zur Bekämpfung politischer Gegner, wie in Indien von 1975-1977 auf Initiative der Premierministerin Indira Gandhi hin geschehen.

- 3) *Selective enforcement*: Willkürliche Bevorzugung oder Sanktionierung politischer Akteure innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Beispiel: Die opportune Tolerierung von Korruption bei loyalen Akteuren, aber strafrechtlicher Verfolgung von korrupten politischen Gegnern. Insbesondere Vladimir Putin hat von dieser Praxis häufig Gebrauch gemacht.
- 4) *Lawfare*: Missbrauch legislativer Kompetenzen zur Stärkung der eigenen Position. Beispiel: Die Justizreform Benjamin Netanjahus, welche durch eine Beschneidung judikativer Kompetenzen die Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive gefährdet.

Die hier entfalteten Ausführungen der Autoren legen die Notwendigkeit einer Brandmauer zur Abgrenzung zwischen demokratischen und extremistischen Akteuren nahe.<sup>4</sup> In Deutschland ist dies jedoch vielmehr eine Frage zwischen im Parteienspektrum benachbarten Akteuren als zwischen innerparteilichen Flügeln, wie das beispielsweise bei den Republikanern in den USA der Fall ist.

Darüber hinaus lässt sich konstatieren, dass die bundesrepublikanische Verfassung durch die Existenz verfassungsschützender Prinzipien (wie das Konzept der wehrhaften Demokratie, welches unter anderem Verbotsmöglichkeiten von Parteien und Vereinen bereithält)<sup>5</sup> vor offen antidemokratischem Verhalten geschützt werden sollen. Ein gutes Verständnis subtiler autoritärer Methoden ist jedoch dahingehend von großer Bedeutung, da diese dort ansetzen, wo die schützenden Strukturen der wehrhaften Demokratie an ihre Grenzen kommen. Eine weit verbreitete Kenntnis dieser Taktiken ermöglicht es Institutionen, Parteien und der Zivilgesellschaft, durch Kooperation und demokratischer Standhaftigkeit, Bedrohungen der liberalen Demokratie abzuwehren.

3 MAGA steht für Make America Great Again und bezeichnet einen Wahlslogan Trumps, der im Zuge seines politischen Erfolgs zur Bezeichnung seiner Anhänger in der republikanischen Partei wurde.

4 Siehe hierzu den Beitrag von Marius Minas in diesem Band.

5 Loewenstein, Karl (1937): Militant Democracy and Fundamental Rights, I, in: The American Political Science Review 31 (3), S. 417-432.

